

Akademie-Verlag Berlin 1973

Reihe: Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie. Hrsg. v. Manfred Buhr, Nr. 28

Der ideologische Kampf – eine Gesetzmäßigkeit in der Geschichte der Klassengesellschaft

Der Marxismus-Leninismus begreift unter Ideologie die Gesamtheit der philosophischen, politischen, moralischen, juristischen, gegebenenfalls auch religiösen Anschauungen, mittels derer eine jede Klasse in der Geschichte ihre Interessen geistig zum Ausdruck bringt, mittels derer sie den Anspruch auf Errichtung ihrer ökonomischen und politischen Herrschaft rechtfertigt bzw. den Anspruch anderer Klassen auf Umwälzung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse zurückweist.

Wenn Marx im Vorwort des Buches „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“ von „den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen, kurz, ideologischen Formen“ spricht, „worin sich die Menschen dieses Konflikts (zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen – H. Sch.) bewußt werden und ihn ausfechten“¹, so unterstreicht er damit einerseits die Tatsache, daß sich in diesen ideologischen Formen das gesellschaftliche Sein widerspiegelt, daß sich andererseits die als Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung wirkenden Widersprüche zwischen dem Charakter der Produktivkräfte einer Gesellschaft und den ihnen von einem bestimmten Zeitpunkt an nicht mehr entsprechenden und somit überlebten Produktionsverhältnissen dieser Gesellschaft sowie alle von diesen Widersprüchen abgeleiteten Widersprüche nicht automatisch lösen, daß sich die Menschen dieser Widersprüche bewußt werden und entsprechend handeln müssen, um dem Fortschritt in der Geschichte zum Durchbruch zu verhelfen.

Daß sich dieser Prozeß, die Durchsetzung des gesellschaftlichen Fortschritts, in den antagonistischen Klassengesellschaften, in denen das Privateigentum an den Produktionsmitteln [10] und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen herrscht, nicht im gegenseitigen Einvernehmen aller Klassen und Schichten vollziehen kann, sondern nur in einem erbitterten Klassenkampf der jeweils progressiven, aufsteigenden Klasse gegen die an den überlebten Produktionsverhältnissen festhaltende Klasse, hat die Geschichte tausendfach bewiesen und beweist sie tagtäglich aufs neue. Bereits die Klassiker des Marxismus-Leninismus haben darauf hingewiesen, daß es ganz unwahrscheinlich ist, daß eine überlebte, historisch zum Untergang verurteilte Klasse ihre ökonomische, politische und ideologische Herrschaft freiwillig aufgibt, daß sie nicht zuvor alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel zur Verteidigung ihrer Herrschaft einsetzt und ausprobiert. Unter diesen Mitteln spielt die Ideologie einer solchen Klasse, die Entwicklung immer neuer Theorien und Konzeptionen zur Rechtfertigung des Fortbestehens dieser Klasse, die Verbreitung ihrer Ideen über alle denkbaren Kanäle und Medien unter den breiten Massen – mit dem Ziel, deren Willen zur Zerstörung der alten Ordnung durch ideologische Verwirrung zu lähmen – eine ganz entscheidende Rolle; das ist eine Tatsache, deren sich gerade die reaktionäre Bourgeoisie unserer Tage vollauf bewußt geworden ist und der sie in höchstmöglichem Maße Rechnung zu tragen versucht.

Die ideologischen Formen, in denen sich die verschiedenen Klassen in der Geschichte der oben genannten Konflikte bewußt wurden, mittels derer sie die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Veränderung und Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse begründeten und ihren eigenen Machtanspruch rechtfertigten, waren sehr unterschiedlicher Art. Unabhängig davon aber, ob sich die Ideologen dieser Klassen auf eine überzeitliche allgemeinmenschliche Moral, auf ein „Naturrecht“, auf den Willen Gottes, auf die Vernunft, auf eine „Naturabsicht“, auf einen „absoluten Geist“, auf einen „Weltgeist“ oder andere Prinzipien beriefen, mußten in jedem Falle die bestehenden gesellschaftlichen Widersprüche annähernd erkannt werden, mußten die notwendigen nächsten Schritte zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse geistig vorweggenommen werden, mußten die an dieser Veränderung interessierten gesellschaftlichen Kräfte ideologisch mobilisiert werden.

¹ K. Marx/F. Engels, Werke, Bd. 13, Berlin 1961, S. 9.

[11] In diesem Prozeß des Bewußtwerdens von Konflikten, der sich daraus herleitenden geschichtlichen Aufgaben der jeweiligen Klasse und der Schritte zu ihrer Lösung hat sich – wie Marx und Engels insbesondere bei der kritischen Analyse der bürgerlichen Ideologie, der bürgerlichen Philosophie, politischen Ökonomie usw. immer wieder betonten – auch ein Fortschritt in der Erkenntnis der Gesellschaft als Ganzes, ihrer Geschichte, der Triebkräfte ihrer Entwicklung vollzogen. Es wurden auch von den Ideologen der Ausbeuterklassen in den Aufstiegsperioden dieser Klassen, als sie eine progressive Rolle spielten, bedeutsame Einsichten in das Wesen gesellschaftlicher Prozesse gewonnen, auf die sich die Begründer des Marxismus bei der Ausarbeitung des dialektischen und historischen Materialismus, der politischen Ökonomie des Kapitalismus und des wissenschaftlichen Sozialismus stützen konnten. So schrieb Marx – womit einer der vielen möglichen Beweise für diesen Tatbestand angeführt sei – in einem Brief an Weydemeyer: „Was mich nun betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, weder die Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft noch ihren Kampf unter sich entdeckt zu haben. Bürgerliche Geschichtsschreiber hatten längst vor mir die historische Entwicklung dieses Kampfes der Klassen, und bürgerliche Ökonomen die ökonomische Anatomie derselben dargestellt. Was ich neu tat, war 1. nachzuweisen, daß die *Existenz der Klassen* bloß an *bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion* gebunden ist; 2. daß der Klassenkampf notwendig zur *Diktatur des Proletariats* führt; 3. daß diese Diktatur selbst nur den Übergang zur *Aufhebung aller Klassen* und zu einer *klassenlosen Gesellschaft* bildet.“²

Allein aus diesen Feststellungen kann geschlossen werden, daß Marx den sich im Prozeß der Ideologiebildung der verschiedenen Klassen durchsetzenden Erkenntnisfortschritt nicht geleugnet hat, wie das heute von bürgerlichen „Ideologiekritikern“ behauptet wird. Diese „Kritiker“ versuchen Marx und Engels die Auffassung zu unterschieben, daß jegliche Ideologie – und somit auch die sozialistische! – „falsches Bewußtsein“ sei, daß keiner Ideologie, gleich welcher – da Ausdruck von Interessen bestimmter Klassen – irgendein Erkenntniswert zukomme, daß somit die Frage, welche Ideologie die objektive gesellschaftliche Realität heute richtig widerspiegele, [12] Klasse mit ihren Interessen und Forderungen historisch im Recht sei, unsinnig sei.

Dem Marxismus-Leninismus ist eine derartige nihilistische Einstellung fremd. Er erkennt an, daß die Bourgeoisie in der Zeit, da sie eine aufsteigende, progressive Klasse war, im Kampf gegen den Feudalismus eine Reihe progressiver, realisierbarer Ideen entwickelt hat, daß sie einen konsequenten Kampf gegen die Vorherrschaft religiöser Dogmen geführt hat, daß ihre damalige Ideologie für die Entwicklung der Wissenschaft, insbesondere auch der Gesellschaftswissenschaften, eintrat und deren Ergebnisse in das System aller jener Anschauungen, die ihren Machtanspruch begründeten, integrierte. Diese Ideologie enthielt seinerzeit nicht wenige Elemente einer wissenschaftlichen Ideologie, die sich Marx und Engels später kritisch aneigneten. Nachdem die Bourgeoisie zur Macht gekommen war, nachdem sie eine Form der Ausbeutung durch eine andere ersetzt hatte, nachdem sie zu einer reaktionären Klasse geworden war und die weitere progressive Entwicklung der Gesellschaft, die revolutionäre Umwandlung des Kapitalismus in eine höhere sozialökonomische und politische Ordnung zu verhindern versuchte, sagte sie sich selbst von allen wissenschaftlichen Elementen ihrer Ideologie los. Ihre Ideologie wurde apologetisch und reaktionär.

Eine nicht weniger verbreitete Form der „Auseinandersetzung“ mit dem Marxismus, des Versuchs seiner wissenschaftlichen Abwertung besteht darin, daß seine bürgerlichen Kritiker die von Marx und Engels vollzogene revolutionäre Wende in der Geschichts- und Gesellschaftsauffassung zu leugnen versuchen. Danach hätten die Begründer des Marxismus die bereits von den bürgerlichen Philosophen, Soziologen und Historikern gewonnenen Einsichten in das Wesen des Geschichtsprozesses nur um einen bislang vernachlässigten Aspekt, nämlich den „ökonomischen“, „bereichert“, der jedoch im Verhältnis zur Rolle der Politik sowie der ihr zugrunde liegenden Ideen – politischer, religiöser, moralischer – nicht überbewertet werden dürfte.

Die sozialistische Ideologie unterscheidet sich jedoch aller Kontinuität in der Entwicklung der in sie integrierten gesellschaftlichen Einsichten gleichzeitig auch *qualitativ* von den Ideologien

² K. Marx/F. Engels, Werke, Bd. 28, Berlin 1963, S. 507 f.

voraufgegangener Klassen. Dieser qualitative [13] Unterschied besteht in der erstmals konsequent durchgeführten materialistischen Erklärung des Geschichtsprozesses, ja der Überwindung aller bis dato in den Gesellschaftsauffassungen vorherrschenden idealistischen Erklärungsprinzipien, denen selbst die progressivsten bürgerlichen Denker verhaftet blieben. In seiner Rede am Grabe von Karl Marx charakterisierte Engels diese revolutionäre Wende in der Gesellschaftsauffassung wie folgt: „Wie Darwin das Gesetz der Entwicklung der organischen Natur, so entdeckte Marx das Entwicklungsgesetz der menschlichen Geschichte: die bisher unter ideologischen Überwucherungen verdeckte einfache Tatsache, daß die Menschen vor allen Dingen zuerst essen, trinken, wohnen und sich kleiden müssen, ehe sie Politik, Wissenschaft, Kunst, Religion usw. treiben können; daß also die Produktion der unmittelbaren materiellen Lebensmittel und damit die jedesmalige ökonomische Entwicklungsstufe eines Volkes oder eines Zeitabschnitts die Grundlage bildet, aus der sich die Staatseinrichtungen, die Rechtsanschauungen, die Kunst und selbst die religiösen Vorstellungen der betreffenden Menschen entwickelt haben, und aus der sie daher auch erklärt werden müssen – nicht, wie bisher geschehen, umgekehrt.“³

Nur von dieser alle bisherige, im Grunde idealistische Geschichts- und Gesellschaftsauffassung umwälzenden Entdeckung des materialistischen Charakters des Geschichtsprozesses her war die Erklärung der Existenz der Klassen – die oben zitierte Einsicht, daß diese nur „an bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden“ sind –, die Erklärung des Klassenkampfes, die Begründung der historischen Mission der Arbeiterklasse als des Schöpfers einer neuen, klassenlosen Gesellschaft möglich. Erst von dieser Entdeckung des materialistischen Charakters des Geschichtsprozesses her war die Einsicht in die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution als praktisch-gegenständlicher Umwälzung der kapitalistischen Verhältnisse, das heißt die Überwindung utopisch-sozialistischer Vorstellungen, sowie die ideelle Vorwegnahme der Grundzüge der zukünftigen sozialistischen Gesellschaft, das heißt eine (noch heute vielen Gegnern des staatsmonopolistischen Kapitalismus fehlende) konkrete Zielvorstellung als unabdingbare Voraussetzung des erfolgreichen Kampfes der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten und die Ausarbeitung [14] einer wissenschaftlichen Strategie und Taktik des Kampfes der Arbeiterklasse möglich.

Alle Erfahrungen des bisherigen Kampfes der Arbeiterklasse gegen das Kapital haben unterstrichen, daß Erfolge nur möglich sind, wenn die gesellschaftlichen Prozesse und Verhältnisse wissenschaftlich exakt widerspiegelt und daraus die Schlußfolgerungen für Strategie und Taktik gezogen werden; jegliche Illusionen, Fehleinschätzungen des Charakters bestimmter Prozesse im Kapitalismus, des Kräfteverhältnisses der Klassen usw. können schwerwiegende Folgen nach sich ziehen. Die kommunistischen und Arbeiterparteien analysieren daher auf gemeinsamen Beratungen, wie auf der Beratung in Moskau im Jahre 1969, die neuen gesellschaftlichen Erscheinungen, die Veränderungen in der historischen Lage, die Entfaltung der gesellschaftlichen Widersprüche innerhalb des imperialistischen Systems, arbeiten die gemeinsame Strategie und Taktik des Kampfes der Gegner des Weltimperialismus aus und entwickeln so den Marxismus-Leninismus schöpferisch weiter. Wie die großen Erfolge der sozialistischen Staatengemeinschaft und der internationalen Arbeiterbewegung sowie die gesamte weltgeschichtliche Entwicklung der letzten Jahre beweisen, steht diese schöpferische Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus durchaus auf der Höhe der vor der internationalen Arbeiterbewegung stehenden praktischen revolutionären Aufgaben. Gescheitert ist dagegen der Kampf aller jener Gegner des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die sich zum Beispiel an den die kapitalistische Wirklichkeit entstellenden Theorien eines Marcuse, Adorno, Horkheimer oder anderer orientierten, sich auf linksradikale sektiererische und anarchistische Positionen begaben und den Marxismus-Leninismus, aus welchen Gründen auch immer, ablehnten. Ohne die marxistisch-leninistische revolutionäre Theorie kann es, wie Lenin immer wieder betonte, auch keine revolutionäre Praxis geben. Daher richtet die reaktionäre Bourgeoisie alle ihre Anstrengungen auf ideologischem und politischem Gebiet auf die Entstellung, Verfälschung und Widerlegung des Marxismus-Leninismus und unternimmt alles ihr nur Mögliche – bis hin zum Verbot kommunistischer Parteien –, um seine Verbreitung unter der Arbeiterklasse als der einzig zur Überwindung des [15] Kapitalismus

³ K. Marx/F. Engels, Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 335 f.

fähigen Kraft zu hintertreiben. Die theoretischen Auslassungen, wie vor allem auch die politischen Aktionen „ultralinker“, linksradikaler und anarchistischer Kräfte aber bieten für die Monopolbourgeoisie, für die reaktionären bürgerlichen Politiker und Ideologen, die die Interessen der erstgenannten vertreten, nur den willkommenen Vorwand, den Marxismus-Leninismus als eine „verwerfliche“, „antidemokratische“, „falsche“, „unwissenschaftliche“ Lehre zu verleumden und das Verbot der kommunistischen Parteien zu fordern.

Auch bestimmte Universitätsprofessoren der BRD, wie der neopositivistische Wissenschaftstheoretiker Hans Albert, die, wollte man ihren Worten Glauben schenken, nur der „reinen“ Wissenschaft verpflichtet sind, bedienen sich im Kampf gegen den Marxismus-Leninismus derart unlauterer Methoden. So suggeriert Albert den Lesern seines Artikels „Plädoyer für kritischen Rationalismus“, daß der „Neomarxismus“ der „Ultralinken“, gegen den er (von rechts) polemisiert, mit dem originalen Marxismus-Leninismus identisch sei, wie ihn die DKP vertritt.⁴ Von derart fragwürdigen Manipulationen, die darauf abzielen, die Kommunisten in den Augen der breiten Massen herabzusetzen, sie als Gegner von Demokratie, Recht und Ordnung hinzustellen, bis zur Anschuldigung der potentiellen Bombenlegerei, bis zu der Verleumdung, daß auch die Kommunisten Anhänger des individuellen Terrors seien, und der Forderung nach dem Verbot der kommunistischen Parteien ist es dann nicht mehr weit.

Dieses Beispiel deutet auf den untrennbaren Zusammenhang zwischen Philosophie und Politik hin, es zeigt den ideologischen Charakter auch der rein akademisch scheinenden erkenntnistheoretischen Auslassungen bürgerlicher Philosophen, die in Worten alle Parteilichkeit in der Philosophie und in der Wissenschaft weit von sich weisen und sich als Gegner jeglicher Ideologie ausgeben. Daß die Gegner des Marxismus-Leninismus in der Wahl ihrer Methoden seiner „Widerlegung“ mit der Zeit, genauer gesagt, mit dem wachsenden Einfluß des Marxismus-Leninismus, immer weniger wählerisch werden, daß ihr Vorgehen immer fragwürdiger werdende Züge annimmt, sei in diesem Zusammenhang besonders betont. Offensichtlich verstehen sie recht gut, was unter der Forderung nach Verschärfung des ideologischen Klassenkampfes gegen den Sozia-[16]lismus und gegen die internationale revolutionäre Arbeiterbewegung zu begreifen ist, die die in den kapitalistischen Ländern herrschende Klasse, die Monopolbourgeoisie, unter den heutigen Bedingungen der Aussichtslosigkeit einer direkten militärischen Konfrontation an ihre Ideologen richtet. Dieser Kampf ist so alt, wie es die revolutionäre, marxistische Arbeiterbewegung ist. Zu allen Zeiten haben die Verfechter der bürgerlichen Ordnung versucht, den Marxismus in den Augen der Arbeiterklasse herabzusetzen, seine Aussagen über die gesellschaftliche Realität, über das Wesen des Kapitalismus ad absurdum zu führen. Von Anfang an wurde versucht, die Partei der Arbeiterklasse an der Erfüllung einer ihrer wichtigsten Aufgaben, der Vereinigung des Marxismus mit der Arbeiterbewegung als der unumgänglichen Voraussetzung für die revolutionäre Aktion der Arbeiterklasse, für den Sturz des kapitalistischen Systems, zu hindern. In der Einkerkering aller Kommunisten, derer die deutschen Faschisten habhaft werden konnten, in ihrer Verbannung in die faschistischen Konzentrationslager und Zuchthäuser, in ihrer physischen Vernichtung fand dieses Streben, die Vereinigung des Marxismus mit der Arbeiterbewegung zu verhindern, lediglich seinen brutalsten Ausdruck.

Die Methoden der „theoretischen“ Auseinandersetzung mit dem Marxismus-Leninismus wechselten, lösten einander ab, wurden raffinierter, dienten aber immer ein und demselben Ziel: der Aufrechterhaltung der ideologischen Herrschaft der Bourgeoisie als unumgänglicher Voraussetzung für die Aufrechterhaltung ihrer ökonomischen und politischen Herrschaft. In dem Maße, wie letztere bedroht war, verschärfte die Bourgeoisie ihren ideologischen Kampf gegen die Arbeiterklasse.

[17]

⁴ Vgl. Hans Albert: Plädoyer für kritischen Rationalismus, in: Das 198. Jahrzehnt. Eine Team-Prognose für 1970 bis 1980, hrsg. und eingeleitet von Claus Grossner, Hans Hermann Münchmeyer, Arend Oetker, Carl Christian von Weizsäcker, Hamburg 1969.

Neukantianismus und Wissenssoziologie – zwei theoretische Quellen des Antikommunismus der Gegenwart

Unter den Methoden der „Widerlegung“ des Marxismus-Leninismus, die in der Vergangenheit von bürgerlichen Ideologen entwickelt wurden, sind es besonders zwei, die noch heute aktuell sind, ja, die im wesentlichen das „theoretische Fundament“ des gesamten Antikommunismus unserer Tage, seiner vielfältigen Konzeptionen bilden.

Die erste besteht in der simplen Leugnung der Existenz von Entwicklungsgesetzen der Gesellschaft schlechthin, womit man den Anspruch der Begründer des Marxismus, eben diese Entwicklungsgesetze aufgedeckt zu haben, als ungerechtfertigt nachgewiesen glaubte. Diese Methode wandten im vergangenen Jahrhundert insbesondere die bürgerlichen deutschen Historiker (aber nicht nur die deutschen) an. Sie betrachteten die Geschichte als einen absolut „einmaligen Werdegang“, dessen Verlauf einzig und allein „der lebendige Wille politisch aktiver Persönlichkeiten“ bestimmt.

Die theoretische Begründung dieser absolut falschen Prämisse bürgerlicher Geschichtsschreibung versuchten Ende des vorigen Jahrhunderts insbesondere die beiden neukantianischen Philosophen Heinrich Rickert und Wilhelm Windelband zu liefern. Im Grunde aber gelangten sie dabei über bloße Behauptungen nicht hinaus. So schrieb Rickert: „Wir können unter historischer Entwicklung ... nicht das verstehen, was sich beliebig oft *wiederholt*, wie die Entwicklung des Huhnes im Ei, sondern es kommt dabei immer ein *einmaliger* Werdegang in seiner Besonderheit in Betracht.“⁵ Natur und Gesellschaft stellten danach zwei völlig verschiedene Bereiche dar. Während sich die Prozesse in der Natur ewig in unveränderter Form wiederholen – es faktisch keine Entwicklung vom Niederen zum Höheren gebe –, stelle die Geschichte einen „ein-[18]maligen Werdegang“ dar, der jeglichen Kriteriums der Wiederholbarkeit bar sei, daher auch keinerlei Gesetzmäßigkeit unterliege, denn Wiederholbarkeit ist eines der Kennzeichen der Gesetzmäßigkeit.

Die Argumentation zugunsten dieser falschen Vorstellung vom Wesen des Geschichtsprozesses stand bereits damals auf den denkbar schwächsten Füßen. Rickert wußte sich keinen anderen Rat als die Möglichkeit einer wissenschaftlichen Voraussicht, die auf der Grundlage erkannter Entwicklungsgesetze erfolgt und deren Existenz praktisch bestätigt, als völlig absurd hinzustellen. „... gäbe es historische Gesetze, so müßte die Geschichte nicht nur die Vergangenheit begreifen, sondern auch die Zukunft vorausberechnen können“.⁶ Daß das in der Tat möglich ist, wird heute bekanntlich selbst von bürgerlichen Ideologen, wie z. B. von den sogenannten Futurologen, nicht mehr bestritten.

Ähnlich argumentierte auch Windelband. Über den Entwicklungsprozeß „irdischer Organismen“ wie auch der Gesellschaft vermögen die historischen Wissenschaften nach, seiner Auffassung keine Voraussagen zu machen, da die Wiederholbarkeit derartiger Entwicklungsprozesse nur nachgewiesen werden könne, wenn Vergleichsmöglichkeiten mit analogen Entwicklungsreihen auf anderen Planeten bestünden.⁷ Solange das nicht der Fall sei, hätte sich die Geschichtswissenschaft auf die sogenannte idiographische Methode, die Beschreibung von Fakten, zu beschränken. Windelband will die Existenz von Entwicklungsgesetzen nicht absolut leugnen, verlegt die Möglichkeit ihrer Aufdeckung mit der Bedingung, daß dazu auch andere Planeten erforscht werden müßten, „nur“ in endlos weite Ferne! Daß Rickerts und Windelbands metaphysische Auffassung von der Natur nicht minder falsch und schon zur damaligen Zeit antiquiert war, sei nur am Rande vermerkt.

Der Sinn aller dieser erkenntnistheoretischen Spitzfindigkeiten liegt auf der Hand: Leugnung der Gesetzmäßigkeit des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, Leugnung der historischen Mission der Arbeiterklasse, da nicht deren geschichtliche Aktion, sondern die der großen Persönlichkeiten, der hervorragenden Politiker, der bürgerlichen versteht sich, für den Verlauf der Geschichte bestimmend sei.

⁵ Heinrich Rickert, Kulturwissenschaft und Naturwissenschaft, Tübingen 1921, S. 107.

⁶ Heinrich Rickert, Grenzen naturwissenschaftlicher Begriffsbildung, Tübingen und Leipzig 1902, S. 525.

⁷ Wilhelm Windelband, Geschichte und Naturwissenschaft, Straßburg 1900. Hierbei handelt es sich um Windelbands Straßburger Rektoratsrede aus dem Jahre 1894, mit der er sich, wie es seinerzeit üblich war, als neu ernannter Rektor wissenschaftlich einführte.

[19] Die Geschichte selbst hat derartige falsche Auffassungen vom Charakter des Geschichtsprozesses hinlänglich widerlegt. Bereits zu Zeiten Windelbands und Rickerts stellte sich jedem *denkenden* Historiker die – eben von Marx und Engels beantwortete – Frage, ob die Entwicklung des Kapitalismus, die sich in einem Land nach dem anderen wiederholte, auf die das Kriterium der Wiederholbarkeit also uneingeschränkt anwendbar war, rein zufällig oder gesetzmäßig war. Aber selbst Max Weber, einer der bedeutendsten bürgerlichen Soziologen der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts, glaubte im Interesse der Aufrechterhaltung oben genannter theoretischer Konstruktionen, die Entstehung des Kapitalismus im Widerspruch zu allen offensichtlichen Gegenbeweisen auf einen Zufall zurückführen zu müssen, einen Zufall, der angeblich nur zweimal, nämlich in Amerika und in Westeuropa, eingetreten sei.

Vor das gleiche Dilemma sehen sich die heutigen Anhänger dieser Auffassung angesichts der Entwicklung eines ganzen sozialistischen Weltsystems gestellt. In einem Land nach dem anderen wiederholt sich der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, und das nicht nur auf einem Kontinent, sondern bereits auf fast allen Kontinenten. Konnte man nach dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution noch von einem einmaligen „Zufall“ reden, der ausschließlich der überragenden Persönlichkeit Lenins zugeschrieben wurde, so ist das heute nicht mehr in dieser plumpen Form allein möglich. Heute werden, wie weiter unten noch zu zeigen ist, zusätzlich andere Argumente herangezogen, um die Gesetzmäßigkeit der Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus leugnen zu können.

Nichtsdestoweniger hat diese Methode der Bekämpfung des Marxismus-Leninismus nichts an Aktualität eingebüßt. Ihrer subtileren theoretischen Begründung haben sich heute vor allem die neopositivistischen Philosophen angenommen. Ihr Hauptargument aber ist eine Behauptung, die noch zu keiner Zeit bewiesen wurde und daher nicht mehr als eine Verleumdung ist, nämlich die Behauptung, daß es sich beim Marxismus um eine „säkularisierte Heillehre“, um eine „Ersatzreligion“, um „Eschatologie“, um „Utopie“ handle. Mit anderen Worten: nicht die Wissenschaft, sondern ein durch nichts begründeter Glaube liege dem Marxismus zugrunde und mache [20] seinen Inhalt aus. Was, wenn keine Wissenschaft – die ja an der Gesellschaft faktisch keinen Gegenstand hätte, da es in ihr angeblich keine Gesetzmäßigkeiten zu entdecken gebe – sollte der Marxismus denn auch sonst sein? Diese Behauptung ist heute unseres Wissens zum Standardargument aller Gegner des Marxismus-Leninismus geworden. Ob Existentialist, Neopositivist oder Neothomist, ob CDU-, FDP- oder SPD-Theoretiker, ob Historiker, Philosoph, Ökonom oder Soziologe, alle verbreiten in trauter Eintracht diese Legende. Sie enthebt der Anstrengung gründlichen Durchdenkens; mit ihr rechtfertigen rechte SPD-Führer ihren Verrat an den einstigen sozialistischen Zielsetzungen.

Eine andere Methode der „Widerlegung“ des Marxismus, der Leugnung der Gesetzmäßigkeit des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und der historischen Mission des Proletariats wurde in den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts von der sogenannten Wissenssoziologie entwickelt, die ihre Entstehung wesentlich dem deutschen bürgerlichen Soziologen Karl Mannheim verdankt. Die Begründung der Wissenssoziologie muß im Zusammenhang mit der Tatsache gesehen werden, daß der Kapitalismus kurz zuvor in das Stadium seiner allgemeinen Krise eingetreten war, daß durch die Verschärfung des Klassenkampfes, durch das Erstarken der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung, durch das Wachstum und durch die Festigung des ersten sozialistischen Staates, der Sowjetunion, eine tiefgreifende Gefährdung des kapitalistischen Gesamtsystems heraufbeschworen worden war. Mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution hatte eine völlig neue Epoche der Weltgeschichte begonnen, deren Hauptinhalt in dem durch diese erste sozialistische Revolution eingeleiteten Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus besteht.

Noch unter dem Eindruck der revolutionären Kämpfe der Arbeiterklasse in Deutschland und in anderen europäischen Ländern, die das kapitalistische System in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg bis dicht an den Abgrund geführt hatten, bemühte sich Karl Mannheim um die Entwicklung einer sogenannten Wissenssoziologie, die entscheidend zur Wiederherstellung der stark erschütterten „sozialen Stabilität“ des kapitalistischen Systems beitragen sollte.⁸ Von der falschen, weil idealistischen

⁸ Vgl. Karl Mannheim, *Ideologie und Utopie*, Frankfurt (Main) 1965, S. 7 ff.

Vorstellung ausgehend, daß nicht [21] die materiellen, antagonistischen Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft, sondern ihr ideeller Reflex, die Gegensätze der Ideen, „Denkstile“, Weltanschauungen die eigentliche Ursache der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, der Klassenkämpfe seien, glaubte Mannheim durch Überwindung dieser Gegensätze – vermittelt einer (in Wahrheit nicht möglichen) Synthetisierung der gegensätzlichen Klassenideologien – den Weg zur endgültigen Wiederherstellung des „sozialen Friedens“, zur „Klassenversöhnung“ und damit zur *absoluten* Stabilität des kapitalistischen Systems gefunden zu haben.

Mannheim war in der utopischen Vorstellung befangen, daß es zur Überwindung des „politischen Chaos“ lediglich erforderlich sei, den „konservativen Gedankengruppen“ – sprich den reaktionären Kräften des herrschenden Monopolkapitals, zu denen er in ehrlicher Opposition stand – und dem „Marxismus“ – sprich dem revolutionären Proletariat und seiner Kommunistischen Partei, deren politische Zielsetzung er ebenfalls ablehnte – die „Einseitigkeit“ ihrer gesellschaftlichen Perspektivvorstellungen, ihrer Klassenziele, bewußt zu machen, um sie zu einem Kompromiß zu veranlassen. Man brauchte nach seiner Auffassung beiden kämpfenden Parteien nur die Nichtübereinstimmung ihrer Perspektivvorstellungen mit dem gesellschaftlichen Gesamtinteresse nachzuweisen und sie zu synthetisieren, um zu einer Gesellschaftsauffassung zu gelangen, die alle Gesellschaftsmitglieder akzeptieren könnten. Was durch diese utopischen Vorstellungen hindurchscheint, ist die Physiognomie des Kleinbürgertums, das am kapitalistischen System hängt, welches es durch die „unvernünftige“, „maßlose“ Politik der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten und nicht zuletzt auch seiner selbst durch das Monopolkapital gefährdet sieht, und das den unausbleiblichen Sieg der revolutionären Arbeiterklasse abwenden möchte. Nur am Rande sei im vorhinein bemerkt, daß gewisse Parallelen zu den Beteuerungen heutiger rechter Führer der Sozialdemokratie, im Interesse der Erhaltung des kapitalistischen Systems, der Vermeidung von Klassenkämpfen eine „vernünftiger“ Politik als die Monopolbourgeoisie selbst zu machen, ja einen „dritten Weg“ zwischen Herrschaft der Monopole und Herr-[22]schaft der Arbeiterklasse zu beschreiten, ein imaginäres „Gesamtinteresse“ aller Klassen zu vertreten, sehr nahe liegen. Was jedoch Mannheim von den heutigen Führern und Theoretikern der rechten Sozialdemokratie trennt, ist die Kluft, die zwischen Illusion und Demagogie liegt.

In der angeblich von allen Klassenbindungen freien, in der nach seiner Auffassung „freischwebenden Intelligenz“ erblickte Mannheim seinerzeit jene soziale Schicht, die, von den methodischen Hinweisen der Wissenssoziologie geleitet, die Rolle des unparteiischen, neutralen Schiedsrichters im ideologischen Klassenkampf übernehmen könnte. Sie sollte die gegensätzlichen Weltanschauungen synthetisieren und eine allgemein verbindliche Weltanschauung ausarbeiten, genauer gesagt, Prinzipien einer „vernünftigen“ Einrichtung der kapitalistischen Gesellschaft entwickeln.

Auch diese Vorstellungen werden dem Leser sicher bekannt vorkommen. Gehört doch die Behauptung, daß die Intelligenz (die wissenschaftlich-technische) in den kapitalistischen Ländern bereits die Monopolkapitalisten von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und von der Leitung der Wirtschaft verdrängt habe, sowie die Forderung, daß die kommunistischen Parteien in den sozialistischen Ländern ihre führende Rolle an die Intelligenz abtreten sollten, heute zu den gebräuchlichsten Argumenten aller bürgerlichen Ideologen (rechte Sozialdemokraten und Revisionisten mit eingeschlossen). Später wird darauf noch näher einzugehen sein. Aber auch hier gilt: was seinerzeit Illusion war, ist heute Demagogie.

Bei Mannheims Konzeption handelt es sich, wie Robert Steigerwald in seinem Buch „Herbert Marcuses dritter Weg“ richtig feststellt, um eine „klare bürgerliche Form des ‚dritten‘ Weges“.⁹ Denn Mannheims Vorstellungen tendieren zu einer Gesellschaft hin, die sich jenseits von Imperialismus und Sozialismus befindet und in der die Intelligenz – auf nicht näher erläuterte Weise – faktisch die Führung übernimmt.

Wie versuchte nun Mannheim die Notwendigkeit eines Klassenkompromisses zugunsten der Erhaltung des kapitalistischen Systems philosophisch, erkenntnistheoretisch zu beweisen? Mannheim erkannte das Verdienst der Begründer des Marxismus an, die Klassenschranken der Erkenntnis der [23]

⁹ [Robert Steigerwald, Herbert Marcuses „dritter“ Weg, Berlin 1969, S. 24.](#)

Bourgeoisie aufgedeckt zu haben, deren weitgehend verkehrte Widerspiegelung der gesellschaftlichen Wirklichkeit als ideologischen Ausdruck ihrer Klasseninteressen nachgewiesen zu haben, und zwar erkannte er es als „eine geistesgeschichtliche Leistung höchsten Ranges, die man nicht wird bestreiten dürfen“¹⁰, an. Diese Leistung dürfe jedoch nicht „auf die Dauer das Privileg einer Partei bleiben“¹¹, vielmehr sei es erforderlich, „auch den Marxismus auf seine Ideologehaftigkeit hin zu analysieren“.¹² Es gelte mit anderen Worten, Marx' Einsichten über das Wesen des gesellschaftlichen Erkenntnisprozesses, über den Charakter aller vorsozialistischen Ideologien auf den Marxismus selbst anzuwenden und zu untersuchen, wo die Klassenschranken der Erkenntnis des Proletariats lägen, was am Marxismus richtige Widerspiegelung und was verkehrte Widerspiegelung der Wirklichkeit sei.

Daß diese Analyse notwendig sei, leitet er aus der von ihm gewissermaßen in den Rang eines soziologischen Gesetzes erhobenen Behauptung ab, „daß nämlich bestimmte unterdrückte Gruppen geistig so stark an der Zerstörung und Umformung einer gegebenen Gesellschaft interessiert sind, daß sie unwissentlich nur jene Elemente der Situation sehen, die diese zu negieren suchen. Ihr Denken ist nicht fähig, einen bestimmten Zustand der Gesellschaft korrekt zu erkennen, sie befassen sich keineswegs mit dem, was wirklich existiert, suchen vielmehr in ihrem Denken bereits die Veränderung des Bestehenden vorwegzunehmen ... Es kehrt sich von allem ab, was den Glauben erschüttern oder den Wunsch nach einer Veränderung der Dinge lähmen würde.“¹³ Allerdings machte Mannheim selbst keinerlei Anstalten, diese Behauptung am Marxismus zu verifizieren, ihm eine verkehrte Widerspiegelung des Kapitalismus nachzuweisen. Marx' „Kapital“ wird in Mannheims Buch nicht einmal erwähnt! Der Eckpfeiler seiner gesamten Wissenssoziologie war eine unbewiesene Behauptung.

Andererseits nahm Mannheim auch nicht Marx' Ausführungen über die spezifische Stellung der Arbeiterklasse in der Geschichte zur Kenntnis, aus der sich das Fehlen jeglicher Klassenschranken der Erkenntnis erklärt. Denn im Gegensatz zur Bourgeoisie befreit sich das Proletariat nicht dadurch, daß es seine besonderen Existenzbedingungen zu den herrschenden Bedingungen der gesamten Gesellschaft erhebt und auf diese Weise verewigt, daß es zur „absoluten Seite der Gesellschaft“ wird, sondern dadurch, daß es seine eigenen sozialen Existenzbedingungen aufhebt. Das Proletariat kann nur siegen, „indem es sich selbst und sein Gegenteil aufhebt“.¹⁴ Voraussetzung für die Aufhebung der eigenen Situation aber ist, daß sie erkannt und erklärt wird, wohingegen eine Ausbeuterklasse, die die eigene Situation verewigen möchte, diese ihre Situation auch nicht erkennen und darlegen kann, ohne gegen ihre Klasseninteressen zu verstoßen.

Voraussetzung für die Befreiung des Proletariats ist also seine Selbsterkenntnis, die nach Lenin die absolute Klarheit über die Wechselbeziehungen aller Klassen der modernen Gesellschaft in sich einschließt.¹⁵ Das Proletariat kann die alte Ordnung nicht stürzen, ohne ein wissenschaftliches Bewußtsein vom Wesen dieser Ordnung, von seiner eigenen historischen Mission zu haben.

Die Arbeiterklasse ist im Gegensatz zur Bourgeoisie auch nicht dazu gezwungen, eine Gemeinsamkeit ihrer Interessen mit denen der überwiegenden Mehrheit des Volkes extra vorzutauschen bzw. Sonderinteressen zu verhüllen, denn diese Gemeinsamkeit besteht tatsächlich und löst sich auch nicht nach dem Sieg der sozialistischen Revolution auf – wie das nach dem Sieg der bürgerlichen Revolutionen ganz offensichtlich der Fall war –, festigt sich vielmehr ständig weiter.

Einzig und allein aus der unbewiesenen, unzutreffenden Behauptung, daß auch dem Proletariat Klassenschranken der Erkenntnis eigen seien, die es – um es konkret zu sagen – an der Erkenntnis der „positiven“ Seiten des Kapitalismus hinderten, leitete Mannheim nun die „historische Mission“ der Intelligenz ab, die entgegengesetzten Klassenideologien der Bourgeoisie und des Proletariats zu synthetisieren, d. h., ihre rationalen Elemente herauszuschälen und sie miteinander zu einer „dritten“

¹⁰ Karl Mannheim, *Ideologie und Utopie*, S. 69.

¹¹ Ebenda.

¹² Ebenda.

¹³ Ebenda, S. 37.

¹⁴ K. Marx/F. Engels, *Werke*, Bd. 2, Berlin 1959, S. 38.

¹⁵ Vgl. W. I. Lenin, *Werke*, Bd. 5, Berlin 1955, S. 426.

Ideologie zu verbinden, die schon keine Ideologie im eigentlichen Sinne mehr wäre, da sie über den Klassen stünde und da alle spekulativen Ideen, die sich angeblich ausnahmslos in den Klassenideologien finden, aus ihr eliminiert wären. Spekulativ aber waren für ihn sowohl die Konzeptionen der herrschenden Klassen, die unter Berufung [25] auf ewige, irrationale oder religiöse Prinzipien die Existenz der bestehenden Ordnung zu rechtfertigen und zu verewigen versuchen bzw. eine nicht mehr existente gesellschaftliche Wirklichkeit ideell reflektieren, als auch die Ideen aufstrebender Klassen, die einen noch nicht bestehenden gesellschaftlichen Zustand ideell vorwegnehmen. Terminologisch unterschied er diese beiden Arten von Ideen dadurch, daß er erstere als Ideologie, letztere als Utopie bezeichnete.

Das Ergebnis der von der Intelligenz zu vollziehenden „Synthese“ aber stand für Mannheim von vornherein fest: „... Bewußtes Beiseiteschieben eines jeden ‚Kulturideals‘ (darunter das Ideal einer neuen sozialistischen Gesellschaft begriffen – H. Sch.) als ein Verschwinden des Utopischen in jedweder Gestalt auch aus dem politischen Aktionszentrum ...“¹⁶ und „... Hineinarrivieren* der restlichen Schichten in einen zu dem Zwecke ihres relativen Wohlergehens genügend elastisch werdenden Kapitalismus ...“¹⁷ als Voraussetzung dafür, daß die „Utopie“ des Sozialismusideals von jener Klasse „verabschiedet“ wird, die bislang ihr Träger war. Denn: „Gelingt es durch friedliche *Evolution* eine spätere, in sich vollkommener Form des Industrialismus zu erreichen, die genügend elastisch ist, und gelingt es, die niedrigsten Schichten in einen relativen Wohlstand zu setzen, so setzt auch bei ihnen die bei den bisher arrivierten Schichten aufgewiesene Transformation (Abkehr vom Sozialismusideal und Anpassung an die kapitalistischen Verhältnisse – H. Sch.) ein.“¹⁸

„Hineinarrivieren“ der Arbeiterklasse in die bürgerliche Gesellschaft und führende Rolle der „freischwebenden“ Intelligenz in der Gesellschaft (Vorherrschaft der „Technokraten“) – darauf reduzierten sich im wesentlichen die von Mannheim zu Anfang der zwanziger Jahre entwickelten Vorstellungen über die Perspektive der kapitalistischen Gesellschaft. Daß mit dem Erlöschen der sozialistischen Ideologie auch jegliche Herrschaftsideologie der Bourgeoisie herkömmlichen Stils, d. h. in Form einer umfassenden Gesellschaftstheorie angeblich überflüssig werden soll, sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt.

Die unausgesprochene Konsequenz dieser angeblich überparteilichen, unparteiischen Betrachtungsweise der Gesellschaft liegt auf der Hand: Die Gesetzmäßigkeit des Übergangs [26] vom Kapitalismus zum Sozialismus wird geleugnet. Auch nichtmarxistische Autoren erkennen den im Grunde apologetischen Charakter der Wissenssoziologie heute offen an: „Die Wissenssoziologie kann ihrer Anlage nach jedoch nichts dazutun, die gesellschaftlichen Antagonismen aufzuheben. Vielmehr will sie die Reform der Gesellschaft ..., wobei ‚Reform‘ verstanden wird als Synthetisierung und Harmonisierung vorhandener sich gegenseitig bekämpfender Interessen. Da die Realität selbst als feststehende Größe behandelt wird, ist die letzte Konsequenz die Anpassung der Menschen an die gesellschaftlichen Verhältnisse.“¹⁹

Die Art, in der sich Mannheims Anspruch auf Konstruktion einer „dritten“ Ideologie selbst ad absurdum führt, ist ein geradezu klassischer Beweis für die Richtigkeit der Leninschen Feststellung: „... die Frage (kann) *nur so* stehen: bürgerliche oder sozialistische Ideologie. Ein Mittelding gibt es hier nicht ...“²⁰

Die ein Jahrzehnt später ausbrechende Weltwirtschaftskrise, die erbitterten Klassenschlachten, die in diesen Jahren zwischen der Monopolbourgeoisie und der Arbeiterklasse ausgetragen wurden, die Errichtung faschistischer Diktaturen, die auch Mannheim selbst zur Emigration zwang, die Entfesselung des zweiten Weltkrieges durch den deutschen Imperialismus, sein Versuch, die Menschheit in das Zeitalter der Barbarei und der Massensklaverei zurückzuversetzen – alles das widerlegte schlagend die illusorischen, utopischen Vorstellungen Mannheims von einer möglichen friedlichen Versöhnung

¹⁶ Karl Mannheim, *Ideologie und Utopie*, S. 220.

* arrivieren = Erfolg haben; beruflich, gesellschaftlich emporkommen – ¹⁷ Ebenda, S. 221.

¹⁸ Ebenda.

¹⁹ Marlis Krüger, *Wissenssoziologie zwischen Ideologie und Wissenschaft*, Inaugural-Dissertation, Westberlin 1968, S. 15.

²⁰ W. I. Lenin, *Werke*, Bd. 5, Berlin 1955, S. 396.

der Klassen, von einer Vermittlerrolle der Intelligenz, von der Möglichkeit einer friedlichen „Verbesserung“ des Kapitalismus, vom Ende jeglicher Ideologie.

Mannheims Ideen bestärkten die Intelligenz in der Periode zwischen den zwei Weltkriegen in der Illusion, klassenunabhängig zu sein, erschwerten ihr die Einsicht, daß sie nur an der Seite der Arbeiterklasse und unter ihrer Führung den Imperialismus überwinden kann und behinderten somit ihr Bündnis mit der Arbeiterklasse.

Daß diese Theorie seinerzeit massenwirksam geworden sei, davon kann allerdings keine Rede sein. Die von Mannheim entwickelte Methode der Auseinandersetzung mit dem Marxismus sollte erst zu einem viel späteren Zeitpunkt Bedeutung erlangen.

[27]

Die fünfziger Jahre – ein Wendepunkt in der Ideologiestrategie des Imperialismus

Eine unerwartete Wiederbelebung erfuhren die von Mannheim und anderen Vertretern der Wissenssoziologie entwickelten Ideen in den fünfziger Jahren, als imperialistische Ideologen eine entschiedene Wende ihrer bisherigen Ideologiestrategie vornahmen.

Diese Wende erklärt sich vor allem aus der spezifischen historischen Situation, vor die sich der Weltimperialismus in dieser Zeit gestellt sah. Was die fünfziger Jahre in allgemeinen Zügen charakterisiert, ist eine bedeutende Stärkung der Positionen des sozialistischen Weltsystems, ein neuer Aufschwung der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung und ein erfolgreicher Kampf der nationalen Befreiungsbewegung. Die antikommunistische Politik und Ideologie erlitt in den fünfziger Jahren schwere Niederlagen, die u. a. im Fiasko der „Politik der Stärke“, im Fiasko des „kalten Krieges“ einen deutlichen Ausdruck fanden. Bürgerliche Politiker und Ideologen wurden sich in immer stärkerem Maße der Tatsache bewußt, daß der Sozialismus nicht mit militärischer Gewalt überwunden werden kann. Gleichzeitig sahen sie sich mit der Tatsache konfrontiert, daß die Ideen des Sozialismus auf allen Erdteilen Fuß faßten, daß sie sich immer neuer Millionenmassen bemächtigten, die sich ihrer antikommunistischen Vorurteile entledigt hatten. Ohne allerdings in ihren Bemühungen um Erlangung eines militärischen Übergewichts nachzulassen, verlagerten die Imperialisten das Schwerkraft des „kalten Krieges“ allmählich auf das Gebiet der Ideologie. Im Marxismus-Leninismus, den sie für historisch gänzlich „überlebt“ erklärten, begannen sie ihren Feind Nr. 1 zu sehen. Das waren die entscheidenden politischen Fakten, die den imperialisti-[28]schen Gegner zur Suche nach einer „neuen“ Ideologie bewogen. Die damalige ideologische Situation der imperialistischen Staaten wird durch eine Reihe wesentlicher Erscheinungen, Ereignisse und Aktivitäten charakterisiert.

Der der reaktionären Bourgeoisie schon seit langem eigene Geschichtspessimismus trat besonders stark in Erscheinung und fand weite Verbreitung; er war ideologischer Reflex der Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, die im Sieg zahlreicher nationaler Befreiungsbewegungen und in der Entstehung eines sozialistischen Weltsystems ihren augenfälligsten Ausdruck fand. „Man fühlt förmlich den Boden unter sich wanken, auf dem man steht, denn dieser Umsturz hat eruptive, vulkanische Formen angenommen.“²¹ So charakterisiert Jakob Baxa, ein westdeutscher Philosoph und Anhänger der reaktionären katholischen Ganzheitsphilosophie Othmar Spanns, die gefühlsmäßige Einstellung bürgerlicher Ideologen zum Lauf der Weltgeschichte im Jahre 1950.

Dieser Pessimismus beschränkte sich nicht auf Westeuropa, er war vielmehr auch in den USA weit verbreitet. Davon legen die Klagen bürgerlicher amerikanischer Ideologen beredtes Zeugnis ab: „Seit 1940 begünstigt der Lauf der Weltgeschichte die Verbreitung pessimistischer Lehren. Abgesehen von der verhältnismäßig kurzen Zeit des alliierten Sieges im zweiten Weltkrieg – den Jahren 1943-1945 – haben die vergangenen zehn Jahre Krieg und bewaffneter Waffenstillstand nicht gerade vieles gebracht, was dazu angetan wäre, Vertrauen auf die Zukunft des Westens zu erwecken“²², wie Stuart Hughes 1953 schrieb.

So viele Klagen, so viele krampfhafteste Versuche gab es in diesen Jahren, sich selbst und anderen Mut und Hoffnung zuzusprechen. Selbst kirchliche Würdenträger, die, wie der westdeutsche Landesbischof Lilje, das Schicksal der Kirche mit dem des Kapitalismus verbinden, glaubten hier nicht abseits stehen zu dürfen. So erklärte Lilje auf einer Tagung in der Evangelischen Akademie Loccum im Jahre 1956 zu der Klage Prof. Stöckls, daß der „Westen“ kein Geschichtsbild besitze, folgendes: „Worauf es für uns in der heutigen Situation ankommt, aber ist dies: Wir müssen uns hüten, daß wir den Verfall beklagen und zu der Meinung kommen, wir befänden uns in einem desolaten Zustand.“²³

[29] Als zweites wesentliches Merkmal der ideologischen Situation der fünfziger Jahre ist festzustellen: Die imperialistische Bourgeoisie, insbesondere die amerikanische, beginnt erstmals nach einer imperialistischen „Einheitsweltanschauung“, nach einer „einheitlichen Weltphilosophie“ als der

²¹ Jakob Baxa, Die romantische Soziallehre im Weltbild der Gegenwart, in: Die Ganzheit in Philosophie und Wissenschaft, Othmar Spann zum 70. Geburtstag, hrsg. von Walter Heinrich, Wien 1950, S. 87.

²² Stuart Hughes, Die neuen Spenglerianer, in: „Die Welt als Geschichte“, 4, 1953, S. 268.

²³ „Die Welt“, Hamburg, vom 15.6.1956.

ideologischen Grundlage eines zu schaffenden „Weltstaates“ unter amerikanischer Vorherrschaft zu streben. Derartige Pläne wurden in den philosophischen Kreisen des Westens, insbesondere in den USA, breit diskutiert.²⁴

Analog zum Marxismus-Leninismus als einer internationalen Lehre fordert die imperialistische Bourgeoisie von ihren Ideologen eine einheitliche, internationale bürgerliche Ideologie. Man wollte einen Zustand überwinden, da in Westdeutschland der Neothomismus vorherrschte, in Frankreich der Existentialismus, in den USA der Pragmatismus usw. Die Vereinigung aller reaktionären Kräfte unter antikommunistischem Banner, wie sie die amerikanischen Imperialisten nach dem zweiten Weltkrieg anstrebten und in Form verschiedener militärischer Paktsysteme teilweise auch realisierten, sollte durch eine einheitliche Geschichts- und Gesellschaftsauffassung ideologisch untermauert werden. Denn dem Imperialismus fehlt, wie einer seiner Ideologen, Wilhelm Ritter von Schramm, noch im Jahre 1960 feststellte, „die ‚Generallinie‘, die politische Strategie, die wieder eine geschlossene politische Theorie und den Konsens einer gemeinsamen Philosophie voraussetzt“.²⁵

Ein drittes Merkmal: Der erste großangelegte Versuch zur Schaffung einer solchen „Einheitsweltanschauung“ erlitt ein klägliches Fiasko. In einem ausgesprochenen Mammutwerk hatte der englische Historiker Arnold Joseph Toynbee nach dem zweiten Weltkrieg versucht, das Fortbestehen des Kapitalismus und die Unterordnung aller kapitalistischen Staaten unter den amerikanischen Imperialismus geschichtsphilosophisch zu rechtfertigen. Davon ausgehend, daß das Abendland – ein Synonym für das kapitalistische System in Westeuropa und in den USA – alle Symptome des Untergangs aufweise, forderte er als einzigen Ausweg aus diesem Dilemma die Bildung eines „Weltstaates“, in dem die USA die Führung einnehmen sollten. Zugunsten der Aufrechterhaltung dieses Systems führte er ein einziges Argument an: Da [30] die abendländische Zivilisation die einzige sei, die von allen voraufgegangenen Zivilisationen noch am Leben sei, könne nur sie das der Menschheit angeblich von Gott gesteckte Ziel, das „Reich der Heiligen“ auf Erden zu errichten, noch erreichen. Ginge das „Abendland“ – sprich das kapitalistische System – unter, wäre die letzte Chance, „gottähnlich“ zu werden usw., unwiderruflich verspielt. Die Bildung eines „Weltstaates“ bedeutete insofern die Rettung vor dem Untergang, als in ihm sowohl den Klassenkämpfen als auch vor allem den das kapitalistische System zerrüttenden imperialistischen Kriegen imperialistischer Staaten untereinander durch die „Führungsmacht“ USA ein Ende bereitet werden könnte. Als einzige Voraussetzung für die Verwirklichung dieser Idee sah Toynbee die Rückkehr der breiten Massen zum christlichen Glauben und die demzufolge zu erwartende Gnade Gottes an.

Über ein Jahrzehnt stand diese theologische Geschichtsphilosophie, diese ausgesprochen religiöse Heilslehre in den westlichen Ländern mehr oder weniger im Mittelpunkt aller ideologischen Diskussionen. Toynbee wurde emphatisch als „Prophet“, als „Genie“, als „Englands größter lebender Kulturhistoriker“, ja, als „Retter des Abendlandes“ gepriesen. Insbesondere in den USA rief das Werk Toynbees – aus gutem Grund – die größten Beifallsstürme hervor, die wohl einem bürgerlichen Ideologen in den letzten fünfzig Jahren in den kapitalistischen Ländern beschieden waren. So ist, wie Stuart Hughes feststellt, von dem „größten Teil der lesenden Amerikaner zu (sagen)“, daß sie nach dem zweiten Weltkrieg „für Toynbees Werk eine Begeisterung an den Tag legten, wie sie dem ‚Untergang‘ (‚Untergang des Abendlandes‘ von Oswald Spengler – H. Sch.) selbst in seinen besten Zeiten nie zuteil geworden war“.²⁶

Die Gründe für diese anfängliche Begeisterung liegen auf der Hand. Wie der liberale bürgerliche englische Historiker Geoffrey Barraclough bereits damals feststellte, ist die Theorie von der Einheit der „abendländischen Kultur“, wie sie eben vor allem Toynbee begründete, „zu ihrem Recht gekommen als eine ideologische Nebelwand, hinter der die kriegerischen Verteidiger der ‚abendländischen Tradition‘ sich darauf vorbereiten, die unwiderstehliche Artillerie der Atombombe in [31] Stellung

²⁴ Ausführlicher darüber vgl. E. D. Modrshinskaja, *Der Kosmopolitismus — die imperialistische Ideologie der Unterjochung der Nationen*, Moskau 1958, S. 129-133.

²⁵ „Neue Zürcher Zeitung“ vom 30.8.1960.

²⁶ Stuart Hughes, *Die neuen Spenglerianer*, a. a. O., S. 269.

zu bringen“²⁷, und wie der sowjetische Philosoph B. Bychowski sehr treffend feststellt, verdankt diese Konzeption ihren positiven Widerhall vor allem der Tatsache, daß sie „die theoretische Begründung ihrer (der reaktionären amerikanischen und proamerikanischen englischen Politiker – H. Sch.) aggressiven Außenpolitik gibt, die das Ziel hat, die staatliche Selbständigkeit der Völker im Namen der ‚westlich-christlichen Zivilisation‘ zu liquidieren“.²⁸

Daß diese Theorie in gewissem Umfang auch wirksam wurde, ist vor allem darauf zurückzuführen, daß Toynbee viele Gebrechen des Kapitalismus offen anprangerte, ihre Überwindung in seinem „Weltstaat“ in Aussicht stellte und sich vor allem gegen die Anwendung von militärischer Gewalt gegenüber den sozialistischen Ländern wandte. Wie ein westdeutscher Kritiker richtig hervorhebt, kam Toynbee mit seinem Versuch, „der Menschheit einen Weg zu einer besseren Zukunft zu weisen, einer großen Sehnsucht unserer Zeit entgegen“.²⁹

Um so verwunderlicher könnte es daher scheinen, daß um die Mitte der fünfziger Jahre urplötzlich eine massive Kritik an Toynbees religiöser Heilslehre einsetzt. Die Gründe der Ablehnung deuten bereits auf eine grundsätzliche Umorientierung der imperialistischen Ideologie-Strategen hin, wie sie denn auch unter der Stabsführung amerikanischer Ideologen in dieser Zeit mit der Konzipierung einer Reihe von Theorien der Industriegesellschaft vorgenommen wird.

Zunächst wird Toynbee mangelnde Wirksamkeit vorgeworfen. Die dafür angeführten Gründe sind plausibel. „Seine Behandlung der antiken Kultur ... ist ... die eines Sittenrichters, der imstande ist, der Vorsehung auf die Finger zu sehen ... wie sie sich in der Geschichte offenbart. Das letztere aber ist für Gläubige und Ungläubige gleich absurd, für diese, weil sie an keine Vorsehung glauben, für jene, weil sie die letzte Entscheidung über Aufstieg oder Untergang, Schuld und Sühne, Ursache und Folge mit völliger Unterwerfung außerhalb der geschichtlichen Erkenntnis stellen.“³⁰ Ein anderer Kritiker erklärt, „daß diese Geschichtsdeutung weder Laien noch Fachleute befriedigen könne – die ersteren nicht, weil sie zu abstrus und zu gelehrt, die letzteren nicht, weil sie zu spekulativ und zu ideologisch sei“.³¹ Das heißt, [32] daß diese Konzeption im Grunde überhaupt keine Chancen hat, ernstgenommen zu werden, daß sie vor allem als Diversionsideologie, die in die neu entstandenen sozialistischen Staaten und auch in die Sowjetunion hineinwirken soll, total ungeeignet ist. Denn dort hat ein ganz anderer Typ von Weltanschauung Fuß gefaßt, der dem Typ religiöser Heilslehren diametral entgegengesetzt ist.

Das Problem der Diversionsideologie aber wird insofern akut, als die Pläne eines militärischen Zurückrollens des Sozialismus mit der Brechung des amerikanischen Atombombenmonopols durch die Sowjetunion unreal geworden sind. In den Vordergrund rücken Pläne, die sozialistischen Länder vor allem durch massive ideologische Diversion von innen her zu zersetzen und sie für die Restauration des Kapitalismus ideologisch reif zu machen. Eine religiöse Heilslehre wie die Toynbees ist in der Tat das denkbar ungeeignetste Mittel für diesen Zweck. Hinter ihrem ideologischen Schirm wurde zwar die Atomartillerie in Stellung gebracht, aber danach zeigte sich fatalerweise, daß man mit ihr bei Strafe des eigenen Untergangs nicht schießen kann.

Der zweite schwerwiegende Vorwurf betrifft Toynbees Geschichtspessimismus. Auch diese Einwände dürften kaum zu widerlegen sein. So stellt ein holländischer Kritiker treffend fest, daß die Aussicht auf eine „Bekehrung großen Stils“, wie sie Toynbee fordert, so gering wäre, „daß es für die Zukunft unserer Kultur nahezu auf ein Todesurteil hinauslaufen würde, wenn man diese Bedingung aufstellte“.³² Für Gerhard Ritter, damaliges ideologisches Oberhaupt der westdeutschen Historiker, wird Toynbee ebenso wie für den oben zitierten holländischen Autor, dessen Buch Ritter wohlwollend

²⁷ Geoffrey Barraclough, *Geschichte in einer sich wandelnden Welt*, Göttingen 1957, S. 40.

²⁸ B. Bychowski, *Die Philosophie des Rückschritts*, in: *Gegen die Philosophie des Verfalls*, Berlin 1956, S. 38.

²⁹ F. Hampl, *Grundsätzliches zum Werke Arnold J. Toynbees*, in: „*Historische Zeitschrift*“, Bd. 173, S. 450 f.

³⁰ Willem ters Boer, *Toynbee and Classical History: Historiography and Myth*, zit. in: Othmar F. Anderle, *Die Toynbee-Kritik*, in: „*Saeculum*“, Bd. 9, 1958, S. 227.

³¹ Christopher Dawson, *The Place of Civilisation in History*, zit. in: ebenda, S. 234.

³² Pieter Geyl, *Die Diskussion ohne Ende*, Darmstadt 1958, S. 128.

rezensiert, „zum ‚Unglückspropheten‘ und ‚Defaitisten‘, der durch phantastische Irrlehren das Selbstvertrauen und damit die Zukunft der abendländischen Kultur bedroht“.³³

Diesen Argumenten liegt die sicher nicht verkehrte Einsicht der reaktionären Bourgeoisie und ihrer Ideologen zugrunde, daß der Herausforderung durch das sozialistische Weltsystem auf wirtschaftlichem, kulturellem, sozialem, politischem Gebiet, wie sie in den fünfziger Jahren auf den Imperialismus zuzukommen beginnt, nicht mit dem Schreckgespenst eines mit dem Untergang des Kapitalismus verloren [33] gehenden Seelenheils zu begegnen ist. Angesichts der geringen Sorgen, die dieser „Verlust“ den breiten werktätigen Massen in den kapitalistischen Ländern bereitet, mußten handfeste Argumente zur Rechtfertigung des Kapitalismus, zur Begründung seiner „Vorzüge“ entwickelt werden. Die Verbreitung der Idee, daß ein Untergang des „Abendlandes“ in bedrohliche Nähe gerückt und schon fast unausweichlich sei, mußte der imperialistischen Bourgeoisie unter diesen Umständen in der Tat als „absurd“ erscheinen. Wie wollte man sich anmaßen, der neuen progressiven, sozialistischen Gesellschaftsordnung das Recht auf Existenz zu bestreiten, wenn man zugegebenermaßen auf Grund innerer Widersprüche und unheilbarer Gebrechen in den letzten Zügen liegt? In der Tat hatte sich die religiöse Heilslehre Toynbees als völlig ungeeignet erwiesen, zur sozialen und politischen Stabilisierung des imperialistischen Weltsystems beizutragen. Die Hoffnungen, die man in sie gesetzt hatte, hatten sich nicht erfüllt. Insbesondere war es nicht gelungen, der zunehmenden Verbreitung des Marxismus-Leninismus in der Welt mittels dieser Konzeption Einhalt zu gebieten.

Bereits Mitte der fünfziger Jahre hatten die Anhänger Toynbees auf die für das Fortbestehen des imperialistischen Systems bedrohliche Tatsache einer gewaltigen Verbreitung der marxistischen Weltanschauung aufmerksam gemacht: „Vor allem dürfen wir unsere Augen nicht vor der Tatsache verschließen“ schrieb O. F. Anderle, rührigster Propagandist Toynbees in der Bundesrepublik Deutschland, „daß die ... sowjetische Historiographie... direkt das Weltbild von über 200 Millionen Menschen und indirekt nahezu dasjenige von der fünffachen Anzahl – bald der Hälfte der Menschheit – beherrscht ...“.³⁴ Ein Jahrzehnt später schätzte Gerhard Ritter, die Wirkung der spekulativen Geschichtsphilosophie Toynbees, seiner christlichen Heilslehre wie folgt ein: „Von einer Vereinigung der großen Weltreligionen ist ganz und gar keine Rede, wohl aber von einem beständigen Vordringen der marxistischen Ersatzreligion in asiatischen, afrikanischen südamerikanischen und auch manchen europäischen Ländern.“³⁵ Ritters Urteil dürfte kompetent sein. Hatte er doch seit Kriegsende die Strategie und Taktik des ideologischen Kampfes der reaktionären Historiker der [34] BRD gegen den Marxismus-Leninismus wesentlich mitbestimmt.

An die Stelle des großen „Propheten“ Toynbee, der als konzeptioneller Denker ein Einzelgänger geblieben war, trat danach ein ganzes Team US-amerikanischer Ideologen, die in den fünfziger und sechziger Jahren die inzwischen unrühmlich bekannt gewordenen sogenannten Industriegesellschaftslehren entwickelten. Die Namen dieser Ideologen sind D. Bell, S. M. Lipset, T. Parsons, E. Shils, A. M. Schlesinger, W. Rostow, P. Sorokin, W. Buckingham. Aktiv unterstützt wurden sie von einigen bürgerlichen Ideologen Westeuropas, wie dem Franzosen R. Aron, dem Engländer J. Galbraith und dem Holländer J. Tinbergen.

Alle diese Ideologen waren mehr oder minder an der Konzipierung solcher Theorien wie der Theorie der „industriellen“ Gesellschaft, der „postindustriellen“ Gesellschaft, der Theorie der „Wachstumsstadien“, der „Konvergenztheorie“, der Theorie der „Entideologisierung“ u. a. beteiligt. Unter ihnen spielt die Theorie der „Entideologisierung“ eine besondere Rolle, da sie einerseits wesentlicher Bestandteil aller übrigen Theorien ist – denn die „Industriegesellschaft“ ist angeblich eine „entideologisierte“ Gesellschaft –, und da sie andererseits die übrigen Theorien zur Voraussetzung hat, die ihr die Argumente für die „Notwendigkeit“ und „Möglichkeit“ der „Entideologisierung“ liefern.

³³ Gerhard Ritter, Besprechung des Buches „Die Diskussion ohne Ende“ von Pieter Geyl, in: „Historische Zeitschrift“, Bd. 188, S. 86.

³⁴ O. R. Anderle, Das Integrationsproblem in der Geschichtswissenschaft, in: „Schweizer Beiträge zur Allgemeinen Geschichte“, Bd. 15, 1957, S. 215.

³⁵ Gerhard Ritter, Wissenschaftliche Historie einst und jetzt. Betrachtungen und Erinnerungen, in: „Historische Zeitschrift“, Bd. 202, Juni 1966, H. 3, S. 600.

Die Absicht der erwähnten reaktionären amerikanischen Ideologen ist dieselbe wie die Toynbees: Konzipierung einer Alternativtheorie zur marxistisch-leninistischen Geschichts- und Gesellschaftsauffassung, die zur ideologischen Grundlage einer antikommunistischen „Einheitsfront“ aller kapitalistischen Staaten werden kann und die gleichzeitig zur Einigung auf eine gemeinsame Strategie und Taktik des politischen Kampfes gegen die revolutionäre internationale Arbeiterbewegung und gegen den Sozialismus beizutragen vermag.

Die Methoden der Auseinandersetzung mit dem Marxismus aber sind denen Toynbees diametral entgegengesetzt. Ging Toynbee von der Anerkennung der tiefen Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft aus,³⁶ so leugnen die neuen Ideologen diese Widersprüche entschieden und erklären, daß sie seit Mitte der fünfziger Jahre im wesentlichen überwunden [35] seien. Erblickte Toynbee im Klassenkampf eines der brennendsten Probleme des Westens, so erklären ihn die neuen Ideologen für erloschen. Gestand Toynbee die „Furcht des Abendländers vor dem Kommunismus“ als einem „Schwert des Geistes, gegen das mit materiellen Waffen nicht aufzukommen“ ist, offen ein³⁷, so erklären die neuen Ideologen den Marxismus-Leninismus für historisch überlebt, für beinahe tot und politisch ungefährlich. Nichts anderes meint die These vom „Ende der Ideologie“. Hatte Toynbee die Fähigkeit der herrschenden Klasse, die gesellschaftlichen Widersprüche und Probleme im Imperialismus zu überwinden und zu lösen, von einem göttlichen Gnadenakt abhängig gemacht³⁸, so dichteten die neuen Ideologen dem imperialistischen Staat die Kraft an, mit allen – ohnehin harmlosen – sozialen Problemen spielend fertig zu werden. War Toynbee davon ausgegangen, daß das Proletariat außerhalb der „offiziellen“ Gesellschaft stehe, hatte er diese Tatsache direkt zum wesentlichsten Kennzeichen des Proletariats gemacht³⁹, so behaupteten die neuen Ideologen, daß die Arbeiterklasse völlig in die bürgerliche Gesellschaft integriert sei.

Der alte Kapitalismus, wie er noch zu Marx' Zeiten existierte, habe sich mit einem Wort grundlegend gewandelt, habe sich in den fünfziger Jahren in eine moderne „Industriegesellschaft“ transformiert, in der die Arbeiterklasse völlig aufgegangen sei, da alle ihre sozialen, ökonomischen und politischen Forderungen in dieser Gesellschaft bereits weitgehend erfüllt worden seien. Da die Arbeiterklasse keine revolutionäre Kraft mehr sei, finde auch der Marxismus-Leninismus keinen Adressaten mehr. Die angebliche Klassenharmonie – sofern von der Existenz von Klassen überhaupt noch die Rede sein könne – habe jegliche Ideologie, und insbesondere die sozialistische Ideologie, überflüssig gemacht. Die sogenannte „Entideologisierung“ sei daher nicht mehr aufzuhalten, zumal jegliches ideologisches Herangehen an gesellschaftliche, insbesondere wirtschaftliche Probleme einer „sachgerechten“, „vernünftigen“ Lösung nur abträglich sein könne. Vor allem aber stünde es außer jedem Zweifel, daß der imperialistische Staat alle auftretenden gesellschaftlichen Probleme zu lösen vermöge.

Ein bodenloser Optimismus, der zu den von vielen nüchternen bürgerlichen Ideologen zu derselben Zeit geäußerten [36] Besorgnissen über das weitere Schicksal des Kapitalismus in einem seltsamen Kontrast steht, hatte den durchaus begründeten Geschichtspessimismus Toynbees abgelöst. Einige Zitate aus den Arbeiten der oben genannten „Theoretiker“ mögen das Wesen dieser ideologischen Wende, des Wechsels in der ideologischen Taktik des imperialistischen Gegners verdeutlichen.

So ist der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus und der Kampf der Arbeiterklasse für diesen Übergang heute angeblich überflüssig, denn: „Die Veränderungen im politischen Leben des Westens

³⁶ Mit erstaunlicher Offenheit äußerte sich Toynbee zum Beispiel kritisch über das in jeder Klassengesellschaft anzutreffende Faktum der Ausbeutung der Werktätigen: „Während der letzten fünf- bis sechstausend Jahre beraubten die Herren der Kultur ihre Sklaven des Anteils an den gemeinsamen Mühen der Gesellschaft so kaltblütig, wie wir unsere Bienen ihres Honigs berauben.“ (A. J. Toynbee, Kultur am Scheidewege, Berlin (West) 1958, S. 25).

³⁷ „... wie der Kommunismus schwang auch er (der Islam – H. Sch.)“, schreibt Toynbee, „ein Schwert des Geistes, gegen das mit materiellen Waffen nicht aufzukommen war. Die heutige Furcht des Abendlandes vor dem Kommunismus ist keine Furcht vor einem militärischen Angriff ...“ (Ebenda, S. 22).

³⁸ „Der göttliche Funke schöpferischer Kraft ist noch in uns lebendig, und wenn wir der Gnade teilhaftig sind, ihn zur Flamme zu entfachen, dann können nicht die Sterne in ihrem Lauf unsere Bemühungen vereiteln, das Ziel menschlichen Mühens zu erreichen.“ (A. J. Toynbee, Der Gang der Weltgeschichte, Stuttgart 1949, S. 354).

³⁹ „Der wahre Echtheitsstempel des Proletariats ist“, wie Toynbee sagt, „weder Armut noch niedrige Herkunft, sondern ein Bewußtsein ... seines angestammten Platzes in der Gesellschaft enterbt zu sein.“ (Ebenda, S. 376).

spiegeln die Tatsache wider, daß die fundamentalen politischen Probleme der industriellen Revolution bereits gelöst sind: die Arbeiter haben die industrielle und politische Staatsbürgerschaft erhalten, die Konservativen haben den Wohlfahrtsstaat akzeptiert ...“⁴⁰

So ist denn die Arbeiterklasse keine revolutionäre Kraft mehr, denn: „Die Arbeiter, die einst als Triebkraft sozialer Veränderung betrachtet wurden, sind heute mit der Gesellschaft zufriedener als die Intellektuellen.“⁴¹

So werde denn auch der revolutionäre Klassenkampf der Arbeiterklasse für immer der Vergangenheit angehören, würden nur noch Auseinandersetzungen im Rahmen der bestehenden Ordnung stattfinden: „Der demokratische Klassenkampf wird andauern, aber das wird ein Kampf ohne Ideologien, ohne rote Fahnen, ohne 1. Mai-Demonstration sein.“⁴²

So sei dann auch die sozialistische Ideologie überflüssig geworden, denn: „Die Welt ist über die veralteten Ideologien hinausgeschritten und ist bei einer weitaus elastischeren und lebendigeren Strategie angelangt.“⁴³ Ideologie steht hier im Plural, weil nicht nur die sozialistische Ideologie, sondern auch bestimmte Erscheinungsformen der bürgerlichen Ideologie wie z. B. spekulative, umfassende geschichtsphilosophische Systeme von der Art Toynbees negiert werden. Die „elastischere“ und „lebendigere“ Strategie aber ist der schon uralte bürgerliche Reformismus, ist die von Lenin gegeißelte Politik der Zugeständnisse im Kleinen um der Erhaltung des Großen, des Systems willen. Heute zieht man dazu Computer heran, nennt diese triviale Reformpolitik gelehrt „social-engineering“, nimmt dazu die Dienste der bürgerlichen Soziologie in Anspruch und preist sie zum Beispiel seitens der rechten Sozialdemokraten der BRD als „Politik der kleinen Schritte“.

[37] So spiegelt denn auch die sozialistische Ideologie die gesellschaftliche Wirklichkeit auf Grund der erwähnten „Veränderungen“ nicht mehr richtig wider und habe folglich auch die Kraft der Überzeugung verloren: „Heute sind diese Ideologien erschöpft ... Die alten Ideologien haben ihre ‚Wahrheit‘ und ihre Fähigkeit zu überzeugen verloren.“⁴⁴

All der langen Reden kurzer Sinn ist folgender: Die sozialistische Ideologie ist veraltet, da der Kapitalismus Wandlungen durchgemacht habe, die die sozialistische Revolution überflüssig machen. Ideologien als Ausdruck der Interessen bestimmter Klassen seien in dieser „neuen“ kapitalistischen Gesellschaft überhaupt überflüssig, da es keine Klasse mehr gibt, die den „alten“ Kapitalismus verteidigt, und da es keine Klasse mehr gibt, die für die Errichtung des Sozialismus eintritt. Der einstige Klassenantagonismus habe der Sozialpartnerschaft, der Klassenharmonie Platz gemacht und auf diese Weise jeglichen Ideologien das Wasser abgegraben. Denn: „Unter Ideologie verstehe ich“, wie Arthur Schlesinger erklärt, „eine Summe systematisierter und verknöcheter Dogmen, mit deren Hilfe die Menschen die sie umgebende Welt zu erkennen versuchen und die bestehende Ordnung zu erhalten oder umgekehrt umzugestalten versuchen.“⁴⁵

Was, wenn nicht die falsche, phantastische Vorstellung Karl Mannheims vom einstigen Ende jeglicher Ideologie bzw. Utopie in einem „elastisch“ gewordenen Kapitalismus, von der Ideologie als einer unabweichlich verkehrten Widerspiegelung der Welt liegt dieser „neuen“ Theorie der „Entideologisierung“, vom „Ende der Ideologie“ zugrunde? Ohne Zweifel haben wir hier Mannheims Konzeption vor uns, und zwar in einer Form, die direkt auf die Interessen des Monopolkapitalismus zugeschnitten ist, zu dem Mannheim als liberaler Gelehrter einst in Opposition gestanden hatte. So war Mannheims Ideen erst nach seinem Tode – Mannheim starb 1947 – ein Erfolg beschieden, der ihm zeit seines Lebens versagt geblieben war, ein „Erfolg“ aber auch, von dem sich Mannheim selbst wahrscheinlich distanziert hätte, denn es ist sehr zu bezweifeln, ob Mannheim, der die Anfänge der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihre politischen Auswirkungen in Hitlerdeutschland erlebt

⁴⁰ M. Lipset, *Political Man. The Social Bases of Politics*, New York 1960, S. 442-443.

⁴¹ D. Bell, *The End of Ideology. On the Exhaustion of Political Ideas in the fifties*, Glencoe 1960, S. 374.

⁴² S. S., M. Lipset, *Political Man*, S. 445.

⁴³ A. Schlesinger, M. White (Hrsg.), *Paths of American Thoughts*, Boston 1963, S. 536.

⁴⁴ D. Bell, *The End of Ideology*, S. 370, 373.

⁴⁵ A. Schlesinger, *Ideologie und amerikanische Erfahrungen*, in: „Amerika“, 1964, Nr. 96, S. 14.

hat und vor ihnen geflohen ist, den heutigen staatsmonopolisti-[38]schen Kapitalismus in den USA oder auch in England oder in der BRD als einen „elastischen“ Kapitalismus bezeichnen würde, in den die Arbeiterklasse bereits total integriert und der Existenz der sozialistischen Ideologie damit jeglicher Boden entzogen wäre. Gerade das aber behaupten die amerikanischen Ideologen und ihre Gesinnungsgenossen in Westeuropa, wobei sie zur Rechtfertigung auf die verschiedensten bürgerlichen Ideen der Neuzeit zurückgreifen, auf die Idee der „Modernisierung“ des Kapitalismus, auf die Idee des „Wohlfahrtsstaates“, auf die Idee der „Revolution der Manager“, der „Herrschaft der Technokraten“, der Verbürgerlichung der Arbeiterklasse usw. Sehr zweifelhaft ist ferner, ob Mannheim sich je herbeigelassen hätte, ausgerechnet die Staatsbeamten der Kennedy-, Johnson- oder auch Nixon-Administration (zusammen mit CIA und FBI) mit der „freischwebenden“ Intelligenz zu identifizieren, die nach ihm als „Über den Klassen“ stehend zur Führung und Leitung der Gesellschaft berufen sein sollte.

Der demagogische Charakter der Theorie der „Entideologisierung“ liegt auf der Hand. Es ist nicht unsere Aufgabe festzustellen, inwieweit sich die betreffenden Ideologen selbst Illusionen über die Möglichkeiten des sich seit den fünfziger Jahren stark entwickelnden staatsmonopolistischen Kapitalismus gemacht haben, der Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft Herr zu werden. Festzuhalten ist lediglich, daß die reaktionäre Bourgeoisie sofort nach diesem ideologischen Rettungsanker gegriffen und alles unternommen hat, um diese Ideen weit zu verbreiten. Festzuhalten ist ferner, daß darüber hinaus auch die rechten Sozialdemokraten in diesen Ideen ein offenbar ausgezeichnet geeignetes Mittel zur Rechtfertigung ihres Verrats am Sozialismus, an den Interessen der Arbeiterklasse und ihres offenen Übergangs auf die Positionen des staatsmonopolistischen Kapitalismus erblickt haben. Auch linke und rechte Revisionisten machten sich im Kampf gegen den Marxismus und Sozialismus diese Ideen zu eigen. Ja, selbst linksradikale Revoluzzer, Anarchisten usw. nutzten zur Rechtfertigung ihrer sektiererischen Haltung gegenüber der organisierten Arbeiterbewegung, gegenüber den marxistisch-leninistischen Parteien und zur Begründung der von ihnen angewandten Methoden des individuellen Terrors Thesen [39] dieser Theorie aus, wie die These von der Integration der Arbeiterklasse in die bürgerliche Gesellschaft, vom Verlust ihrer revolutionären Potenzen und ähnliche.

Einen frühzeitigen und ausgedehnten Gebrauch machten vor allem rechte Sozialdemokraten in der BRD von dieser Theorie. Sie wandten sich ihr bereits zu einer Zeit zu, da die Ideologen der CDU/CSU noch auf den Neothomismus schworen, als Jesuitenpater wie Gustav Andreas Wetter noch den Ton in der bürgerlichen Ideologie der BRD angab und als Politiker wie der Exkanzler Erhard ihren ganzen Ehrgeiz daran setzten, mit der Theorie der „formierten Gesellschaft“ eine spezifisch bundesdeutsche Ideologie des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu entwickeln. Möglicherweise hatten die rechten sozialdemokratischen Ideologen und Politiker, wie sie selbst immer wieder beteuern, doch ein feineres Gespür dafür, was den Interessen der Erhaltung des kapitalistischen Systems abträglich und was ihnen zuträglich ist. Wie die Theorie der „Entideologisierung“ im einzelnen von den rechten Sozialdemokraten der BRD für ihre Zwecke ausgenutzt wurde, sollen die folgenden Abschnitte zeigen.

[40]

„Entideologisierung“ der SPD?

Reaktionäre amerikanische Ideologen hatten in den fünfziger und sechziger Jahren das „Ende“ der sozialistischen Ideologie proklamiert und in diesem Zusammenhang behauptet, daß die Arbeiterklasse dieser Ideologie nicht mehr bedürfe. Die „Schlußfolgerung“, die führende rechte Sozialdemokraten in der BRD – aber auch in anderen kapitalistischen Ländern – aus diesen Proklamationen zogen, bestand in der offiziellen Forderung nach „Entideologisierung“ ihrer Partei. Dieser Schluß ist logisch nicht falsch, denn wenn der antagonistische Klassengegensatz zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie in der „modernen Industriegesellschaft“ tatsächlich aufgehoben sein sollte, wenn sich sämtliche Interessengegensätze in Nichts aufgelöst haben sollten, die Klassen selbst verschwunden sein sollten, dann bedürfte es selbstverständlich auch keiner Partei mehr, die speziell die Interessen der Arbeiterklasse gegenüber dem Kapital vertritt, die die sozialistische Ideologie in die Arbeiterklasse hineinträgt und sie so auf den revolutionären Sturz des Kapitalismus und auf die Errichtung ihrer politischen Herrschaft vorbereitet.

Aber erstens treffen diese Voraussetzungen nicht im mindesten zu, und zweitens bedeutet die totale Absage an die sozialistische Ideologie keineswegs, daß sich die SPD damit in eine Partei verwandelt habe, die sich in ihren politischen Aktionen von keinerlei Ideologie leiten ließe, d. h. völlig unpolitisch, unparteiisch wäre.

Nichtsdestoweniger nehmen führende rechte sozialdemokratische Politiker und Ideologen für die SPD gerade dieses Prädikat einer „entideologisierten“ Partei in Anspruch, um ihren Übergang auf die Positionen des Monopolkapitals zu verschleiern.

[41] Dieses Prädikat weise eben ihre Partei als eine „moderne“ Partei aus, wohingegen KPD, DKP, SED hoffnungslos veraltete Parteien seien, die von längst überholten Vorstellungen von der Wirklichkeit ausgingen, die „noch immer glauben, aus dem alten und seinerzeit klassischen Gegensatz Kapitalismus – Sozialismus leben zu müssen“⁴⁶, und die darüber vergessen, daß „das Beharren auf dem inzwischen historisch gewordenen Standpunkt des 19. Jahrhunderts ... zum Dogmatismus (verführt)“.⁴⁷

Was unter einer „Entideologisierung“ der Partei begriffen wird, deutet sich nach den zitierten Äußerungen bereits an. „Entideologisierung“ bedeutet Abgehen von den im 19. Jahrhundert noch als gültig anzuerkennenden, für die Gegenwart und zum Teil auch bereits für die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts als nicht mehr gültig anzuerkennenden marxistischen Auffassungen von der gesellschaftlichen Wirklichkeit, vom Wesen des Kapitalismus, von der Unversöhnlichkeit der Klasseninteressen im Kapitalismus, vom Sozialismus als einziger Alternative zum Kapitalismus.

In der Tat meint der Begriff „Entideologisierung“ oder „Ende der Ideologie“ im Grunde nichts weiter als die Absage an den Marxismus-Leninismus, nichts weiter als das „Ende der sozialistischen Ideologie“. Das bestätigt der Generalsekretär der Sozialistischen Internationale, Hans Janitschek, in einem Aufsatz, der sich mit dem Problem einer von verschiedenen sozialdemokratischen Theoretikern als notwendig empfundenen „Reideologisierung“ der sozialdemokratischen Parteien befaßt. Darin kritisiert er jene sozialdemokratischen Theoretiker, die in den sechziger Jahren behauptet hatten, „mit der Ideologie gehe es zu Ende“, und die erklärt hatten, „daß die sozialistische Ideologie im Westen keine Bedeutung mehr habe“⁴⁸, also aufgegeben werden könne. Korrigierend fügt Janitschek im Hinblick auf den Zeitpunkt des Einsetzens dieses „Endes der Ideologie“, dieses „Entideologierungsprozesses“ hinzu: „Natürlich hatten die meisten europäischen sozialdemokratischen Parteien trotz ihrer formellen Programme in der Praxis ihre marxistische Grundkonzeption des 19. Jahrhunderts bis in die dreißiger Jahre abgelegt.“⁴⁹

Aus diesen Äußerungen geht klar hervor, daß das „Ende der Ideologie“ allgemein mit der „Ablegung“ des Marxismus [42] gleichgesetzt wird. Daß Janitschek diese Gleichsetzung als voreilig rügt, da sie

⁴⁶ Friedrich Brand, Sozialismus heute, in: „Die Neue Gesellschaft“, H. 8, 1971, S. 585.

⁴⁷ Ebenda.

⁴⁸ Hans Janitschek, Anfang einer neuen Ideologie, in: „Vorwärts“ vom 21.1.1971, S. 2.

⁴⁹ Ebenda.

die Rückkehr zu einer pseudosozialistischen Ideologie behindert, sei hier nur am Rande vermerkt. Der sogenannten Reideologisierung werden wir uns später gesondert zuwenden.

Gesagt werden muß in diesem Zusammenhang nur noch, daß diese eigentümliche, sophistische Identifikation von „Ende der Ideologie“ mit „Ende der sozialistischen Ideologie“ auf die oben genannten reaktionären bürgerlichen Urheber der Theorie der „Entideologisierung“ zurückgeht, die von rechten sozialdemokratischen „Theoretikern“ hemmungslos plagiiert worden sind. So faßte einer der Schüler Daniel Bells das Ergebnis einer detaillierten Analyse der „Entideologisierung“-Konzeption Bells, insbesondere ihrer politischen Funktion, in folgenden Worten zusammen: „Mit seiner Theorie vom ‚Ende der Ideologie‘ hat Herr Bell vor allem das Fiasko des Sozialismusideals im Auge.“⁵⁰ Das ist deutlich und bedarf keines Kommentars. Die Übereinstimmung mit den Auffassungen der rechten sozialdemokratischen „Theoretiker“ liegt auf der Hand.

Einigkeit besteht unter den führenden Vertretern der SPD und ihren Ideologen darüber, daß die SPD nach der Lossagung von den letzten Resten marxistischer Auffassungen eine Partei ohne Ideologie sei. Ein kurzer Ausschnitt aus einem Dialog zwischen Leo Bauer und Herbert Wehner enthebt jeden, der eine solche Auffassung für unwahrscheinlich halten sollte, seiner Zweifel. Leo Bauer: „In vielen Diskussionen wird in mancherlei Form gesagt, die Sozialdemokratie brauche wieder eine Ideologie.“ Herbert Wehner: „*Ich wehre mich gegen Ideologien ...*“⁵¹ Das heißt, die Sozialdemokratie besitzt zur Zeit keine Ideologie.

Umstritten ist allerdings der Zeitpunkt, an dem die „Entideologisierung“ der SPD erfolgt sein soll. Leo Bauer erklärt, „daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands mit ihrem Godesberger Programm endgültig Abschied nahm vom Glauben an eine naive Freiheits- und Fortschrittsideologie“.⁵² Analog dazu spricht Gustav Heinemann von einer „Entwicklung“, die zum Godesberger Programm geführt hat, in welchem Programm den „letzten Wahrheiten“ – womit in jedem Falle der Marxismus-Leninismus oder zumindest ge-[43]wisse marxistische Auffassungen gemeint sind – endgültig eine Absage erteilt worden sei.⁵³ Diese Entwicklung dürfe durch eine „Re-Ideologisierung“ „nicht rückgängig gemacht werden“.⁵⁴

Auf das Godesberger Programm verweist auch ein anderer, weniger prominenter Autor. Unverklausuliert bezeichnet dieser allerdings geradeheraus den Verzicht auf die Forderung nach Vergesellschaftung des Privateigentums an Produktionsmitteln, die ausdrückliche Zusicherung des Schutzes des Privateigentums als entscheidendes Kriterium dafür, daß die SPD „nicht nur in ihrer politischen Praxis, sondern auch vielen Grundsätzen nach keine sozialistische Partei mehr“ ist⁵⁵, d. h. mit der sozialistischen Ideologie gebrochen hat.

Rein äußerlich, rein formal betrachtet, mag das Godesberger Programm als ein gewisser Höhepunkt im so verstandenen Prozeß der „Entideologisierung“ der SPD, der Lossagung von der „marxistischen Grundkonzeption des 19. Jahrhunderts“ gelten. Der offizielle Bruch der internationalen Sozialdemokratie, und darunter auch der SPD, mit der marxistischen Theorie liegt jedoch weiter zurück. Er erfolgte auch nicht erst in den dreißiger Jahren, wie Janitschek die im Fahrwasser der bürgerlichen Autoren der Theorie der „Entideologisierung“ segelnden sozialdemokratischen Anhänger dieser Theorie glaubt korrigieren zu müssen, sondern nach dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. „Die Große Sozialistische Oktoberrevolution machte endgültig die bürgerliche Natur dieser Tendenz (von marxistischen Positionen unter dem Vorwand ihrer ‚Vervollkommnung‘ abzugehen – H. Sch.)

⁵⁰ I. Kristel, Keeping Up with ourselves, in: The End of Ideology Debate, New York 1968, S. 113.

⁵¹ Auf dem Weg zur sozialen Demokratie! Gespräch mit Herbert Wehner, in: „Die Neue Gesellschaft“, H. 1, 1971, S. 7.

⁵² Leo Bauer, Die Herausforderung oder Wie schwach ist die Sozialdemokratie?, ebenda, H. 10, S. 686.

⁵³ Die Verwendung des Terminus „letzte Wahrheiten“ zum Zwecke der Verunglimpfung des Marxismus nimmt in letzter Zeit geradezu groteske Formen an. Was soll man wohl davon halten, wenn die Ablehnung der Aktionseinheit zwischen DKP und SPD seitens eines rechten Sozialdemokraten wie folgt begründet wird: „Der demokratische Sozialismus beansprucht nicht, letzte Wahrheiten zu verkünden ... Dies schließt Aktionsbündnisse und Solidarität mit denen aus, die behaupten, die letzte Wahrheit zu besitzen ...“ (Walter Schilling, Kooperation zwischen demokratischen Sozialisten und DKP?, ebenda, H. 2, 1972, S. 142).

⁵⁴ Gustav W. Heinemann, Die Vision der Menschenrechte. Bemerkungen zur Frage „Wohin SPD?“, ebenda, H. 3, 1968, S. 5.

⁵⁵ Günter Bartsch, Sozialistische Partei oder Volkspartei?, ebenda, H. 3, 1966, S. 211.

sichtbar, die in der westeuropäischen Sozialdemokratie vorherrschend wurde. Die Antwort der erdrückenden Mehrheit der sozialdemokratischen Führer auf diesen grandiosen Sieg des revolutionären Marxismus war, daß sie sich dem Antikommunismus und Antisowjetismus der reaktionären Bourgeoisie anschlossen. Man kann faktisch von diesem Augenblick an von einem offiziellen Bruch der Sozialdemokratie mit der marxistischen Theorie sprechen.“⁵⁶

Nur der Vollständigkeit halber sei an dieser Stelle erwähnt, daß es unter den sozialdemokratischen Gegnern der sozialistischen Ideologie oder, um uns unmißverständlich auszudrücken, des Marxismus-Leninismus, „Theoretiker“ gibt, [44] die die revolutionäre Tradition der Sozialdemokratie überhaupt leugnen möchten. Daß sie dadurch die ganze Konzeption einer unter den angeblich völlig neuen gesellschaftlichen Verhältnissen der „Industriegesellschaft“ nunmehr erst möglichen und notwendigen „Entideologisierung“ der Partei ad absurdum führen, scheint ihnen dabei zu entgehen. Sehr zynisch wurde denn auch von Günter Bartsch als einem Vertreter der Konzeption der „Entideologisierung“ der Partei auf eine derart politisch-ideologische Instinktlosigkeit – wie sie es in seinen Augen sein muß – reagiert: „Es gab den psychologisch interessanten Fall“, sagt er, „daß jemand schrieb, die Sozialdemokratie sei nie revolutionär gewesen.“⁵⁷ Der gleiche „psychologisch interessante Fall“ ereignete sich, wie wir hinzufügen möchten, erst unlängst wieder in der Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft“, dem theoretischen Organ der SPD. Allen Ernstes behauptete dort Karl Wienand, daß „der Kampf um eine gerechtere demokratische Gesellschaft“⁵⁸ schon immer Ziel der Sozialdemokratie seit Eisenach, seit dem 9.8.1869 gewesen sei. Die Sozialdemokratie sei mit anderen Worten nie revolutionär gewesen. Daß sich auf diese Weise jegliche „Entideologisierung“ erübrigt, liegt auf der Hand. Derart absurde, von jeglicher Geschichtskennntnis ungetrübte Behauptungen eines von Bartsch gerügten, aber namentlich nicht genannten Ignoranten oder auch eines Wienand könnten in diesem Zusammenhang übergangen werden, wenn es sich um die private Meinung unmaßgeblicher rechter Sozialdemokraten handelte. Davon kann jedoch keine Rede sein. So hat im Jahre 1970 der Vorsitzende der SPD diese These wie folgt formuliert: „Die SPD hat im Grunde nie eine radikale Partei in dem Sinne sein wollen, daß sie sich auf totale Antworten und Lösungen versuchte.“⁵⁹ „Radikal“ sein heißt nach sozialdemokratischer Sprachregelung revolutionär sein, und „totale Lösungen“ sind dieser Terminologie zufolge vor allem die Enteignung der Kapitalisten und die Überführung ihres Eigentums in gesellschaftliches Eigentum. Ein einziger Satz beweist schlagend das Gegenteil dieser Behauptung. Er lautet: „Und da das Privateigentum an den Produktionsmitteln die Grundlage ihrer [der Arbeiter] Ausbeutung bildet, da sie diese nicht abschaffen können, ohne jenes zu beseitigen, müssen sie notwendigerweise zur Aufhebung dieser [45] Art von Eigentum gelangen.“⁶⁰ Dieser Satz stammt aus den Erläuterungen zum Erfurter Programm von Karl Kautsky und Bruno Schoenlank.

Es ist kein Zufall, wenn die Vertreter der „Entideologisierung“ der SPD auf das Godesberger Programm aus dem Jahre 1959 verweisen. Hat doch der Kapitalismus gerade in den fünfziger Jahren angeblich „Wandlungen durchgemacht ..., die die marxistische Analyse von damals obsolet machen“⁶¹, wie der Neopositivist Hans Albert behauptet, der sich als philosophische Stütze der Reformpolitik der rechten Führer der westdeutschen Sozialdemokratie empfiehlt. Das Aufgeben sozialistischer Prinzipien, insbesondere der Verzicht auf die Vergesellschaftung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, die Absage an den Marxismus überhaupt, wie es im Godesberger Programm insbesondere durch die Verunglimpfung jeglicher Weltanschauung als „letzter Wahrheiten“ zum Ausdruck kommt, sei folglich vollauf gerechtfertigt gewesen, sei Ausdruck einer undogmatischen Einstellung, wohingegen „das Beharren auf dem inzwischen historisch gewordenen Standpunkt des 19. Jahrhunderts ... zum Dogmatismus (verführt)“, um noch einmal Friedrich Brand in diesem Zusammenhang zu zitieren.

⁵⁶ Ideologie des Sozialdemokratismus in der Gegenwart, Berlin 1971, S. 407.

⁵⁷ Günter Bartsch, Sozialistische Partei oder Volkspartei?, a. a. O., S. 204.

⁵⁸ Karl Wienand, Zukunftsorientierte Planung, in: „Die Neue Gesellschaft“, H. 1, 1972, S. 19.

⁵⁹ Idee und Wirklichkeit. Gespräch mit Bundeskanzler Willy Brandt, ebenda, H. 1, 1970, S. 23.

⁶⁰ Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie. Erläuterungen zum Erfurter Programm von Karl Kautsky und Bruno Schoenlank, Berlin o. J., S. 24.

⁶¹ Hans Albert, Plädoyer für kritischen Rationalismus, a. a. O., S. 299 f.

Wenn diese Behauptungen auch durch nichts begründet sind, so offenbaren sie doch eines, nämlich die eigentliche politische Zielsetzung, die die „wohlmeinenden“ Kritiker aus dem Westen seinerzeit mit ihrer „Kritik“ am „Dogmatismus“ kommunistischer Parteien verfolgten: die allmähliche ideologische Aushöhlung kommunistischer Parteien unter dem Deckmantel einer Überwindung „dogmatischer“ Erscheinungen, ihre Verwandlung in Parteien vom Typus der rechten Sozialdemokratie, die das Ziel der Errichtung des Sozialismus endgültig abgeschrieben haben. Dieses politisch-ideologische Manöver – Dogmatiker ist, wer an den marxistischen Prinzipien festhält – wurde seither nicht wieder aufgegeben. Es wiederholte sich im Jahre 1968 in der ČSSR und dient heute in der BRD dazu, Druck auf die DKP auszuüben, sie direkt politisch erpressen zu wollen und sie in den Augen der breiten Massen herabzusetzen.⁶²

Wenden wir uns nun der Frage zu, welche „Wandlungen“ der Kapitalismus angeblich durchgemacht hat, die eine „Ent-[46]ideologisierung“ rechtfertigen würden. Über diese Frage soll der Aufsatz eines rechten sozialdemokratischen „Theoretikers“ aus dem Jahre 1966 Aufschluß geben, da er die wichtigsten Argumente in komprimierter Form enthält.

Der Autor dieses Aufsatzes, Günter Bartsch, geht richtig von der Tatsache aus, daß eine Ideologie stets Ausdruck der Interessen einer bestimmten Klasse, die sozialistische Ideologie Ausdruck der Interessen der Arbeiterklasse ist. Da jedoch heute in den entwickelten „Industriegesellschaften“ des Westens „die ehemaligen Grenzen zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum ... zerfließen (sind)“⁶³, da sich jedoch heute in der BRD „Bürger und Arbeiter nicht mehr als Herr und Knecht, sondern grundsätzlich gleichwertig gegenüber-(stehen)“⁶⁴, da „vor allem ... die Einschmelzung der Arbeiterschaft in die Gesellschaft erreicht“⁶⁵ ist, bedürfe die Arbeiterklasse keiner eigenen Ideologie mehr, denn: „Politische Theorien können nur solange wirksam sein, als sie ein gesellschaftliches Bedürfnis manifestieren.“⁶⁶ Es bedarf unter den genannten Voraussetzungen auch keiner Klassenpartei mehr, sondern einer „Volkspartei“, denn: „Klassenparteien sind nur in einer Klassengesellschaft am Platz, wie sie für das 19. Jahrhundert kennzeichnend war.“⁶⁷

Die sozialistische Ideologie sei vor allem auch deshalb überholt und überflüssig, weil die Ziele des Sozialismus im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der BRD im wesentlichen verwirklicht seien. Das ist nicht etwa ironisch gemeint, denn der Autor behauptet allen Ernstes, „daß sich eine ‚neue‘ Gesellschaft erübrigt. Zunächst, weil sie in Gestalt der industriellen Gesellschaft schon da ist, aber auch deshalb, weil die Industriegesellschaft soviel Sozialismus in sich aufgenommen hat, wie sich mit ihrer Funktion vereinbaren läßt ... Der Sozialismus in seiner alten Form ist überholt, weil die sozialistischen Ziele bei uns weitgehend erreicht sind, soweit sie realisierbar waren.“⁶⁸ Die Probleme der Arbeiterbewegung sind gelöst, daher ist „der Sozialismus geschichtlich überlebt.“⁶⁹ Das ist nach Meinung von Bartsch auch der Grund dafür, daß „die Kraft der sozialistischen Tradition und die Ausstrahlung der sozialistischen Idee ... in den Industriestaaten zunehmend schwächer statt stärker (werden)“.⁷⁰

[47] Wollte man dieser Darstellung folgen, so gäbe es in der BRD keine Klassengegensätze mehr und wären die „Ziele des Sozialismus“ – allerdings „nur“ insoweit, wie sie nach Meinung rechter Sozialdemokraten im Kapitalismus realisierbar seien – erreicht. Mit diesen Behauptungen haben rechte

⁶² Den Versuch hierzu unternimmt der antikommunistische SPD-„Theoretiker“ Walter Schilling im Februarheft 1972 der theoretischen Zeitschrift der SPD „Die Neue Gesellschaft“: „Daher widerspricht der demokratische Anspruch der DKP ihrem tatsächlichen Bekenntnis zur antirevisionistischen (offensichtlich nur ein anderer Terminus für „dogmatisch“ – H. Sch.) Position und politischen Praxis ihrer Bruderparteien in der Sowjetunion und DDR.“ (a. a. O., S. 141) Das heißt mit anderen Worten, daß die DKP in seinen Augen nur in dem Falle als demokratische und damit nicht verfassungsfeindliche Partei gelten kann, wenn sie mit der KPdSU und SED ideologisch bricht, d. h., wenn sie den Marxismus-Leninismus aufgibt.

⁶³ Günter Bartsch, Sozialistische Partei oder Volkspartei?, a. a. O., S. 209.

⁶⁴ Ebenda.

⁶⁵ Ebenda, S. 210.

⁶⁶ Ebenda, S. 213.

⁶⁷ Ebenda, S. 209.

⁶⁸ Ebenda, S. 209, 210.

⁶⁹ Ebenda, S. 213.

⁷⁰ Ebenda, S. 212.

sozialdemokratische „Theoretiker“ und Politiker in der Tat die Verwandlung der SPD in eine „Volkspartei“, die offene Aufgabe des Klassenstandpunktes der Arbeiterklasse und den offenen Bruch mit dem Marxismus vor ihren Mitgliedern zu rechtfertigen versucht. Konfrontieren wir diese Behauptungen mit der Wirklichkeit:

Sind die „ehemaligen Grenzen zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum zerfließen“, ist „in der pluralistischen Industriegesellschaft ... die frühere Klassenkonstellation der Wenigen, die alles und der Vielen, die nichts besitzen, überwunden“⁷¹, wie K. D. Arndt bereits 1963 auf der wirtschaftspolitischen Tagung der SPD vom 3. bis 5.10.1963 in Essen behauptete?

Das Grundsatzprogramm, das einige Wochen später vom Außerordentlichen Bundeskongreß des DGB in Düsseldorf am 21./22. November 1963 beschlossen wurde, hat diese Frage bereits damals eindeutig verneint: „Aber die Ungerechtigkeit der Einkommens- und Vermögensverteilung, die Abhängigkeit vom Marktgeschehen, von privater Wirtschaftsmacht und die Ungleichheit der Bildungschancen sind nicht überwunden. Die Entwicklung in der Bundesrepublik hat zu einer Wiederherstellung alter Besitz- und Machtverhältnisse geführt. Die Großunternehmer sind erstarkt, die Konzentration des Kapitals schreitet ständig fort ... Die Arbeitnehmer, das heißt die übergroße Mehrheit der Bevölkerung, sind nach wie vor von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ausgeschlossen. Ihre Arbeitskraft ist auch heute noch die einzige Einkommensquelle.“⁷²

Auch in der Folgezeit haben führende Funktionäre des DGB wiederholt betont, daß sich die Klassenstruktur der Gesellschaft in der BRD nicht verändert hat, daß die alten Besitz- und Machtverhältnisse unverändert fortbestehen. So erklärte der DGB-Vorsitzende, Heinz Oskar Vetter, auf dem 6. Ordentlichen Kongreß der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten am 10. September 1970 in Westberlin: „Wir [48] sind nicht damit einverstanden, daß die Macht in den Unternehmen von denen allein ausgeübt wird, die juristisch oder tatsächlich die Produktionsmittel besitzen. Wir werden uns auch nicht damit abfinden, daß von uns allen erarbeitetes Vermögen – ungerechterweise – nur einer kleinen Minderheit zufließt.“⁷³ Und in seinem Aufsatz „Ein neues Jahrzehnt“ schrieb er: „In der Wirtschaft verfügt nach wie vor eine sehr kleine Zahl von Menschen über das alleinige Bestimmungsrecht ohne demokratische Legitimation und Kontrolle, und die enormen Vermögenssteigerungen sind ausschließlich einer kleinen Gruppe von Besitzenden zugute gekommen.“⁷⁴

Zu der gleichen Schlußfolgerung gelangte 1971 der inzwischen verstorbene damalige Vorsitzende der Industriegewerkschaft Metall im DGB, Otto Brenner. Wie er feststellte, steht dem Streben nach Mitbestimmung „jedoch die Organisation einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung entgegen, deren Kennzeichen vor allem die aus dem Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeleitete hochkonzentrierte Verfügungsmacht ist. Nur relativ klein ist die Zahl der Unternehmerfamilien, die sich in den Besitz der Produktionsmittel teilen ... Wesentlich ist ..., daß alle Erfahrungen und alle bisher bekannten Daten darauf hinweisen, daß die Konzentration der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel in der Bundesrepublik ungeheuer stark ist und sich weiter fortsetzt.“⁷⁵ Brenner führt einige dieser Daten an, die jeden Zweifel an der Wahrheit seiner Feststellungen ausschließen.

In einem Aufsatz mit dem treffenden Titel „Vermögensbildung [der Arbeiter] – ein leerer Wahn“ stützt sich ein marxistischer Theoretiker aus der BRD, Peeter Raane, zum Beweis seiner Titel-These auf Zahlenmaterial, das das bürgerliche Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ – irgendwelcher geheimer Sympathien mit dem Kommunismus zumindest ebenso unverdächtig wie die oben zitierten westdeutschen Gewerkschaftsfunktionäre des DGB – veröffentlicht hat. Raane schreibt: „Die Wirklichkeit sieht

⁷¹ K. D. Arndt, Einkommens- und Vermögensbildung in der wachsenden Wirtschaft, in: Stabilität und Aufstieg, Dokumentation der wirtschaftspolitischen Tagung der SPD vom 3. bis 5.10.1963 in Essen, Hannover 1963, S. 123.

⁷² Zit. nach: „Dokumente der Gewerkschaften“, Frankfurt (Main) 1970, S. 11/12.

⁷³ Zit. nach Werner Cieslak, Die Gewerkschaften als Klassenorganisation – oder als Ordnungsfaktor im System des Spätkapitalismus, in: Marxistische Blätter, Frankfurt (Main), 9. Jahrgang, Jan./Febr. 1971, S. 14.

⁷⁴ Heinz O. Vetter, Ein neues Jahrzehnt, in: „Gewerkschaftliche Monatshefte“, 13.1.1970. Zit. nach Fritz Rische, Gewerkschaften und spätkapitalistische Wirtschaftspolitik, in: „Marxistische Blätter“, S. 29.

⁷⁵ Otto Brenner, Selbstverwirklichung der Arbeitnehmer durch Demokratisierung der Wirtschaft, in: „Die Neue Gesellschaft“, 13.5.1971, S. 322, 323.

anders aus: Etwa 30 Prozent des gesamten Vermögens in der Bundesrepublik und 70 Prozent des gesamten Produktiv-Vermögens gehören der verschwindenden Minderheit von 1,7 Prozent aller Haushalte. Der Anteil der Arbeiter, Angestellten und Beamten an den Erwerbstätigen stieg von 68,5 Prozent im Jahre 1950 [49] auf 80,6 Prozent im Jahre 1967. Gleichzeitig sank ihr Anteil am Privatvermögen von 40,5 Prozent auf 23,9 Prozent.“⁷⁶

Wie wenig von einem Verschwinden der Klassen, der Klassenunterschiede und der Klassegegensätze die Rede sein kann, demonstrierte Herbert Mies an dem Einkommensunterschied zwischen dem Konzernherrn Flick und den Arbeitern seines Konzerns. Die Einkommensverteilung „sieht in unserem Land so aus, daß ein Mann wie Flick allein im Jahr 1969 eine Dividende in einer solchen Höhe kassierte, für die ein Arbeiter seines Konzerns 3700 Jahre arbeiten müßte“.⁷⁷

Alle diese Zahlen sowie die oben zitierten Feststellungen führender DGB-Funktionäre über die Konzentration des Kapitals, über die Alleinherrschaft der Unternehmer im wirtschaftlichen Bereich der BRD beweisen eines, nämlich daß die Leninsche Definition der Klassen voll auf die soziale Struktur der BRD zutrifft. Wie sagte doch Lenin? „Als Klassen bezeichnet man große Menschengruppen, die sich voneinander unterscheiden nach ihrem Platz in einem geschichtlich bestimmten System der gesellschaftlichen Produktion, nach ihrem (größtenteils in Gesetzen fixierten und formulierten) Verhältnis zu den Produktionsmitteln, nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit und folglich nach der Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum, über den sie verfügen. Klassen sind Gruppen von Menschen, von denen die eine sich die Arbeit einer andern aneignen kann infolge der Verschiedenheit ihres Platzes in einem bestimmten System der gesellschaftlichen Wirtschaft.“⁷⁸

Nun, der Platz der Kapitalisten, der Arbeitgeber, wie sie fälschlicherweise im bürgerlichen und reformistischen Sprachgebrauch bezeichnet werden, da sie im Grunde die „Arbeitnehmer“ sind, da sie sich die Arbeit einer anderen Klasse aneignen, ist vom Platz der Arbeiter im System der gesellschaftlichen Wirtschaft der BRD in der Tat grundverschieden. Sie, die Kapitalisten, sind Eigentümer fast sämtlicher Produktionsmittel der Gesellschaft und besitzen darüber die alleinige Verfügungsgewalt. Sie bestimmen darüber, ob produziert wird, was produziert wird, ob investiert wird, ob exportiert wird, ob rationalisiert oder automatisiert wird, ob entlassen [50] oder eingestellt wird, ob die Produktion erweitert oder eingeschränkt, ob die Preise erhöht oder gesenkt, die Löhne gekürzt oder erhöht werden usw. In der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit spielen sie daher die führende Rolle, wenngleich sie auch die Funktion der unmittelbaren Leitung der Betriebe häufig an bezahlte Angestellte auf Zeit übertragen. Die Art der Erlangung ihres Anteils am gesellschaftlichen Reichtum ist der Profit. Die Größe dieses Anteils kann, wie das obige Beispiel zeigt, ein Vieltausendfaches von dem eines Arbeiters betragen, was sich eben daraus erklärt, daß sich diese Klasse „die Arbeit einer anderen aneignen kann“, wie Lenin sagt, und in der Tat auch aneignet.

Wie anders sollte sich die allgemein festgestellte Konzentration des gesellschaftlichen Reichtums in den Händen einer verschwindenden Minderheit von Menschen in der BRD auch erklären? Die Arbeiter aber, „die Arbeitnehmer (wie sie auch im oben zitierten Grundsatzprogramm des DGB fälschlicherweise bezeichnet werden – H. Sch.), das heißt die übergroße Mehrheit der Bevölkerung, sind nach wie vor von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ausgeschlossen. Ihre Arbeitskraft ist auch heute noch die einzige Einkommensquelle.“⁷⁹ Und sie wird es, muß man hinzusetzen, in diesem, dem kapitalistischen System der gesellschaftlichen Wirtschaft auch bleiben! Denn solange die Unterschiede im Verhältnis zu den Produktionsmitteln, d. h. die bestehenden Eigentumsverhältnisse nicht aufgehoben werden, die, wie Lenin feststellte, für die Art und die Größe des Anteils der verschiedenen Klassen am gesellschaftlichen Reichtum entscheidend sind, solange wird auch die „Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung“ bestehen bleiben.

⁷⁶ Peeter Raane, Vermögensbildung – ein leerer Wahn, in: „Marxistische Blätter“, 8. Jahrg., Mai/Juni 1970, S. 29.

⁷⁷ Herbert Mies, Der Lohnkampf '70 war Klassenkampf, ebenda, 9. Jahrg. Jan./Febr. 1971, S. 7.

⁷⁸ W. I. Lenin, Werke, Bd. 29, Berlin 1963, S. 410.

⁷⁹ Zit. nach: „Dokumente der Gewerkschaften“, S. 11/12.

Dies muß insofern besonders betont werden, als rechte sozialdemokratische Politiker und Theoretiker noch immer bemüht sind, in dieser Frage falsche Hoffnungen bei der Arbeiterklasse zu erwecken; denn statt die Forderung nach Vergesellschaftung des kapitalistischen Eigentums aufrechtzuerhalten und durchzusetzen und auf diese Weise ein gleiches Verhältnis aller zu den Produktionsmitteln herzustellen, durch das allein der „Ungerechtigkeit der Einkommensverteilung“, der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende bereitet werden kann, propagieren sie die „Vermögensbil-[51]dung in Arbeitnehmerhand“ in Form des Erwerbs von Volks- oder Belegschaftsaktien. Der Erwerb von einigen „Volksaktien“ kann beim Arbeiter aber höchstens das Gefühl, Besitzer von Produktionsmitteln zu sein, erwecken, an der bestehenden Ungleichheit der Besitzverhältnisse und an der tatsächlichen Lage des Arbeiters, an der „Art der Erlangung und der Größe seines Anteils am gesellschaftlichen Reichtum“ (Lenin) ändert dieser Erwerb nichts. So antwortete schon Lenin seinerseits auf die Frage, ob der kleine Sparer zum „Besitzenden“ oder zum „Eigentümer“ wird: „Nein, er bleibt ein Proletarier, der gezwungen ist, seine Arbeitskraft zu verkaufen, d. h. zu den Eigentümern der Produktionsmittel in Knechtschaft zu gehen.“⁸⁰

Wie von Theoretikern der DKP festgestellt wurde, kann die Ungleichheit der Besitzverhältnisse allein schon deshalb nicht auf diese Weise beseitigt werden, weil „keiner der bisherigen sogenannten Vermögensbildungspläne das bereits gebildete Vermögen antasten will“⁸¹, „weil der gesellschaftliche Reichtum, *im stets steigenden Maß Eigentum derer wird, die in der Lage sind, sich stets aufs neue die unbezahlte Arbeit anderer anzueignen*“.⁸² Die erwähnte Konzentration des Kapitals hat dafür den unwiderlegbaren Beweis geliefert. Würden „alle rund 20 Millionen unselbständig Beschäftigten in einem Jahr 300 DM ‚vermögensbildend‘ sparen, dann stünden dem Großkapital 6 Milliarden Mark zur Verfügung, die es“, wie Petschik feststellt, „genau wie den Profit akkumulieren könnte“.⁸³ Die Realisierung dieser Pläne hätte also nicht nur einen ideologischen Effekt – Verschleierung der ungleichen Vermögensbildung, Verbreitung der Idee der Sozialpartnerschaft und der Klassenharmonie –, sondern auch einen beachtlichen materiellen, nämlich Gewinnung von Akkumulationsmitteln für die Bewältigung der Aufgaben des kapitalistisch genutzten wissenschaftlich-technischen Fortschritts. An der bestehenden Klassenstruktur aber ändern diese Pläne nicht das Geringste. „Nicht eine Zersplitterung des Großkapitals bedeutet diese Fülle kleiner Sparer, sondern eine *Stärkung der Macht* des Großkapitals, das selbst die kleinsten Krumen der ‚Volks‘ersparnisse zur freien Verfügung erhält“⁸⁴, wie schon Lenin treffend feststellte.

Die Haltlosigkeit des seinerzeit für die mögliche und not-[52]wendige „Entideologisierung“ der SPD benutzten Vorwands, daß Begriffe wie Kapital und Arbeit „veraltet“ seien, die alte Klassenteilung der Gesellschaft überwunden sei usw., wird nicht zuletzt an dem Eingeständnis führender rechter sozialdemokratischer Politiker und Theoretiker offenbar, daß die „Politik der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ im Grunde eine erst noch in der Zukunft zu lösende Aufgabe ist. So stellt Herbert Wehner zu den Ergebnissen des Außerordentlichen Bonner SPD-Parteitages fest: „Der Parteitag selbst hat beschlossen, für die weitere Behandlung und Ausarbeitung einer Vorlage zur Politik der *Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand* eine Kommission bilden zu lassen ..., so daß dem nächsten ordentlichen Parteitag Bericht und Vorlage zur Entscheidung zugeleitet werden können.“⁸⁵ Wenn sich Wehner in diesem Zusammenhang gegen eine Abwertung dieses Beschlusses als ein „Vor-sich-Herschieben eines Themas“ wendet, so wirft das ein bezeichnendes Licht auf die bisherigen Ergebnisse dieser Politik, die angeblich schon seinerzeit zu einer „Diffusion“ des Eigentums, zu einer „Zügelung“ der Macht der „großen Wirtschaftsverbände“ geführt hatte.

Widerlegt wurde von der kapitalistischen Wirklichkeit schließlich auch die These der Propagandisten einer „Entideologisierung“ der Sozialdemokratie, wonach mit der Nivellierung der Klassenunterschiede

⁸⁰ W. I. Lenin, Werke, Bd. 6, Berlin 1956, S. 82.

⁸¹ Peeter Raane, Vermögensbildung – ein leerer Wahn, a. a. O., S. 35.

⁸² Werner Petschick, Vermögensbildung – Integrationsinstrument oder Teilaspekt zur Systemveränderung, in: „Marxistische Blätter“, 8. Jahrg., Mai/Juni 1970, S. 39.

⁸³ Ebenda, S. 37.

⁸⁴ W. I. Lenin, Werke, Bd. 6, Berlin 1956, S. 83.

⁸⁵ Herbert Wehner, Die SPD wird regieren und nicht resignieren, in: „Die Neue Gesellschaft“, H. 2, 1972, S. 85.

und mit dem Verschwinden der Klassengegensätze auch die Notwendigkeit des ökonomischen und politischen Kampfes der Arbeiterklasse entfallen sei.

Den anschaulichsten Beweis für die Absurdität derartiger Vorstellungen lieferte der Lohnkampf 1970 und die Welle der Warnstreiks, die „die ersten großen sozialen Kampfaktionen unter den Bedingungen einer von der SPD geführten Bundesregierung“⁸⁶, die „Klassenkampf“ waren, wie Herbert Mies dazu feststellt.

Noch härter und ausgedehnter waren die Streikkämpfe der westdeutschen Arbeiterklasse zum Jahresausgang 1971, in denen die Unternehmer zu brutalen Aussperrungsmaßnahmen griffen, um die Arbeiter und ihre Familien physisch in die Knie zu zwingen und sie so zum Verzicht auf ihre berechtigten Lohnforderungen zu veranlassen.

Was diese die physische Existenz der Werktätigen angrei-[53]fenden Maßnahmen der Aussperrung bewirkten, war, daß das Gerede bürgerlicher und rechter sozialdemokratischer Ideologen von „Gleichberechtigung“ „Gleichwertigkeit“ von „Arbeitnehmer“ und „Arbeitgeber“, von „Sozialpartnerschaft“ und „Klassenharmonie“ ad absurdum geführt wurde. In der Arbeiterklasse wuchs das Bewußtsein, daß es sich bei dem Verhältnis von Kapital und Arbeit um antagonistische, unversöhnliche Widersprüche handelt, die sich im Rahmen des bestehenden Gesellschaftssystems nicht überwinden lassen.

Diese sozialen Kämpfe haben bewiesen, daß sich die Arbeiterklasse nicht von jenen gerade in den Monaten zuvor immer wieder im theoretischen Organ der SPD von rechten sozialdemokratischen Ideologen vertretenen Theorien beeinflussen ließ, wonach die Arbeiter aus dem „Klub der Kapitalmaximierer und Vermögensanhäufers“ ausgesperrt⁸⁷ seien und man ihnen doch bei Gott durch Sparförderungsmaßnahmen und dergleichen den Zutritt zu diesem Klub ermöglichen möge, statt diesen Klub aufzulösen, wie es die DKP fordert.⁸⁸ Die Arbeiterklasse führte ihren Wochen andauernden entschlossenen Kampf nicht um Volksaktien oder um günstigere Sparförderungsmaßnahmen, sondern um die Erhöhung ihrer Löhne als der einzigen Einkommensquelle, aus denen die Mittel für ihren Lebensunterhalt bestritten werden können. Die Theorien, Versprechungen und Beteuerungen rechter sozialdemokratischer Ideologen erwiesen sich als wirkungslos und vermochten die Arbeiterklasse in der BRD nicht von dem Weg der folgerichtigen Entwicklung des Klassenkampfes, wie ihn Marx vorgezeichnet hat, abzubringen.

Daß es sich bei der Leugnung der Gesetzmäßigkeit des Klassenkampfes in der kapitalistischen Gesellschaft um einen Vorwand für den Bruch rechter sozialdemokratischer Führer mit jeglichen Resten marxistischer Auffassungen, bestenfalls um voreilige Illusionen handelte, beweisen indirekt der Sympathie mit dem Kommunismus unverdächtige rechte Sozialdemokraten bisweilen selbst. So begründet Wilderich von Ostmann die Notwendigkeit der Inthronisierung von ethischen Leitbildern für die bundesdeutsche „Demokratie“ mit einer kritischen Charakterisierung der bestehenden gesellschaftlichen Zustände in der BRD: „Altvater Hobbes [54] scheint recht behalten zu haben; der Kampf der ... Klassen und Gruppen weitet sich zum Kampf ‚aller gegen alle‘ aus ... Das Prinzip der Gewinnmaximierung wird oberster Lebenssinn, der Mensch zur Funktion der Wirtschaft ... Der Mensch ist danach nur soviel wert, wie er an materiellem Erfolg vorzuweisen hat.“⁸⁹

Diesen Feststellungen kann man getrost zustimmen. Sie bestätigen nur das, was von marxistischer Seite seit eh und je – ja bereits von Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest“ – über die Zustände im Kapitalismus, über die Folgeerscheinungen dieses Systems für den Menschen gesagt

⁸⁶ Herbert Mies, Der Lohnkampf '70 war Klassenkampf, a. a. O., S. 11.

⁸⁷ Arnulf Geißler, Vermögen muß gerecht verteilt werden, in: „Die Neue Gesellschaft“, H. 5, 1971, S. 325.

⁸⁸ So erklärte Kurt Bachmann auf dem Düsseldorfer Parteitag der DKP: „Wenn die Herren des Großkapitals sich als unfähig erklären, den arbeitenden Menschen einen gesicherten Arbeitsplatz, einen kontinuierlich wachsenden Lebensstandard entsprechend der steigenden Produktivität ihrer Arbeit zu garantieren und Preisstabilität zu gewährleisten, weil der Profit für sie das Maß aller Dinge ist, dann zeigt sich daran die Notwendigkeit, diesen Herren die Verfügungsgewalt über die wirtschaftliche Macht, über das Schicksal von Zehntausenden, über die Wirtschaftsentwicklung unseres ganzen Landes zu entziehen.“ In: UZ – Unsere Zeit – Sozialistische Volkszeitung Essen, Sonderausgabe Beilage Nr. 49 vom 25. bis 28. Nov. 1971, S. 11.

⁸⁹ Wilderich von Ostmann, Braucht die Demokratie ein Leitbild?, in: „Die Neue Gesellschaft“, H. 6, 1971, S. 424.

wurde. Daß diese Feststellungen mit den idyllischen Vorstellungen vom Wesen der *neuen* „Industriegesellschaft“, insbesondere mit den Vorstellungen von „Klasseneintracht“, „Klassenharmonie“, „Sozialpartnerschaft“ und „Klassenfrieden“ aus den fünfziger und sechziger Jahren sehr eindeutig kontrastieren, bedarf wohl keiner besonderen Erwähnung.

Noch aufschlußreicher ist das Resümee, das der evangelische Theologe Helmuth Gollwitzer aus einer Fernsehsendung (vom 16.12.1971) mit Richard von Weizsäcker (CDU), Helmut Schmidt (SPD), Franz Joseph Strauß (CSU) und Wolfgang Mischnik (FDP) zieht. „Selten hat man so deutlich gesagt bekommen“, stellt Gollwitzer fest, „wer bei uns die herrschende Klasse ist und wer die Regierung zu regieren beansprucht.“⁹⁰ Und diese in Wahrheit herrschende Klasse ist, wie Gollwitzer weiterhin feststellt, dazu bereit, jeden Widerstand, auf den sie bei der Realisierung ihres hemmungslosen Gewinnstrebens trifft, mit allen Mitteln zu brechen. „Die Marxisten behaupten“, so sagt Gollwitzer, „kapitalistische Unternehmer könnten gar nicht anders, als ihre Gewinne für das Maß aller Dinge zu halten. Weizsäcker bestätigt das. Den deutschen Unternehmern, wie er sie darstellt, geht der Horizont nicht über die Nasenspitze ihres Lustgewinns hinaus, und wenn Gewinnschmälerung ihnen die Lust versalzt, dann versuchen sie – politisch instinktlos wie eh und je (1932/33!) –, mit ihrer Macht die Regierung zu stürzen ...“⁹¹

Mit diesen von Gollwitzer angeprangerten Drohungen sollte seinerzeit ein erpresserischer Druck auf die Steuerpolitik der Regierung Brandt/Scheel ausgeübt werden, der [55] seinen Zweck auch nicht verfehlte. An der Bereitschaft, derartige Drohungen wahrzumachen, ist seit dem 27. April 1972, dem Versuch, die Regierung Brandt/Scheel noch vor der Ratifizierungsdebatte der „Ostverträge“ im Bundestag zu stürzen, kein Zweifel mehr möglich.

Was jedoch das Streben der Monopolbourgeoisie angeht, trotz Konjunkturrückgang, tiefer internationaler Währungskrise, Geldentwertung innerhalb des Landes und verschärften internationalen Konkurrenzkampfes keine „Gewinnschmälerung“ zuzulassen, daher die Ausbeutung der Werktätigen zu verschärfen und ihnen Lebensstandard fühlbar zu senken, so erübrigten sich hier allerdings bislang derart massive Drohungen an die Adresse der Brandt/Scheel-Regierung. Der Generalangriff der Monopole auf den Lebensstandard der Werktätigen – Entlassungen, Einführung von Kurzarbeit, hinwegrationalisierte Arbeitsplätze, Stilllegung ganzer Betriebe, Steigerung des Arbeitstempos und der Arbeitsintensität, Erhöhung der Steuern und aller möglichen Tarife, Gebühren, Mieten, Preise, Verweigerung der daher notwendigen Lohnerhöhungen – fand die bereitwillige Unterstützung der Regierung. Als sich die Arbeiterklasse in den Lohnkämpfen 1970 und 1971 gegen diesen Angriff zur Wehr setzte, da griffen der Staat, ‚Schlichter‘ und ‚politischer Makler‘, vorwiegend SPD-Minister, ... zugunsten der Unternehmer ein“⁹², wie Herbert Mies speziell zum Lohnkampf 1970 feststellt.

Alle diese Fakten beweisen, daß von einem „Erlöschen“ des Klassenkampfes, von einem Wandel des Kapitalismus keine Rede sein kann. Wie Gollwitzer treffend bemerkt, liefern deutsche Unternehmer selbst den Beweis dafür, daß die Marxisten mit ihrer Einschätzung des Wesens des Kapitals auch heute noch im Recht sind. Noch immer gilt, was Marx in seinem Werk „Das Kapital“ über den Charakter des Kapitals sagte, wobei er sich eines treffenden Zitats aus dem „Quarterly Reviewer“ bediente: „Das Kapital hat einen horror vor Abwesenheit von Profit, oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Ver[56]brechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens.“⁹³

In diesem Zusammenhang darf auch nicht der antiimperialistische Kampf Ausgang der sechziger Jahre unerwähnt bleiben, der in der BRD vor allem die Unterstützung der jungen Generation und vornehmlich der progressiven Teile der Studentenschaft fand und heute – weitgehend bereits von den

⁹⁰ Helmuth Gollwitzer, Politik aus „christlicher Verantwortung“, ebenda, H. 2, 1972, S. 127 f.

⁹¹ Ebenda, S. 129.

⁹² Herbert Mies, Der Lohnkampf 70 war Klassenkampf, a. a. O., S. 11.

⁹³ K. Marx/F. Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 788, Fußnote 250.

Ideen des Marxismus-Leninismus geleitet – seine Fortsetzung findet. Dieser Kampf richtete sich nicht zuletzt gerade gegen derartige Verbrechen des Kapitals, wie sie der amerikanische Imperialismus mit moralischer und materieller Unterstützung des westdeutschen Imperialismus seit Jahren in Südostasien begeht. Der Protest an den unwürdigen Zuständen an den Hochschulen wuchs sich zu einem Protest am gesamten Gesellschaftssystem, insbesondere an dem Pressemonopol der herrschenden Klasse aus, das die Manipulierung des Bewußtseins großer Teile der Bevölkerung gewährleistet.

Es ist bezeichnend, daß sich rechte sozialdemokratische Politiker und Ideologen wie auch bürgerliche Ideologen angesichts dieses radikalen und unerwarteten Widerstands ängstlich davor hüteten, auch nur den Charakter dieser Bewegung, ihre wahren Ursachen offen beim Namen zu nennen. So sprach Gustav W. Heinemann von einer in den letzten Jahren aufbrechenden Unruhe in der jungen Generation⁹⁴, während dieser Widerstand gegen das staatsmonopolistische System in der großbürgerlichen Wochenzeitung „Das Parlament“ unter der Hand in ein „Desinteresse der Bürger, insbesondere der Jugend und hier vorwiegend der Studenten an der ideenarmen Politik in der Bundesrepublik“⁹⁵ umgefälscht wurde.

Wenn diese Autoren die Ursachen übereinstimmend im Fehlen „zündender politischer Ideen“, im Fehlen sozialer „Leitbilder“, „Ziele und Werte“ sehen wollen, die die Massen begeistern und vom Widerstand gegen die Politik der Monopole und ihre Regierung abhielten, so liegt das zwar genau auf der Linie der Vertuschung der antagonistischen Widersprüche des staatsmonopolistischen Gesellschaftssystems, hat jedoch mit der Wirklichkeit nichts gemein. Allerdings war diese Bewegung auch Ausdruck der Tatsache, daß Teile der Bevölkerung der ideologischen Kontrolle der herrschenden Klasse entglitten waren. Nicht zuletzt daraus erklärte sich auch deren [57] unverhohlene Wut, die sich beim damaligen Bundeskanzler Erhard bekanntlich in Beschimpfungen der Intellektuellen Luft machte. Man darf jedoch nicht Ursache und Wirkung miteinander verwechseln. Die Ursache dafür, daß die Manipulierungstechnik gegenüber Teilen der Bevölkerung versagte, ist in der Verschärfung der Widersprüche des kapitalistischen Systems zu sehen. Mit seinen Taten – insbesondere mit seiner vorbehaltlosen Unterstützung der Verbrechen des amerikanischen Imperialismus – führte der westdeutsche Imperialismus seine „Ideen“, „Werte“, „Ideale“ selbst ad absurdum. Bewunderungswürdige Aktionen der Arbeiterklasse, die die Phrase vom Erlöschen des Klassenkampfes, von der „Integration“ der Arbeiterklasse in die bürgerliche Gesellschaft widerlegen, fanden Ende der sechziger Jahre vor allem in den der BRD benachbarten Ländern Frankreich und Italien statt. Im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXIV. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion wird dazu festgestellt, daß es „in solchen Ländern wie Frankreich und Italien, in denen die Traditionen des Klassenkampfes sehr entwickelt und starke kommunistische Parteien tätig sind, einen Druck der Werktätigen unter Führung der Arbeiterklasse gab, der sich nicht nur gegen einzelne Gruppen von Kapitalisten, sondern auch gegen das gesamte System der staatsmonopolistischen Herrschaft richtete“.⁹⁶

Daß die Ursachen, die den Klassenkampf in den kapitalistischen Ländern gesetzmäßig hervorrufen, nicht beseitigt sind, daß sie im Gegenteil mit verstärkter Kraft fortwirken, daß alle Spekulationen auf eine automatische Lösung der sozialen Probleme durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt haltlos sind, war bereits auf der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau 1969 festgestellt worden. Die sich in allen kapitalistischen Ländern verschärfenden Klassenauseinandersetzungen erklären sich, wie dort gesagt wurde, aus der Unfähigkeit des staatsmonopolistischen Systems, die Gesellschaft – trotz der außergewöhnlichen Möglichkeiten, die sich durch die gegenwärtige Entwicklung von Wissenschaft und Technik ergeben – „von Armut und Not zu befreien, die Arbeitslosigkeit zu liquidieren und den Werktätigen und Kleingewerbetätigen ein Leben zu sichern, das frei ist von der Angst vor dem morgigen Tag. [58] Immer mehr Menschen erkennen,

⁹⁴ Vgl. Gustav W. Heinemann, Die Vision der Menschenrechte. Bemerkungen zur Frage: „Wohin, SPD?“, a. a. O., S. 3.

⁹⁵ Helmuth Pütz, „Reale Utopien“ als politische Integrationsfaktoren in der Bundesrepublik, in: „Das Parlament“, B, 9/69, 1. 3. 1969, S. 29 (Beilage).

⁹⁶ L. J. Breschnew, Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXIV. Parteitag der KPdSU, Berlin 1971, S. 23.

daß das Kapital nicht in der Lage ist, eine echte Mitbestimmung der Werktätigen in der Produktion und Gesellschaft zuzulassen und es auch niemals tun wird. Immer augenfälliger wird, daß der Imperialismus zu einem nie dagewesenen Verfall der kulturellen und sittlichen Werte der Gesellschaft führt. Die Monopole nutzen die gesteigerten Möglichkeiten von Produktion, Wissenschaft und Technik zu ihren eigennützigen Zwecken: zur verstärkten Ausbeutung der Massen, zur Festigung des sie beherrschenden Gewaltapparates sowie der Maschinerie, die aggressiven Kriegen und Abenteuern dient. Der soziale Abgrund zwischen der monopolistischen Spitze und den riesigen Massen der Arbeiterklasse, allen Werktätigen vertieft sich immer mehr. Mit anderen Worten, die imperialistische Ordnung ist eine ständige und nicht wegzudenkende Gefahr für die Lebens-, die Existenzbedingungen breiterer Volksmassen in den Ländern des Kapitals, wo immer häufiger akute Klassenkonflikte ausbrechen.“⁹⁷ Die Fakten beweisen, daß es keinen Grund gibt, die BRD von der Gültigkeit dieser Feststellungen auszunehmen.

Nun könnten sich angesichts dessen die Vertreter der Entideologisierungskonzeption damit rechtfertigen, daß der Schein des Klassenfriedens getrogen habe, daß man sich im Charakter der Kapitalistenklasse mit ihrer unersättlichen Profitgier getäuscht habe, daß die Unternehmer letztlich selbst daran schuld seien, wenn der erloschen geglaubte Klassenkampf nunmehr von neuem aufbreche, daß die fünfziger Jahre den Schluß auf die Möglichkeit und Notwendigkeit einer „Entideologisierung“ de facto nahegelegt haben. Und in der Tat läuft die Argumentation darauf hinaus, daß der „Klassenfrieden“ nur durch die „Unvernunft“ der Unternehmer in Frage gestellt werde und daß die rechten sozialdemokratischen Führer dagegen ein Patentrezept für die völlige „Integration“ der Arbeiterklasse in die kapitalistische Gesellschaft in der Tasche hätten.

Dazu ist an dieser Stelle erstens zu sagen, daß die Konzeption der „Entideologisierung“ wie schon eingangs erwähnt, kein eigenständiges Produkt rechter Sozialdemokraten ist, zu dem sie etwa von sich aus auf Grund einer Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD oder in anderen kapitalistischen Ländern in den fünfziger Jahren gelangt wären. Zweitens: die eigentlichen Autoren dieser Theorie, wie D. Bell, S. M. Lipset, T. Parsons, A. Schlesinger u. a., „beweisen“ ihre These vom „Ende der Ideologie“, von der „Integration“ der Arbeiterklasse in den Kapitalismus vor allem damit, daß die ideologische Polemik zwischen den traditionellen bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie erloschen ist, d. h. daß sich die rechten Führer der Sozialdemokratie durch die Preisgabe des Marxismus dem bürgerlichen Ideologie untergeordnet haben.⁹⁸ Identifiziert man – wie es die genannten Autoren offensichtlich tun – die Sozialdemokratische Partei eines Landes mit der Arbeiterklasse dieses Landes, dann wäre der Schluß vom Erlöschen des Klassenkampfes, von der Integration der Arbeiterklasse in die bürgerliche Gesellschaft, vom „Ende der marxistischen Ideologie“ gar nicht so verkehrt. Ganz offensichtlich war bei dieser Identifizierung der Wunsch der Vater des Gedankens, denn wie die Klassenauseinandersetzungen der letzten Jahre gezeigt haben, läßt sich der Arbeiterklasse ihr Verhalten nicht von den sozialdemokratischen Parteien vorschreiben. Drittens schließlich haben die erwähnten Autoren bei der Aufstellung ihrer Behauptungen, daß der Klassenkampf erloschen sei und Klassenharmonie herrsche, daß alle wichtigen sozialen Probleme in den USA bereits gelöst seien – was sogar Politiker wie J. Kennedy behaupteten⁹⁹, weitgehend die amerikanische Wirklichkeit außer acht gelassen.

⁹⁷ L. I. Breschnew, Für die Festigung des Zusammenschlusses der Kommunisten – für einen neuen Aufschwung des antiimperialistischen Kampfes. Rede des Leiters der KPdSU auf der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau, 7. Juni 1969, Berlin 1969, S. 9-10.

⁹⁸ Vgl. L. N. Moskwitschew, Die Theorie der „Entideologisierung“. Illusion und Wirklichkeit, Moskau 1971, wo der Autor die Argumente der bürgerlichen Urheber der Theorie der „Entideologisierung“ gründlich analysiert und widerlegt.

⁹⁹ So erklärte Kennedy im Juni 1962 bei einem Empfang in der Yale-Universität: „Heute sind die grundlegenden, die hauptsächlich inneren Prozesse subtiler und weniger einfach. Sie haben keinen Bezug zu grundlegenden Widersprüchen der Philosophie und Ideologie, sondern betreffen die Art und die Mittel der Erreichung der gemeinsamen Ziele. Was in unseren wirtschaftlichen Entscheidungen auf dem Spiele steht, ist heute nicht irgendein großer Krieg von konkurrierenden Gruppierungen ..., sondern die praktische Leitung der modernen Wirtschaft. Wir brauchen keine Etiketts und keine abgedroschenen Phrasen ... Politische Etiketts und ideologisches Herangehen sind beim Fällen von Entscheidungen fehl am Platze.“ Zit. nach L. N. Moskwitschew, a. a. O., S. 141.

Daß die Wirklichkeit diese Behauptungen Lügen straft, ist nicht erst heute sichtbar geworden. Wie der sowjetische Autor L. N. Moskwitschew anhand konkreten Zahlenmaterials nachweist, sind in den USA sämtliche Nachkriegsjahre, darunter auch die fünfziger und sechziger Jahre, durch eine ständige Verschärfung des Klassenkampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie charakterisiert: „So sind zum Beispiel in den ‚musterhaften‘ USA – wie sie von den Theoretikern der ‚Entideologisierung‘ bezeichnet werden und auf die sich diese Theoretiker ständig berufen – während dem Vorkriegsperiode (1920-1939) 35.500 Streiks registriert worden. An ihnen nahmen 15,4 Millionen Menschen teil. In der zwanzigjährigen Periode nach dem zweiten Weltkrieg aber (1947-1966) erreichte die Zahl der Streiks eine Höhe von 78.700, an denen [60] sich 39,2 Millionen Menschen beteiligten. Die Streikbewegung ist also in den USA in zahlenmäßiger Beziehung um mehr als das Doppelte angewachsen. Diese Jahre waren Zeuge des höchsten Niveaus des Streikkampfes, da im Durchschnitt jedes Jahr fast 4000 Streiks mit 2 Millionen Teilnehmern gezählt wurden.“¹⁰⁰

Selbst wenn die Jahre des westdeutschen „Wirtschaftswunders“ auch gewissen Illusionen über Leistungsfähigkeit und Stabilität des kapitalistischen Systems, über „Klassenzusammenarbeit“ usw. Vorschub geleistet haben mögen, so sollte das doch Theoretiker einer Partei mit so großen theoretischen Traditionen wie die SPD nicht dazu verführen, Konzeptionen wie die der „Entideologisierung“, der „Industriegesellschaft“ und ähnliche unbesehen von ihren bürgerlichen Urhebern zu übernehmen.

[61]

¹⁰⁰ Ebenda, S. 153.

Die Legende von der Herrschaft der Technokraten – ein zureichender Grund für die „Entideologisierung“ der SPD?

Daß jegliche Ideologie als Ausdruck dem Interessen jeweils ganz bestimmtem Klassen seit Mitte der fünfziger Jahre überflüssig geworden sei, wird nicht zuletzt auch mit dem Argument begründet, daß die Verfügungsgewalt an den Produktionsmitteln in die Hände der „Manager“, der „Technokraten“ übergegangen sei und daß die eigentlichen Kapitaleigentümer in der Gesellschaft keine Rolle mehr spielten.

Wollte man dieser Legende Glauben schenken, so hätte sich dem Traum eines Karl Mannheim, wonach eine besondere Schicht dem Intelligenz dereinst die Leitung der kapitalistischen Gesellschaft zum Wohle und im Interesse ausnahmslos aller Bürger übernehmen würde, heute im staatsmonopolistischen System erfüllt. Daß Mannheim dabei eigentlich mehr die mit seiner „Wissenssoziologie“ ausgerüsteten Soziologen als Vermittler der Interessen von Kapital und Arbeit im Auge hatte, ist sicherlich ohne Belang. Wichtig ist denjenigen Ideologen, die diese von dem amerikanischen Soziologen und Philosophen James Burnham nach dem Kriege in seinem bekannten Buch „Die Revolution der Manager“ in Umlauf gesetzte Legende heute verbreiten, nur eines: die Werktätigen in den kapitalistischen Ländern sollen davon überzeugt werden, daß die Klasse der Kapitalisten faktisch von der Macht verdrängt sei, daß die Verfügungsgewalt an den Produktionsmitteln in die Hände von wissenschaftlich-technischen Spezialisten übergegangen sei, die sich bei ihren Entscheidungen von den Interessen der Gesamtgesellschaft leiten lassen, und daß damit die Notwendigkeit einer sozialistischen Revolution mit anschließender Vergesellschaftung des Privateigentums an den Produktionsmitteln überflüssig geworden sei. Das bedeutet also, daß insbesondere die sozialistische Ideologie historisch [62] überholt und als Ausdruck speziell der Interessen der Arbeiterklasse überflüssig geworden sei.

Rechte sozialdemokratische Theoretiker der BRD gehörten zu den ersten, die sich der „Managertheorie“ für ihre speziellen Zwecke bedienten. So nahm Richard Löwenthal – ein einflußreicher sozialdemokratischer Ideologe, Verfasser der antikommunistischen Beschlußvorlage von München – bereits 1947 Anleihen bei dieser Theorie auf, um die Grundfrage monopolkapitalistisches oder gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln – als unwesentlich abtun und das sozialistische Ziel und den sozialistischen Staat verleumden zu können, wie Max Schäfer aus aktuellem Anlaß feststellt.¹⁰¹ In der Folgezeit nahm dieses „Argument“ im Rahmen der „Entideologisierung“-Kampagne aller nichtmarxistischen westdeutschen Parteien, darunter auch der SPD, noch an Bedeutung zu. So wird im Godesberger Programm direkt gesagt: „In der Großwirtschaft ist die Verfügungsgewalt überwiegend Managern zugefallen, die ihrerseits anonymen Mächten dienen. Damit hat das Privateigentum an den Produktionsmitteln hier weitgehend seine Verfügungsgewalt verloren.“¹⁰²

Diese These ist auch heute noch im Verkehr. Ihrer bediente sich kurz nach seinem Amtsantritt Willy Brandt. Er behauptete – um die Monopolherren gegen jegliche Kritik an der Ausbeutung der Arbeiterklasse und aller übrigen werktätigen Schichten, an den vielfältigen gesellschaftlichen Mißständen abzuschirmen –, „daß Angestellte über das eigentliche ökonomische Geschehen befinden“.¹⁰³

Was jedoch in Wahrheit von derartigen Behauptungen und Versicherungen zu halten ist, hat sich in den Lohnkämpfen der westdeutschen Arbeiterklasse in den Jahren 1970 und 1971 sehr deutlich gezeigt. Als „Herr im Hause“ meldete sich der westdeutsche Unternehmerverband zu Worte, der die Interessen der Monopolherren sehr lautstark und drastisch vertrat. Westdeutsche Gewerkschaftsführer wie Otto Brenner konnten auch nicht umhin, sich öffentlich von den Thesen der Manager-Theorie zu distanzieren und die gesellschaftlichen Realitäten anzuerkennen. So stellte Brenner anläßlich des noch immer erfolglosen Kampfes der westdeutschen Arbeiterklasse um demokratische Mitbestimmung fest: Dem Streben nach Mitbestimmung „steht jedoch die Organisation einer Wirtschafts-[63] und Gesellschaftsordnung entgegen, deren Kennzeichen vor allem die *aus dem Privateigentum an*

¹⁰¹ Vgl. Max Schäfer, Alte Torheiten auf neue Weise, in: Marxistische Blätter, 9. Jahrg., Jan./Febr. 1971, S. 3.

¹⁰² Vgl. „Vorwärts“ vom 20.11.1959.

¹⁰³ Idee und Wirklichkeit, Gespräch mit Bundeskanzler Willy Brandt, a. a. O., S. 32.

den Produktionsmitteln abgeleitete hochkonzentrierte Verfügungsmacht ist ... Die wichtigen gesellschaftlichen Entscheidungen, die Verdienst und soziale Lage des Arbeitnehmers bestimmen, sind ... durch die Einrichtung des Privateigentums an den gesellschaftlichen Produktionsmitteln vorgegeben ... Schließlich bestimmen auch die von den Privateigentümern oder *den in ihrem Interesse handelnden Managern* getroffenen Investitionsentscheidungen das Preisniveau und damit den realen Lebensstandard der Arbeitnehmer.“¹⁰⁴

Diese Feststellungen Brenners sind eindeutig: Die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel befindet sich nach wie vor bei den Privateigentümern dieser Produktionsmittel, und die Manager handeln ausschließlich in deren Interessen.

Ein anderer, der Sympathien mit dem Marxismus ebenso unverdächtig westdeutscher Gewerkschaftsführer, Karl Hauenschild, charakterisiert speziell die „Manager“, die „Technokraten“: „Diese vom Eigentümer eingesetzten ‚Besetzt-Halter‘ gebärden sich nun aber fast ausnahmslos so, als wären sie nicht ‚Beauftragte‘ des Eigentümers, sondern *Eigentümer in Person*. Soweit das Eigentum Macht über Personen verleiht – wie in den modernen Industriebetrieben –, wird diese Macht von den ‚Stellvertretern der Eigentümer‘ häufig rigorosener ausgeübt, als der oder die Eigentümer es vermuten ...“¹⁰⁵

Auch diese Zeilen lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Die „Beauftragten“ der Monopolherren machen von der Macht, die das Eigentum an Produktionsmitteln verleiht, im Interesse dieser Eigentümer hemmungslosen Gebrauch, und das müssen sie auch, wenn sie nicht von ihren Posten abgelöst werden wollen. Der berühmte Slogan des westdeutschen Monopolherren Flick „Entweder ändern sich die Zahlen oder es ändern sich die Gesichter“ läßt über das Schicksal derjenigen Manager, die den Profit nicht in die Höhe zu treiben verstehen, keinen Zweifel.

Daß das Privateigentum allerdings nicht nur in den „modernen Industriebetrieben“ „Macht über Personen“ verleiht, sondern daß dies in allen Sphären der Gesellschaft der Fall ist, daß es vor allem Macht in der Politik verleiht, soll ausdrücklich [64] betont werden. Es gibt in der BRD nicht wenige Sozialdemokraten, die ihre Kritik an der offiziellen Parteilinie der SPD mit Recht gerade hier ansetzen. So weist Günter Hekler in der Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft“ kritisch darauf hin, daß die breiten Massen der Werktätigen in der BRD auf Planungsprozesse keinen Einfluß nehmen können: „Es wird verhältnismäßig leicht sein, und ist auch weitgehend praktiziert, daß organisierte Interessengruppen bei Planungsprozessen mitbestimmen können und damit einem kleinen Prozentsatz der Bürger [nämlich den Eigentümern an Produktionsmitteln] Beteiligung ermöglicht wird. Die Mehrheit aber bleibt stumm und vermag nicht, sich zu beteiligen. Denn sie kann ihre Bedürfnisse nicht artikulieren und ist nicht in der Lage, auf den Planungsprozeß einzuwirken. Die Gründe dafür liegen in der bildungsmäßigen, ökonomischen und politischen Ungleichheit in der Gesellschaft. ... die Ungleichheit wird immer mehr zunehmen.“¹⁰⁶ Zieht man dabei in Betracht, daß die Planung gesellschaftlicher Prozesse in der Zukunft zwangsläufig immer größere Dimensionen annehmen wird, so liegt auf der Hand, daß die Masse der Bevölkerung im Grunde von der Entscheidung aller gesellschaftlichen Fragen ausgeschlossen bleibt.

Daß sich die Kapitaleigentümer ihrem Profit gegenüber nicht gleichgültig verhalten, hebt auch ein anderer sozialdemokratischer Kritiker hervor: „Er [der Kapitalist] wird sich also für solche politischen Strukturen einsetzen und sie stabilisieren, die ihm den kontinuierlichen Vermögenszuwachs in Form von wie auch immer gearteten Produktionsmitteln garantieren.“¹⁰⁷ Flicks Slogan hat natürlich auch im Hinblick auf die Zusammensetzung der Regierung in der BRD Gültigkeit. Diejenige Partei, die die Geschäfte der Monopole am besten zu besorgen verspricht, wird an die Regierungsgewalt lanciert. Versagt sie, so werden andere an die Spitze befördert. Die von Gollwitzer angeprangerten Drohungen an die Adresse der SPD bestätigen dies nur.

¹⁰⁴ Otto Brenner, Selbstverwirklichung der Arbeitnehmer durch Demokratisierung der Wirtschaft, a. a. O., S. 322 (Hervorhebung von uns – H. Sch.)

¹⁰⁵ Karl Hauenschild, Vermögensbildung und Eigentumsbericht, ebenda, S. 330.

¹⁰⁶ Günter Hekler, Selbstbestimmung der Bürger – eine Utopie?, ebenda, H. 6, 1971, S. 426 f.

¹⁰⁷ Arnulf Geißler, Vermögen muß gerecht verteilt werden, a. a. O., S. 325.

Angesichts all dessen zeugt es von Demagogie, wenn die Forderung nach Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse im allgemeinen und nach ökonomischer Entmachtung der Monopolbourgeoisie im besonderen als eine historisch überholte, anachronistische Forderung, als „ideologisches“ Relikt [65] aus alten Zeiten abqualifiziert wird. Die These vom Übergang der Verfügungsgewalt an den Produktionsmitteln in die Hände der „Manager“ und „Technokraten“ gehört in das Reich der Legende. Zur Begründung der „Entideologisierung“ der SPD ist sie heute weniger denn je geeignet. Wenn rechte sozialdemokratische Politiker – wie zum Beispiel auf dem SPD-Bundesparteitag 1970 in Saarbrücken – dennoch immer wieder steif und fest behaupten, daß „in der Industriegesellschaft beim Vorherrschen der großen und übergroßen Aktiengesellschaften das unmittelbare Privateigentum des einzelnen Aktionärs gar nicht mehr die Rolle“¹⁰⁸ spiele, so ist das gleichzeitig Ausdruck dem theoretischen Hilflosigkeit dieser Politiker, die sich auf den Parteitagen der SPD heute mehr schlecht denn recht gegen die immer stärkere Kritik dem Jungsozialisten an ihrem Ideologie und Politik zur Wehr setzen. Der Rückgriff auf haltlose, von der gesellschaftlichen Praxis längst widerlegte Thesen und Argumente ist mithin Ausdruck der tiefen ideologischen Krise, in die die rechten sozialdemokratischen Politiker die SPD mit der vorbehaltlosen Übernahme bürgerlicher Theorien, wie der Theorie der „Entideologisierung“, hineinmanövriert haben.

[66]

¹⁰⁸ Zit. nach Fritz Krause, SPD-Bundesparteitag – keine politische Wende, in: „Marxistische Blätter“, 8. Jahrg., Juli/August 1970, S. 75.

„Ideologiefreie“ Politik im Interesse der Monopole

Rechte sozialdemokratische Politiker und Ideologen beteuern immer wieder, daß sie eine „ideologiefreie“, über jeden „Ideologieverdacht“ erhabene Politik betreiben, von der alle Klassen, das ganze Volk Nutzen haben soll (daher auch der neue Name „Volkspartei“). Eine solche Politik betrachten sie geradezu als Kriterium der Wahrheit und Aufrichtigkeit ihrer vorgeblichen „Entideologisierung“.

So hatte zum Beispiel Willy Brandt kurz nach seinem Amtsantritt als Bundeskanzler in einem Interview programmatisch erklärt, daß es der SPD in der Politik nicht darauf ankomme, „daß es einigen schlechter, sondern daß es vielen besser geht.“¹⁰⁹ In demselben Sinne und mit denselben Versprechungen trat sein vor kurzem verstorbener Berater Leo Bauer an die Öffentlichkeit, um dem berechtigten Mißtrauen gegenüber derartigen Versicherungen entgegenzuwirken: „Die Sozialdemokraten müssen ... den Menschen dieses Landes beweisen, daß ihre Politik ... dem Wohlstand und den Interessen jedes einzelnen dient.“¹¹⁰

Daß die Unternehmer davon nicht ausgeschlossen sind, daß auch sie sich zu jenen „einzelnen“ rechnen können, von denen bei Bauer die Rede ist, daß die Interessen der Arbeiterklasse nicht etwa auf Kosten der Interessen der Monopolhermen – der „Gewinnmaximierer“ – befriedigt werden würden, daß sie weder enteignet noch in ihrem „Gewinnstreben“ beeinträchtigt werden sollten, daß es ihnen „nicht schlechter geht“, wenn die SPD regiert, all das hatte der inzwischen aus der SPD ausgeschiedene Karl Schiller bereits lange Jahre vor dem Regierungsantritt der SPD ausdrücklich betont:

„Wir Sozialdemokraten haben keine ideologischen Vorurteile gegen die Großwirtschaft, und es kann selbstverständlich keine [67] Rede davon sein, daß wir eine Wirtschaftspolitik betreiben werden, in der die Großwirtschaft zum Prügelknaben würde.“¹¹¹

In der Tat kann denn auch keine Rede davon sein, daß die „Großwirtschaft“ – ein „entideologisiertes“ Synonym für den Begriff staatsmonopolistischer Kapitalismus und für die in diesem System herrschende Monopolbourgeoisie – unter einer sozialdemokratischen Regierung zum „Prügelknaben“ geworden wäre. Ganz im Gegenteil! Und das bestätigen heute – von der CDU/CSU in die Enge getrieben und noch immer nicht völlig ausgeräumter „ideologischer Vorurteile“ (sprich pseudosozialistischer Ideen) verdächtigt – rechte sozialdemokratische Ideologen ganz offiziell in ihrem theoretischen Organ, der Zeitschrift „Die Neue Gesellschaft“.

So weist Karl Wienand – ganz offensichtlich ein Sozialdemokrat vom äußersten rechten Flügel – den seitens der CDU/CSU gegen die vom Außerordentlichen Bonner SPD-Parteitag 1971 gefaßten Steuerbeschlüsse geäußerten Ideologievorwurf empört zurück: „Wer, wie die Opposition, die Steuerbeschlüsse als Ideologie abtut, verteidigt seine Interessen und Privilegien.“¹¹² Wienand versucht demgegenüber nachzuweisen, daß sich die SPD völlig „ideologiefrei“ oder „unideologisch“, mit einem Wort klassenindifferent oder politisch neutral verhalten habe, als sie die erwähnten Beschlüsse faßte. Energisch weist Wienand den Verdacht zurück, die SPD könnte etwa die „Arbeitnehmer“ gegenüber den „Arbeitgebern“, den Unternehmern bevorzugt und damit gegen die Linie der „entideologisierten“ Politik verstoßen haben. So erklärt er ausdrücklich, daß die Arbeiter im Gegenteil *keine* Vorteile von der Steuerreform haben, da „die Erhöhung der Verbrauchsteuern die Kleinverdiener und die Familien mit Kindern am stärksten trifft“¹¹³, eine Feststellung, die man nur unterstreichen kann. Wienand verweist in diesem Zusammenhang ferner auf die Tatsache, daß der Parteitag die Vorschläge zur Erhöhung der Arbeitnehmerfreibeträge und dem Weihnachtsfreibeträge abgelehnt hat.¹¹⁴

Um den erwähnten „Ideologievorwurf“ vollends zu entkräften, führt der Autor sodann den Nachweis, daß die eigentlichen Nutznießer dieser Steuerreform die Unternehmer sind, auch wenn sie das nicht wahrhaben *wollen* oder nicht einsehen [68] und begreifen *können*: „Durch die Beschlüsse des

¹⁰⁹ Idee und Wirklichkeit. Gespräch mit Bundeskanzler Willy Brandt, a. a. O., S. 34.

¹¹⁰ Leo Bauer, Die Herausforderung oder Wie schwach ist die Sozialdemokratie?, a. a. O., S. 692.

¹¹¹ Karl Schiller in einem Vorwärts-Interview 1965, zit. nach Georg Neemann, Die Gigantomanie der Technokraten und die Verantwortung des Politikers, ebenda, 13.3.1970, S. 356.

¹¹² Karl Wienand, Zukunftsorientierte Planung, a. a. O., S. 25.

¹¹³ Ebenda, S. 24.

¹¹⁴ Vgl. ebenda.

Parteitag wurde die Steuerbelastungsquote des Jahres 1969 noch nicht einmal erreicht. Und allein der Abbau der Investitionssteuer bis 1974 entlastet die investierende Wirtschaft um 3 Milliarden gegenüber 1970, von der Entlastung durch die Erhöhung des Gewerbesteuerfreibetrags, der Abschaffung des Kapitalverkehrssteuergesetzes und der Beseitigung der Ergänzungsabgabe ganz zu schweigen.¹¹⁵ Mit anderen Worten, Wienand könnte noch mit ganz anderen Zahlen aufwarten, die beweisen, wie absurd der „Ideologievorwurf“ der CDU, der Vorwurf, auf den ideologischen Positionen der Arbeiterklasse zu stehen, in Wirklichkeit ist. Doch was er sagt, reicht bereits aus, den wahren ideologischen Standort der rechten SPD-Führer erkennen zu können. Denn Wienand verrät hier im Eifer des Gefechts, wessen Partei die SPD im Klassenkampf eigentlich nimmt, wessen Interessen sie vertritt – auch wenn diese Klasse, die Großunternehmer, denen auch Gollwitzer „Kurzsichtigkeit“ bescheinigte, das nicht einsehen wollte.

Um den Unternehmern klarzumachen, daß die SPD ihre Klasseninteressen besser als sie selbst, das heißt besser als die traditionelle Unternehmerpartei, die CDU, erkennen und vertreten kann, erteilt ihnen Wienand politischen Nachhilfeunterricht. Ein höheres Steueraufkommen ist erforderlich, um die Infrastruktur zu verbessern, die sozialen Einrichtungen zu erweitern usw. Inwiefern aber zahlen sich diese Unkosten für die Unternehmer doppelt und dreifach wieder aus, warum „profitieren“ sie im Grunde nur davon? Die Erklärung ist einfach: „Die internationale Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens hängt entscheidend auch davon ab, ob an seinem Standort soziale Konflikte vermieden oder vermindert werden.“¹¹⁶ Wird der „Klassenfrieden“ um den Preis gewisser Zugeständnisse an die Arbeiter gewahrt, so zahlt sich das auf andere Weise für das Kapital durch einen im Vergleich zum Aufwand viel höheren Effekt wieder aus. Das ist die Logik rechter Sozialdemokraten, die ihren ideologischen Standort von selbst verrät. In der Tat läßt sich nicht bestreiten, daß die rechten sozialdemokratischen Ideologen und Politiker um das Schicksal der Unternehmer, um deren Profite und sonstige Interessen, wie der militärischen Aufrüstung, *rührend besorgt* sind.

[69] Wenn derartige Korrekturen an der bisherigen Politik obendrein noch als „Reformen“ angepriesen werden, so wirft das ein bezeichnendes Licht auf das Wesen dieser neuen Art von Reformismus. „Als Reformen geben sie“, wie Ernst Wimmer zu dieser sozialdemokratischen Praxis treffend bemerkt, „durchweg jene Korrekturen aus, die ihnen unerlässlich erscheinen, um den ‚sozialen Frieden‘ zu erhalten. Was darüber hinausgeht, muß – wie immer man es nennt – *diesen* Sozialdemokraten abgerungen werden.“¹¹⁷ Daß rechte Sozialdemokraten der Monopolbourgeoisie selbst diese Art von Reformen anscheinend erst „abringen“ müssen, ändert an ihrem Charakter nicht das mindeste.

Daß Wienand mit den angeführten Zahlen nicht übertrieben, sondern vielmehr untertrieben hat, hat der ehemalige Staatssekretär Rosental vom Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen eindeutig bewiesen. Wie Kurt Bachmann im Bericht des Parteivorstandes an den Düsseldorfer Parteitag der DKP mitteilte, hat Rosental offen eingestanden, daß die Unternehmer durch das Auslaufen der Investitionssteuer bis 1973 unter einem sozialdemokratischen Finanzminister um insgesamt 8 Milliarden (und nicht um 3 Milliarden, wie Wienand angibt – H. Sch.) entlastet werden, während allein in den letzten zwei Jahren die Verbrauchssteuern, die vor allem von der arbeitenden Bevölkerung getragen werden, um 6 Milliarden erhöht wurden. „Das heißt, daß auch die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung eine Politik im Interesse des Großkapitals betreibt.“¹¹⁸

Daß sich zwischen den Interessen der Monopole und den Interessen der breiten werktätigen Massen kein „dritter Weg“ finden läßt, daß sich diese verschiedenen, entgegengesetzten Interessen nicht miteinander versöhnen lassen, daß sich eine „ideologiefreie“ Politik nicht praktizieren läßt, daß alle

¹¹⁵ Ebenda, S. 26.

¹¹⁶ Ebenda.

¹¹⁷ Ernst Wimmer, System, Reform, Revolution, in: Weg und Ziel, H. 2, 1972, S. 136. Wie sehr das auch auf die „reformistische“ Praxis rechter Sozialdemokraten in der BRD zutrifft, erhellt folgendes bemerkenswerte Eingeständnis des sozialdemokratischen Verkehrsministers Leber: „Wir wollen diese Lösungen (sprich Reformen) auch, weil wir nicht wollen, daß die bestehenden Ungleichheiten eines Tages zu einer revolutionären Entladung führen.“ (Sozialpolitische Informationen. Hrsg. Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Bonn, 11. Februar 1971).

¹¹⁸ Kurt Bachmann, Bericht des Parteivorstandes an den Düsseldorfer Parteitag der DKP, a. a. O., S. 11.

diesbezüglichen Versprechungen und Beteuerungen illusionär oder demagogisch sind – das bewies nicht zuletzt „Der unaufhaltsame Abstieg des Karl August Schiller“, wie ein Aufsatz in der „Deutschen Volkszeitung“, Düsseldorf (31.8.1972) treffend überschrieben wurde. Der Autor, Arno Behrisch, erklärt dazu: „Schiller hätte sagen müssen, was auch Schmidt verschweigt, daß die durch den Vietnamkrieg bedingte Dollarkrise, unsere Rüstung und das Wirtschaftsfrei-[70]beutertum in der Bundesrepublik die Ursache des Währungsverfalls sind. Da half kein Pflästerchen aufs Holzbein, wie Wirtschafts-Wunderdoktor Schiller sie verordnet hat. Um damit fertig zu werden, bedarf es radikaler Reformen ... Das kann Monopol-Vertreter Schiller nicht. Und deshalb ist sein Abstieg unaufhaltsam.“ Das können, wie wir hinzufügen möchten, selbstverständlich auch andere Parteien, die die Interessen des Monopolkapitals vertreten, und deren politische Exponenten nicht! Die fast zwanzigjährige Herrschaft der CDU hat dafür den unwiderleglichen Beweis erbracht. Daß die gegenwärtigen Angriffe, die von dieser Seite gegen die SPD-Regierung vorgetragen werden, reine Demagogie sind, zeigt sich insbesondere an der Tatsache, daß unter der Regierung Kiesinger das gesamte Wirtschaftsleben der BRD in den Jahren 1966/67 von der umfassendsten Krise heimgesucht wurde, die das auf westdeutschem Boden wiedererrichtete imperialistische System nach 1945 überhaupt erlebt hat.

Radikale Reformen kann nur eine Partei durchführen, die auf die Interessen der Monopole keinerlei Rücksicht nimmt, die sich ausschließlich von den Interessen des werktätigen Volkes, von den Interessen der westdeutschen Arbeiterklasse leiten läßt, das heißt von der Deutschen Kommunistischen Partei. Eben aus diesem Grunde wird sie von allen Parteien, bzw. von den politischen Exponenten dieser Parteien, die die Interessen der Monopole, des Großkapitals vertreten, mit wütendem Haß verfolgt. Die rechten sozialdemokratischen Führer machen hierin keine Ausnahme. Daß ihre unversöhnliche Feindschaft gegenüber dem Marxismus-Leninismus, gegenüber dem Sozialismus und Kommunismus jeglicher vorgeblicher „weltanschaulicher Neutralität“, jeglicher „Entideologisierung“ Hohn spricht, liegt auf der Hand.

[71]

Antikommunismus – mit „weltanschaulicher Neutralität“ unvereinbar!

Wollte man den Worten rechter sozialdemokratischer Führer und Ideologen glauben, so wären sie, ja die Partei insgesamt, weltanschaulich neutral. Neutral in dem Sinne, daß sie innerhalb der Partei jede Art von Weltanschauung, einschließlich der Religion, gelten ließen, daß sie keinerlei Versuche unternähmen, unter den Parteimitgliedern eine bestimmte Weltanschauung zu verbreiten, eine andere zu unterdrücken, daß sie die Zugehörigkeit zu ihr nicht von der Anerkennung einer bestimmten Weltanschauung abhängig machten und daß sie schließlich bei der Bestimmung ihrer politischen Ziele und bei politischen Entscheidungen nicht von einer bestimmten Weltanschauung ausgingen.

Diese eigentümliche Auffassung fand sogar im Godesberger Programm der SPD Aufnahme. So heißt es dort: „Der demokratische Sozialismus ... will keine letzten Wahrheiten verkünden – nicht aus Verständnislosigkeit und nicht aus Gleichgültigkeit gegenüber den Weltanschauungen oder religiösen Wahrheiten, sondern aus Achtung vor den Glaubensentscheidungen der Menschen, über deren Inhalt weder eine politische Partei noch der Staat zu bestimmen haben.“¹¹⁹

Diese Passage ist ein sophistisches Meisterwerk. Jede Art von Weltanschauung wird, wie selbstverständlich, von vornherein als „letzte Wahrheit“, als „Glaubensentscheidung“ qualifiziert. Eine wissenschaftliche Weltanschauung kann es also nicht geben. Der Anspruch der Kommunisten aber, mit dem Marxismus-Leninismus eine solche wissenschaftliche Weltanschauung zu besitzen, die eben keine „letzten Wahrheiten“ verkündet, für die vielmehr die Dialektik von relativer und absoluter Wahrheit, die sie lehrt, auch für sie selbst, für ihre Entwicklung gilt, wäre danach durch nichts gerechtfertigt. Da [72] der Marxismus-Leninismus, wie ihm unentwegt von rechten sozialdemokratischen Ideologen vorgehalten wird, „letzte Wahrheiten“ verkünde, sei er folglich nicht mehr als eine „Glaubensentscheidung“ unter anderen.

Nur eines Satzes bedurften die Autoren dieser Passage, um die Mitglieder der Partei auf einen extrem agnostizistischen Standpunkt festzulegen, um ihnen die Unerkennbarkeit der Welt zu suggerieren, um den Marxismus-Leninismus implizite als „Religionsersatz“, wie die unter Antikommunisten offiziell gebräuchliche Vokabel lautet, zu diskreditieren.

Aber dieser eine Satz enthält noch mehr. Das erwähnte Postulat – alle Weltanschauungen seien Glaubensentscheidungen – ist lediglich die erste Prämisse eines vollständigen Syllogismus. Die zweite Prämisse lautet offensichtlich, alle Glaubensentscheidungen verdienen geachtet zu werden. Aus den genannten beiden Postulaten wird nunmehr der Schluß gezogen, daß sich die Partei, aus Achtung vor andersartigen Glaubensentscheidungen ihrer Mitglieder, nicht für eine bestimmte Weltanschauung entscheiden, sie nicht für alle Mitglieder als verbindlich erklären dürfte. Aber nicht nur die „Rücksicht“ auf andersartige Glaubensentscheidungen verbiete die Wahl und das daran anschließende offene Bekenntnis zu einer bestimmten Weltanschauung, sondern offenbar auch die Tatsache, daß sich Politik nicht am Glauben, sondern nur am Wissen orientieren könne. Eine Schlußfolgerung, die an dieser Stelle zwar nicht offen ausgesprochen wird, sich dem Leser aber aufdrängt.

Geht man davon aus, daß aus einer Weltanschauung, ganz gleich auf welche Weise, die Überzeugungen von der Beschaffenheit der objektiven Realität, d. h. der Natur, insbesondere aber der Gesellschaft, gewonnen werden, daß jede Weltanschauung Auffassungen vom Sinn des Lebens, vom Sinn der Geschichte usw. in sich einschließt, daß aus ihr stets ganz bestimmte Schlußfolgerungen für das Handeln der Menschen gezogen werden, d. h. bestimmte Ziele gesteckt, bestimmte Methoden zur Erreichung dieser Ziele entwickelt werden usw., so läuft die Ablehnung eines Bekenntnisses zu einer Weltanschauung ganz offensichtlich auf die Weigerung hinaus, sich zu bestimmten politischen Zielen, zu bestimmten gesellschaftlichen Idealen offen zu bekennen. Zwischen den [73] politischen und den weltanschaulichen Auseinandersetzungen unserer Zeit besteht ein untrennbarer Zusammenhang, ein Zusammenhang dergestalt, daß bestimmte politische Positionen mit jeweils ganz bestimmten weltanschaulichen Positionen verknüpft sind, daß letztere die ersteren ideologisch begründen und rechtfertigen.

¹¹⁹ Protokoll des SPD-Parteitages in Bad Godesberg 1959, S. 13.

Die Ablehnung jeglicher Weltanschauung ist daher im Wesen ein Versuch, die eigene weltanschauliche Position und damit auch den eigenen politischen Standpunkt zu vertuschen. Es ist ein Versuch, in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen unserer Zeit einen überparteilichen Standpunkt vorzutäuschen.

Die hier knapp charakterisierte Begründung eines entscheidenden Punktes des Godesberger Programms, dessen Gültigkeit und Zweckmäßigkeit in der SPD gegenwärtig stark umstritten ist, wurde gleichsam zum „Argumentationsmodell“, das von allen „Theoretikern“ der SPD in der Folgezeit kopiert wurde. So berief sich Gustav W. Heinemann ein Jahrzehnt später ausdrücklich auf diesen Programmpunkt, nachdem er auf die Notwendigkeit verwiesen hatte, Ziele und Werte zu entwickeln, die die Studentenopposition gegen das Establishment besänftigen könnten: „Dieser Hinweis ist keineswegs eine Aufforderung zur ‚Reideologisierung‘. Die Entwicklung, die zum Godesberger Programm geführt hat, kann und darf heute in der SPD nicht rückgängig gemacht werden ... Denn durch dieses Programm wurde ein für allemal klargestellt, daß eine politische Partei wie die SPD andere Aufgaben als Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften hat. Sie will keine letzten Wahrheiten verkünden ...“¹²⁰

Interessant ist an dieser Stelle das Eingeständnis, daß „Entideologisierung“ und „weltanschauliche Neutralität“ als Verzicht auf das Bekenntnis zu einer bestimmten Weltanschauung offensichtlich miteinander identisch sind. Also geht es, wie Heinemann erkennen läßt, bei der „Achtung“ vor Glaubensentscheidungen tatsächlich um den Versuch, politische Neutralität vorzutäuschen.

Interessant ist ferner, daß Heinemann eben gerade an dem zweifellos unbeabsichtigten Effekt dieses Versuchs Anstoß nimmt, einem Effekt, der darin besteht, daß die Studentenopposition die rechten Führer der SPD für Konformisten hält, [74] angesichts der offen zutage tretenden Gebrechen des staatsmonopolistischen Systems keine Alternative zu bieten haben, die nicht einmal offen gegen diese Gebrechen aufzutreten wagen und daher kein Vertrauen verdienen. Wenn Unparteilichkeit in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen so weit getrieben wird, daß sie als stillschweigende Duldung der herrschenden Verhältnisse und damit als objektive Unterstützung der herrschenden Klasse deutlich sichtbar wird, so führt sie – wie Heinemann sagen will – zur Isolation. Daher der Appell, trotz „Verzicht“ auf eine Weltanschauung und trotz „Entideologisierung“ gesellschaftliche Ideale, Werte, Ziele zu formulieren, mit denen sich die breiten Massen, im vorliegenden Falle die studentische Jugend, identifizieren könnten. Aber können in einer in antagonistische Klassen gespaltenen Gesellschaft Ziele, Werte, Ideale erfunden werden, die von allen Klassen gleichermaßen akzeptiert werden, die also „ideologiefrei“ sind? Unter der Voraussetzung der Existenz völlig entgegengesetzter Klasseninteressen ist das offensichtlich nicht möglich.

Kehren wir zur Beantwortung dieser Frage zum Ausgangspunkt unserer Betrachtungen zurück. Stellen wir die Frage, ob die rechten Führer der SPD und ihre Ideologen (sofern sie diese Rolle nicht selbst übernehmen) tatsächlich alle Weltanschauungen innerhalb und außerhalb ihrer Partei als „Glaubensentscheidungen“ achten.

Diese Frage ist insofern von Aktualität, als sich die rechten sozialdemokratischen Führer gegenwärtig innerhalb der Partei mit der Forderung nach Rückkehr zu den theoretischen Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus konfrontiert sehen. Wie „Die Neue Gesellschaft“ dazu feststellt, machen „insbesondere seit dem Bad Godesberger Parteiprogramm von 1959 ... sogenannte Linke der SPD immer wieder und immer heftiger den Vorwurf, sie habe Grundlage und Weg des Sozialismus verlassen ... Neuerdings werden auch innerhalb der SPD Stimmen laut, die glauben, mahnen zu müssen, daß die Partei um ihrer selbst willen zum ‚richtigen‘ Wege des Sozialismus zurückzukehren habe.“ Diese Kräfte *innerhalb* der SPD fordern „Besinnung auf die Grundlagen des sogenannten wissenschaftlichen Sozialismus“¹²¹, d. h. auf den Marxismus-Leninismus. Vorwürfe und Forderungen werden, wie hieraus [75] ersichtlich, also nicht mehr nur von „Linken“ außerhalb der Partei, sondern jetzt auch innerhalb der Partei erhoben.

¹²⁰ Gustav W. Heinemann, Die Vision der Menschenrechte, a. a. O., S. 5.

¹²¹ Friedrich Brand, Sozialismus heute, a. a. O., S. 585.

Wie reagieren nun rechte Sozialdemokraten auf diese Forderungen? Zum Beispiel wie folgt: „Der Marxismus hat gefälligst dort zu bleiben, wo er hingehört, nämlich im tiefen Keller.“¹²² Nicht weniger aufschlußreich ist die Entgegnung, die Herbert Wehner Vertretern der erwähnten Forderungen zuteil werden läßt: „Mich stört vor allem, was sie über das Eigentum reden, wenn jemand mit solchen Forderungen kommt, dann gucke ich ihn scharf an.“¹²³ Daß es mit dem „scharfen Angucken“ allerdings nicht sein Bewenden haben wird, das hatte schon einige Monate zuvor Willy Brandt deutlich genug durchblicken lassen. Denn wer nicht begreift, daß sich die rechten Führer der SPD nicht von marxistischen Auffassungen leiten lassen *wollen*, daß sie folglich das bestehende staatsmonopolistische System nicht überwinden, sondern erhalten wollen, und „wer sich nicht danach richtet“, d. h., entgegengesetzte Auffassungen und Forderungen vertritt, „dem wird klargemacht, daß er in meine Partei nicht hineingehört“¹²⁴, daß ihm der Parteiausschuß mit anderen Worten sicher ist. Soviel „Achtung“ wird den „Glaubensentscheidungen“ der Parteimitglieder entgegengebracht, so „neutral“ ist die Einstellung gegenüber beliebigen Weltanschauungen, so weitgehend hat man sich „entideologisiert“, d. h. einen angeblich klassenneutralen, klassenunabhängigen Standpunkt eingenommen.

Kann von „Neutralität“ in Weltanschauungsfragen, von „Achtung“ vor „Glaubensentscheidungen“ schon gegenüber den Mitgliedern der eigenen Partei keine Rede sein, so noch viel weniger gegenüber den Anhängern der marxistischen Weltanschauung, die in den Reihen der DKP organisiert sind, gegenüber dieser Partei insgesamt. Offen antikommunistische Theoretiker der SPD wie Walter Schilling machen daraus auch nicht im mindesten ein Hehl: „Ideologische Koexistenz kann es natürlich auch nicht zwischen demokratischen Sozialisten und DKP geben.“¹²⁵ Um die Verbreitung dieser Weltanschauung durch die DKP zu verhindern, ist rechten Führern der SPD, wie Tatsachen der jüngsten Vergangenheit beweisen, offenbar jedes Mittel recht. Darüber informierte das Zentralorgan der SED „Neues Deutschland“ vom 1.12.1971: [76] „Das Verbot der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) hat das Mitglied des Vorstandes der SPD-Fraktion im BRD-Bundestag Dr. Günter Müller gefordert. In der jüngsten Ausgabe einer BRD-Illustrierten schreibt der SPD-Politiker: ‚Auch die Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel kann nur dann glaubhaft und glaubwürdig sein, wenn die innenpolitische Abgrenzung gegenüber dem Linksradikalismus gewährleistet ist. Deshalb dürften BRD-Innenminister Genscher und die Innenminister der Bundesländer nicht länger die Hände in den Schoß legen‘.“¹²⁶

Diese Forderung Müllers, der nach einer treffenden Feststellung der Zeitung „Unsere Zeit“, Düsseldorf (14.1.72) „in seiner Partei überall wühlende Kommunisten erblickt, wie andere im Delirium weiße Mäuse sehen“, und der unter diesem Vorwand inzwischen in eine antikommunistisch völlig „integere“ Partei, nämlich in die CSU übergewechselt ist, wo er allem Anschein nach schon seit langem erwartet wurde, läßt nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig: gerichtliche Verfolgung aller Anhänger der marxistisch-leninistischen Weltanschauung, die ihre Überzeugung offen vertreten, sie propagieren und sich im politischen Kampf von ihr leiten lassen! Die Begründung für diese angebliche Notwendigkeit enthüllt zwar nicht den wahren Grund – Sicherung der absoluten und unangefochtenen Herrschaft der sozialdemokratischen Ideologie –, ist aber nichtsdestoweniger entlarvend genug. Denn „Glaubwürdigkeit der Ostpolitik“ der SPD – nämlich gegenüber dem Monopolkapital und gegenüber CDU und CSU – meint Unbegründetheit eines jeglichen Verdachts, sich im Streben nach Normalisierung der Beziehungen zu den sozialistischen Staaten von irgendwelchen Sympathien zum sozialistischen Gesellschaftssystem leiten zu lassen, meint Unbegründetheit eines jeglichen Verdachts, die konterrevolutionäre politische Zielsetzung des westdeutschen Imperialismus und seines amerikanischen Partners mit der „Neuen Ostpolitik“ aufzugeben zu haben.

Daher erklärt Leo Bauer, gegen F. J. Strauß und seine Gesinnungsfreunde gewandt: „Er [Strauß] fordert den Einbau der deutschen Politik in die Globalstrategie, verheimlicht dabei, daß die Ostpolitik

¹²² „Die Neue Gesellschaft“, 13.8.1971, S. 591.

¹²³ Interview mit Herbert Wehner, Müssen die Jungsozialisten rausgeschmissen werden?, in: „Stern“, Nr. 11, 1971, S. 193.

¹²⁴ „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung“, Nr. 29, 27.2.1971, S. 302.

¹²⁵ Walter Schilling, Kooperation zwischen demokratischen Sozialisten und DKP?, a. a. O., S. 142.

¹²⁶ „Neues Deutschland“ vom 1.12.1971.

genau den Vorstellungen der Politik der Verbündeten entspricht.“¹²⁷ Hierin kann man Leo Bauer [77] ausnahmsweise vorbehaltlos zustimmen, „denn die SPD-Führung war es“, wie Gunnar Matthiessen in den „Marxistischen Blättern“ zu diesem Fragenkomplex feststellt, „die sich bereits in ihrer Oppositionszeit frühzeitig auf den neuen, unter *Kennedy* eingeleiteten, Methodenwechsel in der Ostpolitik eingestellt und ihre Grundprinzipien fast in wörtlicher Übereinstimmung mit denen der USA, angepaßt an die bundesrepublikanischen Verhältnisse formulierte. *Willy Brandt* hat nie nachgelassen, die enge Verbundenheit mit der atlantischen Allianz und der NATO als die Bedingung für den Erfolg seiner Ostpolitik zu charakterisieren. *„NATO und Entspannungspolitik sind keine Alternativen, die einander ausschließen“* (Willy Brandt, Friedenspolitik in Europa, Frankfurt 1968, S. 94 f.). *„Sie hat ihre militärische Aufgabe erst dann erfüllt, wenn die politische Aufgabe gelöst ist“* (ebenda, S. 89)“.¹²⁸

Deshalb glaubt Leo Bauer an derselben Stelle und an dieselbe Adresse gerichtet, mahnen zu müssen: „Es ist dringend notwendig, immer wieder daran zu erinnern, daß es sinnlos ist, so zu tun, als sei die Sozialdemokratische Partei ein ‚mißratener Bruder der Kommunistischen Partei‘.“¹²⁹

Wer „so tut“ – und in der Tat lassen Strauß, Barzel und Co. ab und an in dieser Richtung einige Bemerkungen fallen –, liefert ersteren jeweils den vielleicht nicht unerwünschten Vorwand, den Antikommunismus auf ideologischem und politischem Gebiet zu verschärfen. Denn Zweifel an der antikommunistischen „Integrität“ der rechten sozialdemokratischen Führer in der BRD seitens der herrschenden Klasse der Monopolbourgeoisie dürften, sofern sie überhaupt nach 1945 je existiert hatten, spätestens nach Eintritt der SPD in die sogenannte „Große Koalition“ ausgeräumt gewesen sein.

Das Bedürfnis rechter sozialdemokratischer Führer, die „Glaubwürdigkeit“ der Ostpolitik der SPD in den Augen von CDU/CSU-Führern zu beweisen, kann natürlich niemals als Begründung für ein Verbot der DKP dienen. Den juristischen Vorwand dafür soll wie schon im berüchtigten KPD-Verbotsprozeß die angebliche Verfassungsfeindlichkeit der DKP abgeben. Die Rolle der Ankläger aber haben heute rechte sozialdemokratische „Theoretiker“ übernommen. Die wahren Absichten, die sie mit derart niederträchtigen Verleumdungen verfolgen, enthüllte Hermann Gautier in seinem Aufsatz [78] „Widerstand gegen Großkapital: Jedermanns Recht und Pflicht“: „Da habe ich kürzlich eine Seite im Vorwärts, im Zentralorgan der SPD gefunden: ‚Kommunisten als Beamte? Vor rigorosem Säubern wird gewarnt.‘ Der Schreiber dieser Zeilen ist Professor Doktor jur. Martin Kriele, ein Mann, der sich schon oft hervorgetan hat in antikommunistischen Ausfällen gegen unsere Partei. Da kann man dann lesen, ich zitiere: ‚Zu bestreiten, daß die DKP verfassungsfeindliche Ziele verfolgt und eine Ersatzorganisation der KPD ist, erscheint wenig realistisch.‘ – Also für einen Kriele ist völlig klar, wir sind verfassungsfeindlich, wir sind eine Ersatzorganisation der KPD, obwohl er im weiteren Verlauf dieses Artikels feststellen muß, daß darüber nur das Bundesverfassungsgericht entscheiden kann. Er selbst muß das immer wieder betonen. Aber das hindert ihn gar nicht, diese Idee in unsere Bevölkerung zu tragen. Wir sollen das ernst nehmen. Es geht hier nicht so sehr darum, daß man unsere Partei morgen verbieten will, aber man will im Bewußtsein der Bevölkerung uns als eine Kraft darstellen, die gegen die Verfassung gerichtet ist, und dem müssen wir mit aller Entschiedenheit entgegentreten.“¹³⁰ Es geht Kriele und seinesgleichen darum, dem zunehmenden Einfluß des Marxismus-Leninismus durch Verleumdungen zu wehren und einem geplanten Verbot jener Partei, die diese Weltanschauung unter der Arbeiterklasse und anderen Schichten der Bevölkerung verbreitet und sich von ihr im politischen Kampf leiten läßt, psychologisch den Boden zu bereiten. Mit „weltanschaulicher Neutralität“, mit „Achtung vor Glaubensentscheidungen“ ist das alles unvereinbar. Das beabsichtigte Verbot der DKP führt jedoch nicht nur die Behauptung von der „weltanschaulichen Neutralität“ der SPD ad absurdum, es steht auch im Widerspruch zu den Äußerungen führender rechter Sozialdemokraten über das Wesen der sogenannten pluralistischen Industriegesellschaft, in der „sich die

¹²⁷ Leo Bauer, Die Herausforderung oder Wie schwach ist die Sozialdemokratie?, a. a. O., S 686.

¹²⁸ Gunnar Matthiessen, Zur gegenwärtigen Westeuropapolitik der USA, in: „Marxistische Blätter“, 8. Jahrg., Nov./Dez. 1970, S. 21.

¹²⁹ Leo Bauer, Die Herausforderung oder Wie schwach ist die Sozialdemokratie?, a. a. O.

¹³⁰ Hermann Gautier, Widerstand gegen Großkapital: Jedermanns Recht und Pflicht, in: UZ – Unsere Zeit – Sozialistische Volkszeitung Essen, Nr. 50 vom 11.12.1971, S. 25.

verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen organisieren und ihre Vorstellungen und Forderungen vor der Öffentlichkeit und dem Gesetzgeber vertreten“ können, wie Otto Brenner erst unlängst erklärte, und worin er das „wesentlichste Merkmal der demokratischen Ordnung“ erblickt.¹³¹

Politiker und Theoretiker der SPD haben schließlich auch die Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft nicht im [79] Zweifel darüber gelassen, wie ihre „weltanschauliche Neutralität“ in Wahrheit aufzufassen ist: „Die Ostpolitik bedeutet das Ende des kalten Krieges, sie bedeutet aber nicht das Ende der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus als einer Ideologie“, wie Hans Boulboulé in der „Neuen Gesellschaft“ schreibt.¹³² Er bekräftigte damit lediglich die Ausführungen Willy Brandts auf dem Saarbrücker SPD-Parteitag 1970: „Unsere Bereitschaft zum geregelten Nebeneinander zwischen beiden Staaten in Deutschland darf nicht so aufgefaßt werden, als hießen wir in der ideologischen Auseinandersetzung die weiße Fahne. Davon kann keine Rede sein.“¹³³

Der Sinn dieser Äußerungen ist unzweideutig. „Weltanschauliche Neutralität“ gegenüber der Weltanschauung des Marxismus-Leninismus hat es vorher nicht gegeben und wird es auch in Zukunft nicht geben. Gegen sie ist im Gegenteil ein unversöhnlicher Kampf zu führen.

Die Autoren des sowjetischen Kollektivwerkes „Ideologie des Sozialdemokratismus in der Gegenwart“ haben zu diesem Thema klar und treffend festgestellt: „Mit der Predigt für die ‚weltanschauliche Neutralität‘ suchen die rechten Führer der Sozialdemokratie ihre Kapitulation vor der bürgerlichen Ideologie zu verschleiern, der Arbeiterklasse die wissenschaftliche Weltanschauung zu rauben und günstige Bedingungen für die Verbreitung der bürgerlichen Ideologie zu schaffen. ‚Weltanschauliche Neutralität‘ bedeutet im Grunde, daß das Bekenntnis einer Partei zu einer bestimmten Ideologie nur in Worten bestritten wird. In Wirklichkeit stellt sie eine Methode zur Tarnung der reaktionären ideologischen Position des Reformismus dar und wird von den rechten Führern der Sozialdemokratie dazu genutzt, den Sozialismus dem Marxismus entgegenzustellen und den Werktätigen einzureden, daß der Sozialismus einer marxistischen Begründung nicht bedürfe.“¹³⁴

Wie wenig die „weltanschauliche Neutralität“ rechter Führer der SPD ernst zu nehmen ist, zeigt sich, wie schon erwähnt, vor allem an ihrer Verleumdung der marxistischen Weltanschauung als „Eschatologie“, d. h. als verweltlichter irrealer „Heilslehre“, als Utopie, Illusion usw., mit der es sich trotz der offensichtlichen Absurdität dieser Verleumdung gesondert auseinanderzusetzen gilt. [80]

¹³¹ Zit. nach Herbert Wehner, Die SPD wird regieren und nicht resignieren, a. a. O., S. 88.

¹³² Hans Boulboulé, Politische Bildung 1971, in: „Die Neue Gesellschaft“, H. 6, 1971, S. 422.

¹³³ SPD-Parteitag Saarbrücken 1970. Unkorrigiertes Protokoll.

¹³⁴ Ideologie des Sozialdemokratismus in der Gegenwart, S. 43.

Verleumdung des Marxismus-Leninismus – Ausdruck bürgerlicher Parteilichkeit

Sinn und Zweck der Behauptungen, der Marxismus-Leninismus sei Utopie, Religionsersatz, Eschatologie, liegen auf der Hand: Da die Ziele des Marxismus unreal sind, sich auf Erden angeblich nicht verwirklichen lassen, ist er als Anleitung zum praktischen politischen Handeln ungeeignet und daher zu verwerfen.

Die rechten sozialdemokratischen Führer befinden sich hier in Gesellschaft von Antikommunisten aus allen möglichen philosophischen und weltanschaulichen Lagern. Zu ihnen zählt der inzwischen zum antikommunistischen Fernsehstar avancierte „Sowjetologe“ Boris Meissner, der eine „geistesgeschichtliche Verbindung (des Marxismus) zum jüdisch-altchristlichen Chiliasmus“¹³⁵ „nachweisen“ möchte und sich über die „Erkenntnisgläubigkeit“ des Marxismus mokiert.¹³⁶ Zum Kreis dieser Antikommunisten gehört der protestantische Theologe Martin Redeker, der die „marxistische Hoffnungsphilosophie“¹³⁷ verdammt, sie als „Verweltlichung des christlichen Vorsehungs- und Erlösungsglaubens“¹³⁸ diffamiert und den Versuch des Aufbaus einer neuen, gerechten Sozialordnung faktisch als „Ketzerie“ abzutun sucht: „Die christliche Heilsordnung richtet sich nicht auf einen innerweltlichen Abschluß der Geschichte und eine innerweltliche Perfektion ... Will der Mensch seine Geschichte selbst vollenden, endet er in Zerstörung und Unheil.“¹³⁹ Zu diesen Antikommunisten gehören schließlich renommierte westdeutsche Historiker wie Karl Dietrich Erdmann, Wolfgang Mommsen u. a., die sich nicht scheuen, diese Torheit weiterzuverbreiten. Zu ihnen gehört auch Richard Kroner, der „in der Hegelschen Leistung (und damit Marxschen, die eigentlich gemeint ist – H. Sch.) doch auch eine Überschätzung des menschlichen Geistes“ vor-[81]liegen sieht, „eine Gewalttat, die sich vermessen hat, so hoch zu steigen, wie es uns geschichtlich begrenzten Menschen nicht angemessen ist“¹⁴⁰, d. h., der die Möglichkeit einer theoretischen Erfassung der Gesellschaft und ihrer Geschichte als Ganzes bestreitet.

Auf diese Liste ließen sich noch viele Namen setzen, sind doch diese Argumente vom eschatologischen Charakter des Marxismus, von der Beschränktheit der menschlichen Vernunft inzwischen zu Standardargumenten der ideologischen und politischen Gegner des Marxismus-Leninismus und des Sozialismus-Kommunismus geworden.

Hält man die Aussagen rechter sozialdemokratischer Theoretiker zum Vergleich dagegen, so gibt es hier keinen Unterschied zu entdecken. Erklärte doch zum Beispiel Waldemar von Knoeringen ganz im Stile eines Jesuitenpaters, „daß der Glaube an das machbare Reich der Vernunft wider die Natur des Menschen steht und daher verhängnisträchtig ist“¹⁴¹, d. h., daß die marxistische Idee einer sozialistischen Gesellschaft, die zum Wohle aller Menschen gestaltet wird, unreal sei.

Ideen – oder genauer gesagt Behauptungen – dieser Art begegnet man bei fast allen rechten sozialdemokratischen Politikern und Ideologen wieder. Auch das Godesberger Programm operiert mit ihnen, wie wir bereits zeigten. Selten sind dagegen schon Versuche, derartigen Behauptungen systematisch zu entwickeln und zu begründen. Der westdeutsche Philosoph Hans Albert, Anhänger des Neopositivisten Karl R. Popper, hat einen solchen Versuch unternommen. Albert, der die „Reformpolitik“ der rechten sozialdemokratischen Führer philosophisch zu rechtfertigen versucht¹⁴², stellt den Marxismus

¹³⁵ Boris Meissner, Fortschrittsgedanke und gesellschaftliche Transformation in der marxistisch-leninistischen Ideologie, in: Die Idee des Fortschritts. Neun Vorträge über Wege und Grenzen des Fortschrittsglaubens, hrsg. von Erich Burck, München 1963, S. 113.

¹³⁶ Ebenda, S. 106.

¹³⁷ Martin Redeker, Der moderne Fortschrittsglaube im Lichte christlicher Geschichtsdeutung, ebenda, S. 41.

¹³⁸ Ebenda, S. 44.

¹³⁹ Ebenda, S. 51, 52.

¹⁴⁰ Richard Kroner, Vom Sinn der Geschichte, in: Erkenntnis und Verantwortung, Festschrift für Theodor Litt, Düsseldorf 1960, S. 203.

¹⁴¹ Waldemar von Knoeringen, Anthropologische Orientierung der Politik, in: Waldemar von Knoeringen, Ulrich Lohmar, Was bleibt vom Sozialismus?, Hannover 1968, S. 104.

¹⁴² Vgl. [Harald Wessel, Philosophie des Stückwerks. Eine Auseinandersetzung mit dem neopositivistischen „kritischen Rationalismus“](#), Berlin 1971.

ebenfalls als eine Abart des religiösen Glaubens hin. Danach handele es sich bei ihm um eine Spielart der „Sinnoffenbarungen der Geschichtsphilosophie“, die „eine Erbschaft des theologischen Supernaturalismus“ sind.¹⁴³ Mit dieser „Begründung“ lehnt Albert eine Einstellung ab, „die auf dem Hintergrund einer letzten Endes utopischen Idee der vollkommen herrschaftsfreien Gesellschaft das gegenwärtige System als radikal verwerflich erscheinen läßt, sodaß im Grunde genommen nur seine totale Umwandlung in Betracht gezogen werden kann“.¹⁴⁴ Aus der Einsicht in die zweifelsohne vorhandene – aber keineswegs absolute – „Beschränktheit“ des menschlichen Ver-[82]standes, aus der Einsicht in die – wiederum nicht absolute – Relativität aller Wahrheit will Albert die Forderung nach „Bescheidenheit“ des politischen Handelns, nach Verzicht auf eine radikale Umwälzung des bestehenden imperialistischen Systems, nach einer reformistischen, im Rahmen dieses Systems verbleibenden Politik ableiten¹⁴⁵, die dieses System in Wahrheit nur noch funktionstüchtiger machen soll. Da die Ziele des Kommunismus mit einem Wort utopisch sind, da jede Gesellschaft mit Mängeln behaftet sein wird, braucht man die Existenz des Kapitalismus nicht durch „Experimente“ aufs Spiel zu setzen. Daß zwischen der notfalls brutalen Unterdrückung jeglichen Widerstandes der Werktätigen gegen die Ausbeutung im Kapitalismus und der auch in einer klassenlosen Gesellschaft notwendigen Autorität, ohne die ein Funktionieren des gesellschaftlichen Organismus, wie schon Engels nachgewiesen hat, unmöglich ist, ein himmelweiter Unterschied besteht, läßt Albert wohlweislich außer acht.

Die Identität der Auffassungen Alberts mit der landläufigen antikommunistischen Verleumdung des Marxismus als „Religionsersatz“, als verweltlichte Eschatologie und Teleologie wird vollends deutlich, wenn Albert dem Marxismus die Idee eines idealen Endzustandes der Geschichte unterschieben möchte, in dem alle Probleme ein für allemal gelöst seien. So schreibt er sehr richtig, „daß es, wie in der Wissenschaft, so auch im sozialen und politischen Leben keine perfekten und daher unrevidierbaren Problemlösungen geben kann und daß die Gewißheit, sich im Besitze einer solchen Lösung zu finden, etwa der Konzeption einer vollkommenen – herrschaftsfreien, konfliktlosen, harmonischen – Gesellschaftsordnung, die Träger dieses Bewußtseins nicht etwa als Vertreter kritisch-rationalen Denkens auszeichnet, sondern sie eher verdächtig machen muß“¹⁴⁶. Albert zitiert keine marxistische Quelle, der er diese Vorstellung von einem idealen Endzustand entnommen hätte. Er wird sie auch schwerlich finden. Schrieb doch bereits Engels: „Ebensowenig wie die Erkenntnis kann die Geschichte einen vollendeten Abschluß finden in einem vollkommenen Idealzustand der Menschheit ...“¹⁴⁷. Lenin bezeichnete die „landläufige bürgerliche Vorstellung ...“, der Sozialismus sei etwas Totes, Erstarrtes, ein für allemal Gegebenes“, als „grenzenlos verlogen“.¹⁴⁸ Es ist nie behauptet [83] worden, daß für den Marxismus der Widerspruch als Triebkraft der Entwicklung in der sozialistischen Gesellschaft nicht mehr wirken und daß es in der Zukunft keinerlei Probleme mehr geben werde. Es hat sich aber gezeigt und fand in der Praxis des sozialistischen Aufbaus seine Bestätigung, daß die gegenwärtigen Probleme der Menschheit nur durch den Sozialismus zu lösen sind.¹⁴⁹ Diese Art der „Problemlösung“ – nämlich der Sturz der Herrschaft des Imperialismus und die Errichtung des Sozialismus – ist, wie auf der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau nochmals unterstrichen wurde, in der Tat unrevidierbar. Es ist nichts weiter als ein sophistischer Trick, wenn Albert mit dem Hinweis auf die Unendlichkeit des Erkenntnisprozesses, auf die Relativität jeglicher Erkenntnis die Wahrheit der marxistischen These von der historischen Notwendigkeit der Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus in Frage stellen möchte. Mit dem Hinweis auf die Relativität jeglicher Erkenntnis ist nicht eine einzige Wahrheit konkret widerlegt.

Besonderen Nachdruck legt Albert auf die Feststellung, daß die Aussagen einer Geschichtsphilosophie, die ihre „Weisheiten“ aus einer „Sinnoffenbarung“, d. h. aus einer Offenbarung des „Sinns der Geschichte“, bezieht, mit der Wissenschaft unvereinbar sind. Das ist zweifellos richtig, wie das

¹⁴³ Hans Albert, Plädoyer für kritischen Rationalismus, a. a. O., S. 287.

¹⁴⁴ Ebenda, S. 289 f.

¹⁴⁵ Vgl. ebenda, S. 290 ff.

¹⁴⁶ Ebenda, S. 296 f.

¹⁴⁷ K. Marx/F. Engels, Werke, Bd. 21, Berlin 1962, S. 267.

¹⁴⁸ W. I. Lenin, Werke, Bd. 25, Berlin 1960, S. 486.

¹⁴⁹ Vgl. Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau 1969, Dokumente, Berlin 1969, S. 26.

Beispiel Toynbees beweist, der offen eingestand, daß ihm seine zentrale Idee im Traum von Gott eingegeben worden sei. Albert möchte jedoch auch vom Marxismus behaupten, daß er zu jenen Geschichtsphilosophien gehöre, „die sich selbst jeder Kritik entziehen, da in ihnen eine kritische Vernunft zum Ausdruck kommt, die über die Methoden und Resultate normaler Wissenschaft erhaben ist“.¹⁵⁰ Danach handle es sich beim Marxismus um eine elitäre Erkenntnistheorie, da nur Auserwählte Zugang zur Wahrheit hätten.¹⁵¹ Daß es sich auch hier wiederum um einen Sophismus handelt, beweist die gesellschaftliche Wirklichkeit; denn in der Tat bleibt zwar den Ausbeuterklassen und ihren Ideologen die Einsicht in die Gesetzmäßigkeiten des Geschichtsprozesses verwehrt, weil sie sich von vornherein der Anerkennung aller Wahrheiten verschließen, die ihren Klasseninteressen zuwiderlaufen, nicht aber der Arbeiterklasse, die an der Erkenntnis der gesellschaftlichen Wirklich-[84]keit zu tiefst interessiert ist. Ohne diese Erkenntnis vermag sie den Kampf um ihre Befreiung nicht erfolgreich zu führen. Albert scheint nicht zu wissen, was man unter einer elitären Erkenntnistheorie versteht. Eines ihrer Hauptkennzeichen besteht darin, daß der Erkenntnisvorgang nicht nachvollzogen werden kann. Das trifft auf den Marxismus-Leninismus nicht zu. Mag Albert aus klassenbedingten Gründen persönlich nicht dazu in der Lage oder nicht gewillt sein; nichtsdestoweniger ist die schon von Lenin kritisierte Beschuldigung unhaltbar, daß der Marxismus eine Sache des Glaubens sei, „die seit je alle diejenigen gegen die Marxisten vorbringen, die in der Sache selbst gegen die Anschauungen der Marxisten nichts vorzubringen vermögen“.¹⁵²

Die Unhaltbarkeit einer derartigen Identifizierung des Marxismus mit einer religiösen Heilslehre oder einer spekulativen Geschichtsphilosophie vom „Sinn der Geschichte“ ließe sich noch in vielen Punkten nachweisen. Nur die wichtigsten seien hier genannt: So beruft sich die Arbeiterklasse bei ihrer Forderung nach ökonomischer, politischer und kultureller Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaft nicht auf einen Heilsplan, auf eine überirdische Autorität, auf eine „Naturabsicht“, sondern begründet die Notwendigkeit einer solchen Umwälzung rational mit den unüberwindlichen Widersprüchen des kapitalistischen Systems, deren verheerende Auswirkungen für die werktätigen Menschen immer deutlicher spürbar werden. Ferner sieht der Marxismus das bisherige geschichtliche Geschehen nicht als ein Mittel zur Erreichung eines vorgegebenen Ziels, eines „Endzustands“ an, sondern erklärt jedes geschichtliche Ereignis aus ganz konkreten Ursachen, die in der betreffenden Zeit gewirkt haben. Und schließlich sieht der Marxismus das entscheidende Mittel zur Umgestaltung der Wirklichkeit nicht in der göttlichen Gnade oder in einem blinden Geschichtsautomatismus, sondern im Klassenkampf, in der geschichtsbildenden Aktion der Volksmassen, die die eschatologischen Lehren – wie zum Beispiel die Toynbees – als existenzgefährdend ablehnen.

Wie Lenin in seiner Polemik gegen den „Volksfreund“ Michailowski im Jahre 1898 zeigt, versuchte bereits der „Kritiker“ Dühring den wissenschaftlichen Charakter des Marxismus mit der Behauptung zu leugnen, Marx hätte die [85] Unvermeidlichkeit der Expropriation der Expropriateure mit der Hegelschen Triade bewiesen, mit einer aus dem Gebiet der Religion entlehnten „Analogieschnurre“, wie sich Dühring seinerzeit ausdrückte. Michailowski, der sich derselben Methode der „Widerlegung“ des Marxismus bedient, wurde von Lenin eine vernichtende Abfuhr zuteil. Nachdem er Engels' Antwort an Dühring wiedergegeben hat, in der Engels die rationalen Gründe für die Unausweichlichkeit der Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus noch einmal darlegte, stellte Lenin – an Michailowski gewandt – fest: „Man mag sie (die Marxsche Auffassung von der Zukunft – H. Sch.) für ungenügend oder falsch halten, hat dann aber auch zu zeigen, *was daran* falsch ist und *warum* es falsch ist, nicht aber Ungereimtheiten von Hegelianertum zu reden.“¹⁵³ Die gleiche Forderung ist an Albert und an die ungezählten reaktionären bürgerlichen Ideologen zu stellen, die sich der Auseinandersetzung mit dem Marxismus durch die Beteuerung zu entziehen versuchen, der Marxismus sei eine verweltlichte Heilslehre, eine Utopie.

¹⁵⁰ Hans Albert, Plädoyer für kritischen Rationalismus, a. a. O., S. 279.

¹⁵¹ Vgl. ebenda, S. 290.

¹⁵² W. I. Lenin, Werke, Bd. 1, Berlin 1961, S. 187.

¹⁵³ Ebenda, S. 168.

Auch Albert weiß gegen die marxistische Begründung für die historische Notwendigkeit der Überwindung des Imperialismus als Gesellschaftssystem nichts Substantielles einzuwenden. Lenin stellte seinerzeit in bezug auf Michailowski folgende Fragen: „Hat er etwa nachgewiesen, daß in Wirklichkeit – bei warenwirtschaftlicher Organisation der gesellschaftlichen Wirtschaft – keine Zunahme der Spezialisierung des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses, keine Konzentration der Kapitalien und der Betriebe, keine Vergesellschaftung des gesamten Arbeitsprozesses erfolgt? Nein, er hat kein einziges Argument zur Widerlegung dieser Tatsachen vorgebracht. Hat er etwa die These erschüttert, wonach die der kapitalistischen Gesellschaft eigene Anarchie mit der Vergesellschaftung der Arbeit unvereinbar ist? Nichts hat er darüber gesagt. Hat er etwa bewiesen, daß sich die Zusammenfassung des Arbeitsprozesses aller Kapitalisten zu einem einzigen gesellschaftlichen Arbeitsprozeß mit dem Fortbestand des Privateigentums vereinbaren läßt, daß ein anderer als der von Marx aufgezeigte Ausweg aus diesem Widerspruch möglich und denkbar ist? Nein, kein Wort hat er darüber gesagt.“¹⁵⁴ Die Antwort auf derartige Fragen sind alle „Kritiker“ des Marxismus, die sich [86] auf seine Verleumdung als Eschatologie, als Heilslehre beschränken, bis auf den heutigen Tag schuldig geblieben.

Festzustellen ist, daß der Aufbau des Sozialismus in zahlreichen Ländern die Behauptungen vom utopischen Charakter des Marxismus längst widerlegt hat, daß sich jedoch umgekehrt der utopische, illusionäre Charakter gerade jener sozialdemokratischen Vorstellungen erwiesen hat, wonach sich Solidarität, Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Sicherheit, Menschenwürde usw. auch in einer Gesellschaft herbeiführen ließen, in der das private Eigentum an den Produktionsmitteln beibehalten wird. Als utopisch hat sich vor allem die Vorstellung rechter Sozialdemokraten erwiesen, eine „schrittweise Umgestaltung des sozialen Lebens (vorzunehmen) ..., bei der auf die ... Zielsetzungen aller Mitglieder der Gesellschaft nach Möglichkeit Rücksicht genommen ... wird“.¹⁵⁵

Daß derartige Verleumdungen des Marxismus-Leninismus mit „weltanschaulicher Neutralität“ sowie auch mit der im Godesberger Programm abgegebenen Versicherung, „Glaubensentscheidungen“ achten zu wollen (zu welcher ja auch der Marxismus gestempelt werden soll) unvereinbar sind, liegt wohl auf der Hand.

[87]

¹⁵⁴ Ebenda, S. 171.

¹⁵⁵ Hans Albert, Plädoyer für kritischen Rationalismus, a. a. O., S. 296.

„Reideologisierung“ – eine neue Variante sozialdemokratischer Ideologie?

Das von bürgerlichen und sozialdemokratischen Ideologen entworfene Bild der kapitalistischen Gesellschaft in Gegenwart und Zukunft war das einer ständig reicher werdenden „Wohlstandsgesellschaft“, einer sogenannten heilen Welt, in der es kaum wirtschaftliche und soziale Probleme mehr gebe, Harmonie und allgemeine Zufriedenheit herrschten, der Klassenkampf ein für allemal der Vergangenheit angehörte. Wenn es Probleme gäbe, so könne es sich nur um Probleme etwa der Art handeln: wohin mit dem „Wohlstandsmüll“, mit den Massen an Kraftfahrzeugen und dergleichen.

In Wirklichkeit haben sich völlig entgegengesetzte Tendenzen durchgesetzt; sie bestätigen die Gültigkeit und die Lebenskraft des Marxismus-Leninismus in der Gegenwart sowie seine Prognosen über den Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung. Bestätigt wurde insbesondere die Voraussage des Marxismus, daß der Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft nicht aufheben, sondern sie im Gegenteil verschärfen wird, daß sich damit auch die Klassenseinandersetzungen verstärken werden. Die Lage in der kapitalistischen Welt wird bekanntlich seit geraumer Zeit dadurch charakterisiert, daß sich in mehreren kapitalistischen Ländern ein gleichlaufender Rückgang der Konjunktur vollzieht, daß die internationale Währungskrise, die nach dem Dollar auch das Pfund erfaßt hat, weiter um sich greift, daß die inflationäre Entwicklung unaufhaltsam voranschreitet, daß die Arbeitslosigkeit in Ländern wie den USA und England sichtbare Ausmaße anzunehmen beginnt. Die Monopole, durch die Krisentendenzen zum verschärften internationalen Konkurrenzkampf angetrieben, suchen den Ausweg aus ihren Schwierigkeiten in einer [88] gesteigerten Ausbeutung der Werktätigen, in einem Generalangriff auf ihren Lebensstandard.

Verschärfte Klassenkämpfe waren die Folge; zu ihnen gehören auch die Abwehrkämpfe der westdeutschen Arbeiterklasse in den Jahren 1970 und auch 1971. Sie haben die von bürgerlichen und sozialdemokratischen Ideologen verbreitete These widerlegt, daß die Arbeiterklasse völlig in die bürgerliche Gesellschaft integriert, da gänzlich saturiert sei und somit aufgehört habe, die entscheidende gesellschaftliche Kraft zu sein. Auf diese Weise hat die Arbeiterklasse in der BRD – von Italien und Frankreich ganz zu schweigen – den bürgerlichen Ideologen eine Lehre erteilt, und zwar den unverhüllten wie auch den verkappten, den rechten sozialdemokratischen Theoretikern, die die Integration der Arbeiterklasse in die bürgerliche Gesellschaft als Idealvorstellung anbieten, aber auch den ultralinken Revoluzzern, die, an Marcuse orientiert, die Arbeiterklasse als die entscheidende historische Kraft unserer Epoche bereits totgesagt hatten. Das bezeugen selbst bürgerliche Philosophen wie Jean Paul Sartre: „Um aber die Aussicht zu haben, die Revolution durchzuführen“, sagt er in einem Interview mit der westdeutschen Zeitschrift „Der Spiegel“ im Jahre 1968, „muß man in der Lage sein, der bestehenden Macht eine Gegenmacht entgegenzustellen. Angesichts des Repressions-Apparates der besitzenden Klassen, der Regierung und der Armee ist die einzige Gegenmacht, die wirksam werden kann, die der Produzenten, das heißt der Arbeiter ... Gewiß, zum Bruch kann es nur kommen, wenn der Produzent den Kampf aufnimmt. Wenn man dagegen erklärt, daß die Arbeiterklasse, die die einzig produktive Klasse ist, in der ‚Konsumgesellschaft‘ als revolutionäre Kraft aufgehoben wird, würde es in dieser Gesellschaftsordnung nie mehr zu einer Revolution kommen. Ich weiß, daß Marcuse zu dieser Schlußfolgerung gelangt. Aber ich glaube, daß diese Schlußfolgerung durch die Ereignisse in Frankreich widerlegt wurde.“¹⁵⁶

Spätestens im Jahre 1968, als Sartre dieses Interview gab, wurde denn auch zahlreichen bürgerlichen und rechten sozialdemokratischen Ideologen bewußt, daß sich die verschiedenen Varianten der Theorie der „Industriegesellschaft“ sowie die Theorie der „Entideologisierung“ vor der Wirklichkeit blamiert hatten, daß sie in hohem Maße unglaubwürdig geworden waren und sich daher nur noch in beschränktem Maße dazu eigneten, die breiten Massen unter ideologischer Kontrolle zu halten und dem immer stärker werdenden Einfluß des Marxismus-Leninismus wirksam zu begegnen. Eine mit allen erdenklichen Mitteln hochgespielte scheinoptimistische Variante bürgerlicher Ideologie war in die Krise geraten.

¹⁵⁶ Interview mit dem Hamburger „Spiegel“, Nr. 29/1968 vom 15.7.1969, S. 60.

So gestanden nicht wenige bürgerliche und sozialdemokratische Ideologen offen ein, daß die genannten Theorien im Grunde die Antwort auf die brennenden Fragen der Gegenwart schuldig bleiben, daß sie die Hinwendung von Teilen der Bevölkerung zu sozialistischen Ideen – als „Flucht in die Utopie“ verleumdet – nicht zu verhindern vermögen, daß sie vor allem keine Ziele und Werte anbieten, für die sich die „Bürger“ begeistern und einsetzen könnten. So erklärte Reimut Jochimsen, als in der BRD die studentische Bewegung – wenn auch damals noch zum großen Teil unter dem Einfluß links-revisionistischer, ultralinken Ideen – große Aktivität entfaltete: „Die in den letzten Jahren aufbrechende Unruhe in der jungen Generation hat gezeigt, daß bislang keine Partei, auch nicht die sozialdemokratische, Antwort auf Fragen geben kann, die aus Angst vor der unbekanntem Zukunft gestellt werden und die vielfach zur Flucht in die Utopie führen.“¹⁵⁷ Zu einem nicht weniger vernichtenden Urteil über den Zustand der derzeitigen bürgerlichen Ideologie gelangte ein Autor der großbürgerlichen Wochenzeitschrift „Das Parlament“: „Seit Ende der fünfziger Jahre ist keine ‚zündende‘ politische Idee von den Politikern entwickelt worden, die als Integrationsfaktor für einen großen Teil der Gesellschaft in der Bundesrepublik hätte dienen können. Aus diesem Zustand erwächst zu einem beträchtlichen Teil das Desinteresse der Bürger, insbesondere der Jugend, und hier vorwiegend der Studenten, an der ideearmen Politik in der Bundesrepublik. Es fehlen soziale Leitbilder, politische Ideen, zukunftsorientierte ‚reale Utopien‘, die dem Bürger das Gefühl geben, daß technologischer, sozialer und politischer Fortschritt nicht richtungsblind, sondern an langfristigen Leitbildern orientiert ist ... Streben nach materiellem Wohlstand kann einer Gesellschaft nur für eine befristete Zeit als Zielvorstellung genügen.“¹⁵⁸

[90] In der Tat, diese Art von Zielvorstellung ist für die Bourgeoisie nur so lange akzeptabel und nützlich, wie die Konjunktur anhält; sie wird zu einem gefährlichen Bumerang, sobald die Monopole zum Generalangriff auf den Lebensstandard der Werktätigen ansetzen, während die Erfolge der sozialistischen Länder bei der Lösung der materiellen Probleme des Lebens, bei der Verbesserung der materiellen Lage der Werktätigen zur gleichen Zeit immer offensichtlicher in Erscheinung treten. Direkt falsch dagegen ist die Behauptung, daß das „Desinteresse“ an der Politik der herrschenden Klasse in der BRD – ein mehr als gelinder Ausdruck für den offenen Widerstand gegen diese Politik – primär eine Folge davon sei, daß es keine „zündenden Ideen“ gibt; ist doch dieser Widerstand vielmehr eine Reaktion auf den volksfeindlichen Charakter dieser Politik, die für große Teile der Bevölkerung eine ständig zunehmende Unsicherheit, eine zunehmende Verschlechterung ihrer materiellen Lage mit sich bringt.

Was nunmehr verlangt wird, ist eine neue Variante der bürgerlichen Ideologie, die die offen aufgetroffenen gesellschaftlichen Widersprüche verdecken und Gemeinsamkeit von Ausbeutern und Ausbeuteten vortäuschen soll (wozu sich – am Rande bemerkt – z. B. der bürgerliche Nationalismus besonders gut eignet); sie soll auf eine bessere Zukunft vertrösten und den Werktätigen die Einsicht in die absolute Überlebtheit des kapitalistischen Systems erschweren. Daß hierbei Rolle und Vermögen der bürgerlichen Ideologie als „sozialer Zement“, als „Integrationsfaktor“, als „systemstabilisierendes“ Moment maßlos überschätzt werden, kann nach dem schließlichen Scheitern aller derartigen ideologischen Manöver wohl gesagt werden.

Mit der offenen Abkehr vom Marxismus und vom Sozialismus, der sogenannten „Entideologisierung“ der Partei, die durch die Thesen der Industriegesellschaftslehren „theoretisch“ gerechtfertigt wurde, zog es auch die rechte Sozialdemokratie in den Strudel der Krise dieser pseudooptimistischen Variante imperialistischer Ideologie hinein. Hatten sich doch die rechten sozialdemokratischen Ideologen die von den eingangs genannten bürgerlichen Ideologen entwickelten theoretischen Gesellschaftsauffassungen völlig zu eigen gemacht. Ihre Abkehr auch von jeglicher verbaler Anerkennung [91] der sozialistischen Ideologie war mit dem offenen Übergang auf die Positionen der bürgerlichen Ideologie untrennbar verbunden. „Wenn ausgehend von ihm (dem Godesberger Programm der SPD

¹⁵⁷ Reimut Jochimsen, Die Zukunft sozialdemokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, in: „Die Neue Gesellschaft“, März 1968, S. 20.

¹⁵⁸ Helmuth Pütz, „Reale Utopien“ als politische Integrationsfaktoren in der Bundesrepublik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage Wochenzeitung „Das Parlament“, B, 9/1969, 1.3.1969, S. 29, 27.

– H. Sch.) die ‚Entideologisierung‘ gefordert wurde zugunsten der nun heimlich unterschobenen neuen Ideologie“, wie Gunnar Matthiessen den Prozeß der „Entideologisierung“ der SPD in den „Marxistischen Blättern“ treffend charakterisiert, „dann nicht allein, um die ohnehin kläglichen Überreste marxistischen Denkens endgültig aus der Partei zu eliminieren, sondern zugleich auch, um alte reformistische Strömungen zurückzudrängen, wie sie sich zum Beispiel hinter den Vorstellungen von einer ‚Wirtschaftsdemokratie‘ verbargen. Die sozialdemokratischen Auffassungen von der Gesellschaft und vom Staat sollten von nun ab inhaltlich voll deckungsgleich sein mit denen des Großkapitals und bewußt auf den Ausbau seiner Herrschaftspositionen gerichtet sein.“¹⁵⁹

Mit den theoretischen Thesen der bürgerlichen Industriegesellschaftslehren haben die rechten sozialdemokratischen Politiker und Ideologen die gesamte Strategie und Taktik ihres politischen Kampfes theoretisch begründet.

Hierauf soll aus zwei Gründen nochmals ausdrücklich hingewiesen werden. Erstens machen rechte Sozialdemokraten den Marxisten den Vorwurf, daß diese der SPD „eine theoretische Basis im Sinne des Marxismus“ absprechen¹⁶⁰, wie das Peter Christian Ludz in einem Artikel im theoretischen Organ der SPD behauptet. Ludz verweist in seinem Aufsatz zur Rechtfertigung der politischen Strategie der rechten SPD-Führer auf die angeblichen „tatsächlichen tiefgreifenden Strukturwandlungen der westlichen – insbesondere der westdeutschen und nordamerikanischen – Industriegesellschaften“ und behauptet, daß „die realsoziologische Analyse eine scharf von der übrigen Gesellschaft abgegrenzte Arbeiterklasse nicht kennt“.¹⁶¹ Seine Zeilen zeigen deutlich, daß sich rechte sozialdemokratische Theoretiker in ideologischen Fragen auch heute noch keinen besseren Rat wissen, als die Thesen der hinlänglich kompromittierten bürgerlichen Industriegesellschaftslehren zu ihrer „theoretischen Basis“ zu machen, da, wie Ludz offen bekennt, die Bemühungen der „verantwortlichen Führer der SPD ..., die vielfältigen Konzepte und Ansätze des [92] (christlichen) Humanismus, des kritischen Rationalismus und des Existentialismus zu einer wirklichkeitsnahen Theorie (zu) verschmelzen“¹⁶², bislang nicht zum Erfolg geführt haben: „Es trifft wohl zu, daß eine solche umfassende Theorie bisher nicht geschaffen worden ist.“¹⁶³

Auf die Tatsache, daß die rechten sozialdemokratischen Führer dennoch eine „theoretische Basis“ ihrer Politik besitzen, daß ihre „Entideologisierung“ lediglich die Abkehr von ihrer pseudosozialistischen Ideologie bedeutete, muß jedoch auch aus einem anderen Grund ausdrücklich hingewiesen werden. Nicht wenige, und darunter prominente Vertreter der SPD wie Herbert Wehner, Ulrich Lohmar u. a., versuchen den Eindruck zu erwecken, als besäße die SPD keine Gesellschaftstheorie, sondern lasse sich in ihrer Politik ausschließlich von moralischen Wertvorstellungen, wie den im Godesberger Programm genannten Begriffen Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, leiten. So behauptet Ulrich Lohmar in These 1 seiner 10 Thesen über das Verhältnis von Sozialdemokratismus, und Kommunismus: „Die Sozialdemokratie geht aus von den moralischen Werten der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität. Sie entwickelt auf Grund der jeweiligen gesellschaftlichen Situation daraus politische Strategien. Der Kommunismus geht aus von dem geschlossenen ideologischen Bild von der Gesellschaft ...“¹⁶⁴ Es liegt auf der Hand, daß diese Behauptungen mit den Tatsachen unvereinbar sind. Denn die Sozialdemokratie besitzt in den Industriegesellschaftslehren ebenfalls ein „geschlossenes ideologisches Bild von der Gesellschaft“, ein Bild allerdings, das die gesellschaftliche Wirklichkeit entstellt widerspiegelt, das sie im Interesse der herrschenden Klasse beschönigt und die Notwendigkeit ihrer radikalen Umwälzung auf sozialistischer Grundlage verneint.

¹⁵⁹ Gunnar Matthiessen, Zur Rolle und Politik der SPD im spätkapitalistischen System der Bundesrepublik, in: „Marxistische Blätter“, 8. Jahrg. Juli/Aug. 1970, S. 10.

¹⁶⁰ Peter Christian Ludz, Die Ideologie des „Sozialdemokratismus“ aus der Sicht der Kommunisten, in: „Die Neue Gesellschaft“, H. 5, 1972, S. 60.

¹⁶¹ Ebenda.

¹⁶² Ebenda, S. 361.

¹⁶³ Ebenda, S. 362.

¹⁶⁴ Ulrich Lohmar, Sozialdemokratie und Kommunismus. Anmerkungen zur „ideologischen Koexistenz“, in: „Die Zeit“, 21.4.1972, S. 56.

Als Feind jeglicher Ideologie gibt sich auch Herbert Wehner aus, wenn er sich unter Berufung auf Kurt Schumacher verbal gegen jegliche Gesellschaftstheorie, gegen jegliche Ideologie wendet: „*Schuhmacher* hat im Jahre 1948 ... an den ... Düsseldorfer Parteitag der SPD ... geschrieben, ... ‚eine einheitliche Parteitheorie würde den Tod der Freiheit bedeuten‘.“¹⁶⁵ „*Ich wehre mich gegen Ideologie ... Das heißt aber nicht ..., daß ich für Programmlosigkeit eintrete.*“¹⁶⁶ Obgleich rechte Sozial-[93]demokraten die von den oben genannten amerikanischen Ideologen „vorgestanzten Formeln“ der Industriegesellschaftslehren bereitwilligst übernommen haben, versucht Wehner Gesellschaftstheorien als Versuche abzutun, „das Nachdenken über das Leben und das Auseinandersetzen mit den Erscheinungsformen des gesellschaftlichen Lebens einzuzwängen, einzupressen, hineinzugießen in solche vorgestanzten Formen.“¹⁶⁷

Wenn seit dem Jahre 1968 innerhalb der SPD von rechten sozialdemokratischen Ideologen verstärkt die Forderung nach einer „Reideologisierung“, der sozialdemokratischen Parteien erhoben wird, so geht diese Forderung von einer Verleugnung des ideologischen Charakters der gesellschaftstheoretischen bürgerlichen Auffassungen aus, die sich die rechten Führer der SPD ja zuvor stillschweigend zu eigen gemacht haben. Unter „Reideologisierung“ wird – ganz im Geiste der Theorie der „Entideologisierung“ – denn auch die Rückkehr zur sozialistischen Ideologie, genauer gesagt zu einer pseudo-sozialistischen Ideologie, begriffen. Dadurch soll die Sozialdemokratie aus der ideologischen Krise erlöst werden, in die sie durch die Übernahme der Thesen der bürgerlichen Industriegesellschaftslehren mit hineingeraten ist.

„Es ist keine Übertreibung, wenn man sagt“ – so der Generalsekretär der Sozialistischen Internationale, Hans Janitschek –, „daß die sozialdemokratischen Parteien Europas während der letzten beiden Jahrzehnte eine ideologische Krise durchgemacht haben.“¹⁶⁸ Auch ihre Politiker vermochten, wie Janitschek offen eingesteht, nach der „Ablegung“ des Marxismus keine neuen „zündenden“ politischen Ideen zu entwickeln. „Es entwickelte sich eine Art Abwehr-Ideologie, die mehr betont, was die Sozialdemokratie nicht ist, als das, was sie ist.“¹⁶⁹ Genauer gesagt hat die Sozialdemokratie mit der Ablegung“ des Marxismus ihr einstiges Profil verloren und hat damit weitgehend die Fähigkeit eingebüßt, das für immer totgesagte und totgeglaubte spontane Streben der Werktätigen nach dem Sozialismus in reformistische Bahnen zu lenken. Heute bedauern es Sozialdemokraten wie Janitschek, daß sie auf Leute gehört haben, „die behaupteten, mit der Ideologie gehe es zu Ende. Diese Theoretiker erklärten, daß die sozialistische Ideologie im Westen keine Bedeutung mehr habe.“¹⁷⁰ [94] Heute klagen sie wie der westdeutsche Sozialdemokrat von Knoeringen über eine „mangelnde Strahlkraft unserer Partei“.¹⁷¹

Den Ausweg aus dieser ideologischen Krise erblicken rechte Sozialdemokraten in einer Wiederbelebung der Idee des Sozialismus, die jedoch auf keinen Fall mit einer Rückkehr zu den Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus identisch sein soll. Sehr deutlich geht das aus der oben zitierten Arbeit von Knoeringens hervor, in der er den wissenschaftlichen Sozialismus als Eschatologie hinstellt, Marx ein totales Unverständnis der menschlichen „Natur“ vorwirft und die Rückführung des Sozialismus auf seine „ethischen Wurzeln“ empfiehlt.¹⁷² Diese „neue“ Ideologie soll „schlagkräftig“ sowie „international triftig und gültig sein, und zwar im gleichen Maße wie das Kommunistische Manifest für das 19. Jahrhundert“.¹⁷³

Obgleich dieses Thema an keinem Ort unter rechten sozialdemokratischen Führern ausdiskutiert worden ist, obgleich man sich nicht öffentlich selbst revidiert und sich von den falschen Vorstellungen der Industriegesellschaftslehren nicht distanziert hat, im Grunde auch noch weiterhin an ihnen

¹⁶⁵ Auf dem Weg zur sozialen Demokratie! Gespräch mit Herbert Wehner, a. a. O., S. 8.

¹⁶⁶ Ebenda, S. 7.

¹⁶⁷ Ebenda, S. 10.

¹⁶⁸ Hans Janitschek, Anfang einer neuen Ideologie?, a. a. O.

¹⁶⁹ Ebenda.

¹⁷⁰ Ebenda.

¹⁷¹ Waldemar von Knoeringen, Anthropologische Orientierung der Politik, in: Waldemar von Knoeringen, Ulrich Lohmar, Was bleibt vom Sozialismus?, S. 93.

¹⁷² Vgl. ebenda, S. 97, 101.

¹⁷³ Hans Janitschek, Anfang einer neuen Ideologie?, a. a. O.

festhält, wurde der Begriff Sozialismus dennoch bereits wieder – gewissermaßen stillschweigend – in das offizielle Vokabular der SPD aufgenommen. „Der neue Wert heißt Sozialismus“, stellt ein Autor in der „Neuen Gesellschaft“ in Auswertung des außerordentlichen Parteitages der SPD 1971 kurz und bündig fest.¹⁷⁴ Bereits vor dem Parteitag polemisierte ein anderer Autor in derselben Zeitschrift gegen den „Unsinn eines Grafen“, der nicht begreifen wollte, „daß der dort (in den sozialistischen Ländern – H. Sch.) ‚verwirklichte‘ Sozialismus eine Verhunzung der ursprünglichen Idee“¹⁷⁵ sei und daß es demnach keinen Grund gebe, der SPD das Operieren mit diesem Begriff politisch anzulasten.

Zu den Gründen für diesen „Gesinnungswandel“, der im Grunde keiner ist, geben sozialdemokratische Ideologen neben den bereits zitierten weitere aufschlußreiche Hinweise. So erklärt Bruno Friedrich zum Ergebnis des letzten außerordentlichen SPD-Parteitages: „Doch lassen genauere Angaben über die Sozialstruktur der Delegierten bei Landes- und Bezirksparteitagen erkennen, daß zwei Drittel bis drei Viertel aller Delegierten Beamte und Angestellte sind; die Auf-[95]steigergruppen der Industriegesellschaft können sich durchaus in der SPD repräsentiert fühlen. Die SPD wird darauf achten müssen, daß die Arbeiter, also jene, für die noch die meisten Rechte zu erkämpfen sind, sich auch künftig bei der SPD politisch aufgehoben wissen.“¹⁷⁶ Derartige Feststellungen, die die Behauptungen von der völligen Integration der Arbeiterklasse in die bürgerliche Gesellschaft ad absurdum führen, sprechen für sich. Sie bestätigen die Richtigkeit der Einschätzungen dieses neuen ideologischen Manövers durch die Kommunisten der BRD: „Während in den ‚Perspektiven für die 70er Jahre‘ des Nürnberger Parteitages der SPD das Wort Sozialismus nicht einmal mehr vorkommt, veranlaßt die Forderung der Jungsozialisten, vieler Gewerkschafter und Intellektueller nach Reformen zur Einschränkung der Macht der Monopole den Parteivorstand, auch wieder vom Sozialismus zu reden.“¹⁷⁷ „Wir erleben in der BRD, ausgelöst durch die wachsenden Widersprüche dieser Gesellschaft, ein Suchen beachtlicher Teile der Bevölkerung – vor allem unter der Jugend – nach Möglichkeiten, diese Widersprüche zu überwinden. Vor allem unter der Jugend wächst das Interesse für den Marxismus-Leninismus. Um dieses Suchen nach sozialistischen Erkenntnissen wieder einmünden zu lassen in eine Zustimmung zum herrschenden staatsmonopolistischen System, beginnt die sozialdemokratische Parteiführung seit einiger Zeit wieder vom Sozialismus, von ihrem ‚demokratischen Sozialismus‘ zu reden ...“¹⁷⁸

Um den sich verstärkenden Widerstand gegen das staatsmonopolistische System in der Bundesrepublik abzufangen, geben sich rechte Sozialdemokraten neuerdings wieder als Gegner des Kapitalismus aus, gestehen sie den Gegnern dieses Systems offen zu, daß „das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik vom antisozialen Kapitalismus monopolistischer Großbetriebe beherrscht wird“.¹⁷⁹

Ja, um der DKP gewissermaßen den Rang bei den fortschrittlichen Teilen der Bevölkerung abzulau- fen, geben jetzt gewisse Ideologen wie der bereits zitierte Antikommunist Walter Schilling, offen zu, daß die Herrschaft des Privateigentums an den Produktionsmitteln mit Demokratie unvereinbar ist: „Menschenwürde und Recht auf Selbstbestimmung des Individuums bleiben deshalb leere Worte, solange das Privat-[96]eigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln nicht abgeschafft ist. Die extrem ungleiche Verteilung der durch privates Eigentum vermittelten Verfügungsgewalt läßt sich mit der Forderung nach demokratischer Gleichheit nicht vereinbaren.“¹⁸⁰ Andere Antikommunisten treten erneut mit dem vor vielen Jahren aufgegebenen Anspruch auf, einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus zu verfolgen, wie es in den bereits erwähnten 10 Thesen von Ulrich

¹⁷⁴ Bruno Friedrich, Integration und Reform. Marginalien zum Organisationsparteitag von Godesberg, in: „Die Neue Gesellschaft“, H. 2, 1972, S. 92.

¹⁷⁵ Heinz Donath, Stauffenbergs „Spiel mit der Freiheit“. Einige Randbemerkungen zum Unsinn eines Grafen, ebenda, H. 10, 1971, S. 699.

¹⁷⁶ Bruno Friedrich, Integration und Reform. Marginalien zum Organisationsparteitag von Godesberg, a. a. O.

¹⁷⁷ Max Schäfer, Alte Torheiten auf neue Weise, a. a. O., S. 3.

¹⁷⁸ Josef Angenfort, Klassenkampf oder Bourgeoisozialismus, in: Friedrich Engels – Denker und Revolutionär. Materialien der internationalen theoretischen Konferenz zum 150. Geburtstag von Friedrich Engels, veranstaltet von der Deutschen Kommunistischen Partei am 28. und 29. November 1970 in Wuppertal, Frankfurt (Main) 1971, S. 216.

¹⁷⁹ Franz Klüber, Katholische Kirche und christliche Politik, in: „Die Neue Gesellschaft“, H. 5, 1972, S. 340.

¹⁸⁰ Walter Schilling, Kooperation zwischen demokratischen Sozialisten und DKP?, a. a. O., S. 141.

Lohmar programmatisch formuliert wird: „Die Sozialdemokratie muß deshalb den Wettbewerb mit dem Kommunismus bewußt aufnehmen, und sie muß sich sowohl gegenüber dem Kapitalismus als auch gegenüber dem Kommunismus als eine dritte Möglichkeit profilieren ...“¹⁸¹

Diese dritte Möglichkeit ist bekanntlich der sogenannte „demokratische Sozialismus“. Was darunter zu begreifen ist, verraten die diversen Versuche rechter Sozialdemokraten, diesen Begriff zu definieren. So wurde auf dem außerordentlichen SPD-Parteitag vom November 1971 erklärt: „Demokratischer Sozialismus“ sei „kein Endziel und auch kein Traum von der Endzeit, sondern das, was wir in Gemeinden, Ländern und im Bund derzeit praktizieren.“ Und daß hier keine Politik „praktiziert“ wird, die auf die Überwindung der bestehenden Gesellschaftsordnung abzielt, die im Gegenteil ihre Festigung, ihre Stabilisierung zum Ziel hat, unterstrich die anschließende Feststellung: „Selbst die bloße Aufrechterhaltung des Gegenwärtigen verdient den höchsten und letzten Einsatz jedes Sozialdemokraten.“¹⁸²

Die grundlegende wissenschaftliche Einsicht von Marx, daß sich die verschiedenen Gesellschaftsformationen in der Geschichte – und so auch Kapitalismus und Sozialismus – in erster Linie durch den Charakter der Eigentumsverhältnisse voneinander unterscheiden, wurde bei dieser Definition bewußt ignoriert.

Das Gleiche trifft auch auf den Versuch einer Definition des Begriffs „demokratischer Sozialismus“ zu, der ein Jahr zuvor auf dem SPD-Parteitag in Saarbrücken von Herbert Wehner unternommen worden war: „Sozialdemokratie und demokratischer Sozialismus bedeuten – ich möchte es so sagen –: so viel Sozialismus wie nötig, um Demokratie für alle zu verwirklichen, und so viel Sozialismus wie möglich, ohne die [97] Demokratie für alle zu ersticken.“¹⁸³ Was aber begreift der Autor unter dem Begriff Sozialismus, der hier wie selbstverständlich als bereits definiert vorausgesetzt wird? Da gerade die Beantwortung dieser Frage umgangen und auch der Begriff Demokratie nicht konkret bestimmt wird – gibt es doch keine Demokratie schlechthin –, kann von einer Begriffsdefinition im eigentlichen Sinne des Wortes überhaupt keine Rede sein. Ganz abgesehen davon, daß es, wie ein sowjetischer Autor zu einem analogen Definitionsversuch auf dem jüngsten Parteitag der SPÖ richtig bemerkt, einfach unmöglich ist, den Begriff Sozialismus oder auch „demokratischer Sozialismus“ über den Begriff der Demokratie zu definieren¹⁸⁴, da der Sozialismus zwar ohne Demokratie, und zwar ohne eine bestimmte Form der Demokratie, ohne die sozialistische Demokratie unmöglich ist, sich jedoch nicht auf sie reduzieren läßt. Denn als eine Erscheinung des gesellschaftlichen Überbaus hat ihre Aufrechterhaltung und Erweiterung eine bestimmte materielle Basis, nämlich die sozialistischen Produktionsverhältnisse, zur Voraussetzung, die bei der Definition des Begriffs des Sozialismus unbedingt an erster Stelle genannt werden muß.

Aber eben diese entscheidende Voraussetzung einer jeden sozialistischen Gesellschaftsordnung wird bei der Definition des Begriffs „demokratischer Sozialismus“ von rechten Sozialdemokraten geflissentlich verschwiegen oder – wie erst unlängst wieder auf dem Parteitag der SPÖ in Villach – kategorisch verneint.

Auch auf diesem Parteitag wurde eine (aus dem Wiener Programm der SPÖ stammende) Definition des Begriffs „Sozialismus“ angeboten: „Sozialismus ist uneingeschränkte politische, wirtschaftliche und soziale Demokratie. Sozialismus ist vollendete Demokratie.“¹⁸⁵ Die ebenfalls im Wiener Programm enthaltene Zielstellung der Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft wurde dagegen nicht in die Diskussion einbezogen, vielmehr erklärte der Vorsitzende der SPÖ, Kreisky, nachdrücklich: „Von den Formen, die die Frühzeit des Sozialismus geprägt haben, also etwa der von der Expropriation der Expropriateure, halte ich nichts.“¹⁸⁶

¹⁸¹ Ulrich Lohmar, Sozialdemokratie und Kommunismus, a. a. O., S. 56.

¹⁸² SPD 71, Außerordentlicher Parteitag, Bonn, unkorrigiertes Protokoll, 18. November 1971, S. 130.

¹⁸³ Vgl. SPD-Parteitag 1970, Protokoll, Neuer Vorwärts – Verlag Nau & Co. Hannover/Bonn, S. 97.

¹⁸⁴ Vgl. G. Schachnasarow, Über die „Alternative“ der Sozialdemokraten. Zum Parteitag der SP Österreichs, in: „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, H. 7, 1972, S. 968.

¹⁸⁵ Zit. nach G. Schachnasarow, a. a. O., S. 967.

¹⁸⁶ Vgl. „Welt am Sonntag“, 26.9.1971, S. 5. Zit. nach G. Schachnasarow, a. a. O., S. 970.

Woran aber sollte der sozialistische Charakter der angestrebten „vollendeten“, „uneingeschränkten“ Demokratie [98] zum Ausdruck kommen, wie sollte sie überhaupt realisiert werden, wenn nicht jene gesellschaftlichen Kräfte ökonomisch und politisch entmachtet werden, die die Selbstbestimmung der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung durch ideologische Manipulation, undurchsichtige, betrügerische politische Manöver, ökonomischen Druck, Korruption, und wenn alle friedlichen Mittel versagen, durch Gewalt verhindern? Wie Schachnasarow dazu treffend bemerkt, kann „weder die ‚uneingeschränkte‘ noch die ‚vollendete‘ Demokratie eine klare Vorstellung vom Sozialismus vermitteln ... Sich von einer derartigen Definition des Sozialismus leiten lassen, heißt faktisch auf ihn verzichten.“¹⁸⁷

Erneute Hinwendung zum Sozialismus, d. h. zu einem pervertierten, völlig entstellten Sozialismusbegriff, in Worten, verbohrtes Festhalten am System des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in Taten, in der praktischen Politik – und im Bedarfsfalle auch in Worten! – das ist letztlich das Fazit der heute von nicht wenigen rechten sozialdemokratischen Theoretikern und Politikern geforderten und zum Teil schon praktizierten „Reideologisierung“. Das Wesen dieser Taktik wird im theoretischen Organ der KPÖ, in „Weg und Ziel“ treffend charakterisiert: „Man pflegt und entwickelt *zwei* Gesichter, die man jeweils einem anderen Publikum zeigt“, heißt es dort in einem Artikel Ernst Wimmers zum Thema „Ideologisches Umrüsten in der SPÖ“. „Für jedes hat man eine andere Wahrheit. Führen kann man selbstverständlich nur in eine Richtung. Nicht einmal Schafe würden es glauben, wollte man ihnen weismachen, es gäbe einen Leithammel, der sie zugleich nach links und nach rechts führen kann.“¹⁸⁸

Die Herolde eines „demokratischen Sozialismus“ haben in Wahrheit – trotz aller verbaler Zugeständnisse an den Sozialismus-Begriff, trotz gelegentlicher antikapitalistischer Ausfälle, trotz scheinbar „scharfer“ Kritik an den bestehenden gesellschaftlichen Zuständen, an der Ausbeutung der Arbeiterklasse, an der „ungleichen“ Verteilung des Reichtums – nicht die Absicht, die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu stürzen und die sozialistische zu errichten. Sie sind in Wahrheit militante Antikommunisten, die ihren Antikommunismus unter den heutigen historischen Umständen hinter der Maske „demokratischer Sozialisten“ zu verbergen gezwungen sind – [99] eine Taktik, die durchaus nicht neu ist. Lenin setzte sich bereits im Jahre 1913 mit ihr auseinander: „Die Dialektik der Geschichte ist derart, daß der theoretische Sieg des Marxismus seine Feinde zwingt, sich als Marxisten zu verkleiden.“¹⁸⁹ Diese Feststellung gilt gegenwärtig um so mehr, als der Marxismus heute in weiten Teilen der Welt auch praktisch gesiegt hat, als das Vorbild des realen Sozialismus auf die Volksmassen in den noch vom Kapital beherrschten Ländern eine immer stärkere Wirkung auszuüben beginnt.

Daß die Herolde eines „demokratischen Sozialismus“ in Wahrheit militante Antikommunisten sind, erweist sich vor allem daran, daß sich die Spitze ihres ideologischen Kampfes nicht gegen den staatsmonopolistischen Kapitalismus richtet, sondern gegen die von Marx und Engels erarbeiteten allgemeinen Grundsätze des Sozialismus und gegen die sozialistischen Länder, in denen diese Grundsätze realisiert sind und werden: Vergesellschaftung sämtlicher Produktionsmittel als der entscheidenden ökonomischen Voraussetzung des Sozialismus, Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse, der Diktatur des Proletariats, als der entscheidenden politischen Voraussetzung des Sozialismus, Führung der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten durch eine selbständige revolutionäre Arbeiterpartei, die die Einheit von revolutionärer marxistischer Theorie und revolutionärer Bewegung verkörpert, planmäßige Leitung und Entwicklung der Gesellschaft, insbesondere der Ökonomik, aber auch aller anderen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens im Interesse des werktätigen Volkes. Gegen diese Grundsätze führen die Vertreter des sogenannten demokratischen Sozialismus einen erbitterten ideologischen Kampf, dessen Eigenart eben darin besteht, daß der Sozialismus nicht schlechthin abgelehnt wird, sondern „nur“ der wissenschaftliche Sozialismus, der von Marx, Engels und Lenin theoretisch ausgearbeitete Sozialismus, d. h. der einzige Sozialismus, der zur Aufhebung der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch das Kapital zu führen vermag.

¹⁸⁷ G. Schachnasarow, a. a. O., S. 968.

¹⁸⁸ Ernst Wimmer, Ideologisches Umrüsten in der SPÖ, in: „Weg und Ziel“, H. 3, 1972, S. 86.

¹⁸⁹ W. I. Lenin, Werke, Berlin 1965, Bd. 18, S. 578.

Der antisozialistische, antikommunistische Charakter des „demokratischen Sozialismus“ enthüllte sich Ende der sechziger Jahre mit aller Deutlichkeit in der ČSSR, wo konterrevolutionäre Kräfte versuchten, diese Ideen in die Wirklichkeit [100] umzusetzen. „Die rechten Kräfte unterbreiteten eine exakt formulierte Pseudoplattform des ‚demokratischen Sozialismus‘ und richteten sie gegen die Autorität des sozialistischen Staates und die führende Rolle der Partei. Dabei schufen sie“, wie Gustav Husák rückblickend feststellt, „legale Möglichkeiten, damit sich an die Spitze des Kampfes für die Vernichtung des politischen Systems notorische Konterrevolutionäre stellen, von denen viele seinerzeit als Schädlinge und Agenten imperialistischer Geheimdienste verurteilt worden waren ... Besonders deutlich offenbarte sich der antisozialistische konterrevolutionäre Charakter der Handlungen der Opportunisten nach den direkten Ausfällen gegen die planmäßige zentrale Leitung, gegen die staatliche Form des sozialistischen Eigentums – die Grundprinzipien der sozialistischen Wirtschaft.“¹⁹⁰ Unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Dogmatismus wurde der Marxismus-Leninismus überhaupt angegriffen, wurden im Namen des „demokratischen Sozialismus“ alle Grundsätze des Sozialismus negiert. Noch heute versucht die antikommunistische Propaganda – wenn auch immer erfolgloser – „jene Tatsache zu verheimlichen“, wie Gustáv Husák weiter feststellt, „daß die rechten Kräfte die Prinzipien der Entwicklung des Sozialismus nicht nur nicht berücksichtigen wollten, sondern diese Prinzipien gar nicht anerkannten ...“¹⁹¹

Daß die Ideen des „demokratischen Sozialismus“ nicht nur dazu dienen sollten und sollen, die linke Opposition innerhalb der Sozialdemokratie zu beschwichtigen, die Wähler über die politischen Absichten der rechten Sozialdemokraten zu täuschen, daß sie vielmehr – und vielleicht in erster Linie – zur ideologischen Diversion in den sozialistischen Ländern verwandt, d. h. eine ausgesprochen antikommunistische Funktion erfüllen sollen, wurde von rechten Sozialdemokraten mehr als einmal offen zugestanden. So wurde im theoretischen Organ der SPD sofort nach der Regierungsübernahme der SPD in bezug auf die DDR die Hoffnung geäußert, „daß unter den gegenwärtigen politischen Voraussetzungen drüben Fragen nach einem ‚dritten Weg‘ wieder neuen Auftrieb erhalten“.¹⁹²

Noch viel größere Erwartungen verband in dieser Hinsicht Willy Brandt selbst mit dem Regierungsantritt der SPD: „Ich [101] erwarte einen neuen Aufschwung der Sozialdemokratie nicht nur in Europa, sondern auch in weiten Teilen der dritten Welt. Auch anderswo wird man zur Kenntnis zu nehmen haben, daß der totgesagte ‚Sozialdemokratismus‘ sich immer wieder erneuern wird.“¹⁹³ Schließlich sei in diesem Zusammenhang auch noch Bruno Kreisky zitiert, der die Absicht rechter sozialdemokratischer Politiker und Ideologen, der Bevölkerung in den sozialistischen Ländern eine „Alternative“ zum Sozialismus anzubieten, besonders deutlich formuliert: „Was wir wollen und können ... ist, durch unsere sozialdemokratische Politik eine Alternative zu entwickeln, die durch ihren gesellschaftlichen Transformationsprozeß, den sie herbeiführt, weit hinein in den kommunistischen Machtbereich strahlt.“¹⁹⁴

Die „Reideologisierung“, die rechte Sozialdemokraten betreiben, muß folglich auch unter diesem Aspekt gesehen werden. Die Anerkennung der Realitäten in Europa, der Übergang von der Konfrontation zur Kooperation, wie ihn Willi Brandt fordert, bedeutet folglich nicht, daß die alte Zielsetzung des Imperialismus, die sozialistische Entwicklung in der Welt rückgängig zu machen, den Kapitalismus in den sozialistischen Ländern zu restaurieren, aufgegeben worden wäre. Die aussichtslos gewordene Strategie der „Befreiung“ der sozialistischen Länder Europas wurde vielmehr durch die Strategie der inneren ideologischen und politischen Aufweichung und Zersetzung abgelöst. Führende rechte Sozialdemokraten der BRD haben – wie wir weiter oben zeigten – wiederholt offen ihre Bereitschaft und Entschlossenheit zur Realisierung dieser neuen Strategie zum Ausdruck gebracht. Mit Recht wird daher von Kommunisten in der BRD festgestellt: „Die Führung der sozialdemokratischen

¹⁹⁰ Gustáv Husák, Unversöhnlich gegen den rechten Opportunismus, in: „Neues Deutschland“ vom 19.8.1972, S. 7.

¹⁹¹ Ebenda.

¹⁹² Dittmar Cramer, Mit Ulbricht in die siebziger Jahre. Es gibt keine Alternative, in: „Die Neue Gesellschaft“, H. 1, 1970, S. 19.

¹⁹³ Idee und Wirklichkeit. Gespräch mit Bundeskanzler Willy Brandt, a. a. O., S. 41.

¹⁹⁴ Bruno Kreisky, Sozialdemokratische Perspektiven für die siebziger Jahre, in: „Die Neue Gesellschaft“ H. 3, 1970, S. 295.

Partei stellt sich u. a. die Aufgabe, im Interesse der entscheidenden Gruppierung der westdeutschen Großbourgeoisie in die sozialistischen Länder auf lange Sicht gesehen revisionistisches, opportunistisches Gedankengut hineinzutragen. Die sozialistischen Länder sollen aufgeweicht werden. Es sollen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, die sozialistischen Errungenschaften rückgängig zu machen. Das kann man natürlich nicht, wenn man den Menschen in den sozialistischen Ländern einfach empfiehlt, den Kapitalismus wieder einzuführen. Zu dieser Schlußfolgerung sind auch große Teile der herrschenden Bourgeoisie in der Bundesrepublik gekommen. Also soll eine Aufgabe der sozialdemokratischen Führung darin bestehen, mit Vorstellungen von einem ‚demokratischen Sozialismus‘ in die sozialistischen Länder einzudringen. Sieht man sich diesen ‚demokratischen Sozialismus‘ näher an, so ist immer festzustellen, daß er die Zerstörung wesentlicher Elemente der sozialistischen Ordnung zum Ziel hat. Die politische Macht, die die Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen Werktätigen ausübt, soll untergraben werden, das gesellschaftliche Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln soll in privates Eigentum zurückgeführt werden usw.“¹⁹⁵

Daß die Monopolbourgeoisie in die rechten Sozialdemokraten in diesem Zusammenhang besondere Hoffnungen setzt, ist nicht weiter verwunderlich. Sind sie doch die einzigen, die sich dem Zwang, sich als Sozialisten zu verkleiden, zu beugen verstehen.

Aufforderungen zur „Reideologisierung“, zur „Profilierung“ der SPD zu einer sozialistischen „Partei des dritten Weges“ sind in der letzten Zeit mehr als genug an die sozialdemokratischen Ideologiestrategen ergangen. Leo Bauer kündigte in der ersten Nummer der „Neuen Gesellschaft“ des Jahres 1972 an, daß die Zeitschrift das „positive Gesicht der Sozialdemokratie“ in den nächsten Jahren noch deutlicher zeigen wird.¹⁹⁶ Willy Brandt regte auf dem letzten Parteitag der SPD im November vergangenen Jahres zur Bildung eines Arbeitskreises an, „um die Diskussion über die Grundwerte des Godesberger Programms neu zu beleben und zu vertiefen.“¹⁹⁷ Eine unter dem Vorsitz von Helmut Schmidt gebildete Kommission arbeitet an einem sogenannten „Langzeitprogramm“, das neue „Identifikationsmöglichkeiten“¹⁹⁸ mit dem staatsmonopolistischen Kapitalismus schaffen soll. Und die „verantwortlichen Führer der SPD“ sind nach den Angaben von Ludz, wie schon gesagt, zur Zeit darum bemüht, eine eklektische Mischung aus christlichem Humanismus, kritischem Rationalismus und Existentialismus herzustellen.¹⁹⁹

Nur ist bei allen diesen Aktivitäten bisher nicht viel herausgekommen. Auch die schon erwähnten 10 Thesen des Ulrich Lohmar, die im April dieses Jahres veröffentlicht worden sind, bieten inhaltlich nichts Neues: der „Profitorientierung“ soll [103] vor allem durch „Mitbestimmung“ und „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ entgegengewirkt werden, politische Herrschaft soll „demokratisch legitimiert“ sein, d. h., es soll niemand ohne die Zustimmung anderer „herrschen“ (bürgerlicher Parlamentarismus), die ökonomische Grundlage der Gesellschaft soll – da für die Realisierung sozialdemokratischer Wertvorstellungen unwesentlich – bestehen bleiben, die Aufrüstung soll fortgesetzt werden, um ein für die Erhaltung des Friedens angeblich notwendiges Gleichgewicht der Kräfte beizubehalten, usw. Lohmars Versuch einer „Profilierung“ der SPD offenbart sich bei näherem Hinsehen als eine mit Tricks und Unterstellungen vorgenommene Verleumdung der Ziele und Ansichten der Marxisten-Leninisten, der Kommunisten, die die positive Darlegung eigener Zielvorstellungen schon rein quantitativ übertrifft und diese offenbar ersetzen soll. Einzig bemerkenswert ist lediglich das Bekenntnis zur Zusammenarbeit mit den „Kommunisten“ – gemeint sind die sozialistischen Länder – auf dem Gebiet der Sicherung des Friedens, wie sie in der Praxis bereits von der Brandt-Scheel-Regierung realisiert wird, die jedoch die notwendige Aktionseinheit mit den Kommunisten in der BRD gegen die Störversuche der Kräfte des Rechtskartells keineswegs einschließt.

¹⁹⁵ Josef Angenfort, Klassenkampf oder Bourgeoisiesozialismus, a. a. O., S. 215 f.

¹⁹⁶ Leo Bauer, Zum Geleit, in: „Die Neue Gesellschaft“, H. 1, 1972, S. 3.

¹⁹⁷ Zit. nach Leo Bauer, Sozialer Realismus. Vorbericht über den außerordentlichen Parteitag der SPD vom 18.-20. November 1971 in Bonn, ebenda, H. 12, 1971, S. 849.

¹⁹⁸ Helmut Schmidt, Strategie des Gleichgewichts, Stuttgart 1969, S. 289.

¹⁹⁹ Vgl. Peter Christian Ludz, Die Ideologie des „Sozialdemokratismus“, a. a. O., S. 362.

Das baldige Erscheinen des „Langzeitprogramms“ der SPD ist angekündigt, aber bereits mit Vorbehalten etwa der Art, daß „die Absage an geschichtsphilosophische Spekulationen, die Absage schließlich auch an den Versuch, schon heute eine genau definierte sozialistische Gesellschaftsordnung der Zukunft zu dekretieren, ... notwendige Voraussetzungen für ein solches System sind“²⁰⁰; mit anderen Worten: es wird keine offene Darlegung der eigenen gesellschaftstheoretischen Auffassungen geben, keine konkrete Gesellschaftsanalyse, aus der Schlußfolgerungen für die Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft abzuleiten wären. Es wird vor allem keine konkrete Bestimmung dessen geboten werden, was unter dem Begriff Sozialismus in sozialdemokratischer Lesart zu verstehen ist. Was zu erwarten ist, das ist die nebulöse Vorstellung vom „dritten Weg“, vom „demokratischen Sozialismus“, vom Mittelding zwischen Kapitalismus und Sozialismus, dem schon Lenin seinerzeit eine gründliche Abfuhr erteilte: „Was [104] die Sozialisten vor allem nicht verstehen“, schrieb er in Thesen und Referat über bürgerliche Demokratie und Diktatur des Proletariats auf dem 1. Kongreß der Kommunistischen Internationale, „und was ihre theoretische Kurzsichtigkeit, ihr Verharren im Banne bürgerlicher Vorurteile, ihren politischen Verrat am Proletariat ausmacht, ist, daß es in der kapitalistischen Gesellschaft bei einer einigermaßen ernstlichen Verschärfung des Klassenkampfes, auf dem diese Gesellschaft begründet ist, kein Mittelding geben kann zwischen der Diktatur der Bourgeoisie und der Diktatur des Proletariats. Jeder Traum von irgend etwas Drittem ist reaktionäre Lamentation eines Kleinbürgers.“²⁰¹

Es sollen an dieser Stelle keine Prognosen darüber gewagt werden, welche Hauptrichtung die sozialdemokratische Propaganda in den nächsten Jahren in der BRD einschlagen wird. Derzeit spricht allerdings viel dafür, daß sie sich nach dem Fiasko der bürgerlichen Theorie vom „Ende der (sozialistischen) Ideologie“ im Zuge einer nunmehr aus den verschiedensten Gründen als notwendig erachteten „Reideologisierung“ wieder in den Schoß einer sozialistischen Phraseologie zurückflüchtet.

Die Gründe, die sie dazu veranlassen, sind recht zwingender und dauerhafter Natur. Nichtsdestoweniger wird die SPD-Führung, wie Josef Schleifstein in Frankfurt am Main auf der internationalen theoretischen Konferenz zum 150. Geburtstag von Friedrich Engels sagte, dazu gezwungen sein, die zwiespältige Wirkung einer sozialistischen Phraseologie zu bedenken.²⁰² Denn wenn die SPD-Führung die Idee des Sozialismus wieder populär macht, dann könnten die Menschen zu fragen beginnen, was denn Sozialismus eigentlich ist, darin könnten sie nachforschen und fragen, was denn eigentlich die Vorkämpfer des Sozialismus in Deutschland, zum Beispiel Bebel und W. Liebknecht, über den Sozialismus gedacht haben, dann könnten sie die SPD-Ideologen in recht unbequeme und peinliche Situationen bringen, insbesondere wenn sie die Worte der rechten sozialdemokratischen Führer mit ihren Taten zu vergleichen beginnen. Nicht zufällig sträuben sich daher rechte Sozialdemokraten dagegen, „schon heute eine genau definierte sozialistische Gesellschaftsordnung der Zukunft zu dekretieren“ (Heidermann) oder lehnen eine [105] „Reideologisierung“ überhaupt ab (Wehner). Und nicht zufällig laufen reaktionäre bürgerliche Ideologen aus den Kreisen der CDU/CSU bereits heute gegen jegliche Verwendung des Begriffs „Sozialismus“ und auch des Begriffs „demokratischer Sozialismus“ Sturm und bezichtigen die Sozialdemokratie des Verrats an gemeinsamen Interessen. Dabei sind auch sie an einer „Reideologisierung“ an sich nicht weniger interessiert als die von ihnen attackierten sozialdemokratischen Theoretiker. So schreibt zum Beispiel der großbürgerlich-konservative „Rheinische Merkur“ in einer Betrachtung für das Jahr 1972, es müsse „unter Aufbietung aller intellektuellen Reserven eine Doktrin der Freiheit ausgearbeitet werden, die sich ebenso vereinfachen läßt wie der Marxismus und die Zukunftshoffnung der Menschen an sich bindet ... Sonst kommt das sozialistische Zeitalter“²⁰³. Aber diese der Freiheit soll offensichtlich keine sozialistische und auch keine pseudosozialistische sein.

²⁰⁰ Horst Heidermann, Methodisches zum Langzeitprogramm, in: „Die Neue Gesellschaft“, H. 5, 1972, S. 367 f.

²⁰¹ W. I. Lenin, Werke, Berlin 1959, Bd. 28, S. 478.

²⁰² Vgl. Friedrich Engels – Denker und Revolutionär. Materialien der internationalen theoretischen Konferenz zum 150. Geburtstag von Friedrich Engels, Frankfurt (Main) 1971, S. 222 f.

²⁰³ A. Böhm, Die Geister scheiden sich. Politische Zwischenbilanz zur Jahreswende, in: „Rheinischer Merkur“, 31.12.1971.

Wie man sieht, sind die ideologischen Verteidiger des staatsmonopolistischen Kapitalismus in eine schwierige Lage geraten. Aber wie das Tauziehen um die Verwendung einer sozialistischen Phraseologie zwischen den bürgerlichen Parteien und der SPD auch ausgehen mag, gemessen wird die Politik der einen wie der anderen nicht an ihren Worten, sondern nur an ihren Taten. Und der siegreiche Vormarsch der marxistisch-leninistischen Ideen, ihre weitere Verbreitung unter der Arbeiterklasse, unter der Intelligenz, insbesondere unter der Jugend, wird sich weder auf die eine noch auf die andere Weise abwenden lassen.

Die bürgerlichen und sozialdemokratischen Ideologen sind mit ihrem „Ende des ideologischen Zeitalters“ offensichtlich am Ende; ihre Suche nach neuen Mitteln zur Aufrechterhaltung der ideologischen Herrschaft der Monopole über die breiten Massen aller geht weiter. Den Niedergang dieses Systems jedoch werden auch die ausgefeiltesten ideologischen Manöver nicht aufzuhalten vermögen.